

Landentwicklung aktuell



Ländliche Räume in der demographischen Falle?

- Leitbild: Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen
- Anpassungsstrategien/Regionale Kooperationen
- Bedarfsgerechte Infrastrukturentwicklung
- Dorfumbau als Bestandteil der ländlichen Entwicklung

BLG
Bundesverband
der gemeinnützigen
Landgesellschaften

Ziele und Aufgaben der gemeinnützigen Landgesellschaften

Die Gesellschaften als gemeinnützige Siedlungsunternehmen

- haben ihre Rechtsgrundlage im Reichs-siedlungsgesetz (RSG), das Bundesrecht ist und nach dem Einigungsvertrag auch im Beitrittsgebiet gilt;
- sind Kapitalgesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung der jeweiligen Bundesländer, teilweise mit Beteiligung des Bundes und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts;
- sind Organe der Landespolitik zur Entwicklung ländlicher Räume, sie unterstehen i. d. R. der Fachaufsicht des für Landwirtschaft zuständigen Ressorts. In den Aufsichtsgremien sind weitere Landesministerien vertreten;
- arbeiten als gemeinnützige Unternehmen an der Planung, Finanzierung und Durchführung strukturverbessernder Maßnahmen im ländlichen Raum, die z. T. von der öffentlichen Hand gefördert werden;
- sind von den Ländern als allgemeine Saniierungs- und Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch anerkannt.

Ihre Ziele sind die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen. Ihre Aufgaben sind:

Land- und Gemeindeentwicklung

- Agrarstrukturelle Entwicklungs- und Fachplanungen auf örtlicher und regionaler Ebene
- Bauleitplanung; Flächennutzungs-, Bauungspläne; Landschaftspläne
- Planungen zur Umweltgestaltung und zum Umweltschutz; Landschafts-, Grünordnungs- und Dorfökologieplanungen; Umweltverträglichkeitsstudien
- Dorfentwicklung und Stadterneuerung; Planung, Beratung, Betreuung, Treuhänderschaft und Vertragsabwicklung, Objektplanung, kommunale Bauvorhaben
- Bodenordnungsmaßnahmen und Bodenbevorratung zur Baulandbereitstellung
- Erschließung von Bauland für Wohnungen, Industrie-, Gewerbe- und Erholungseinrichtungen
- Ländlicher Eigenheimbau
- Durchführung spezieller Landesprogramme und Pilotvorhaben wie z. B. Gewässerrandstreifenprogramm, Flächenerwerb für Naturschutzprogramme und Einzelprojekte von Bund und Ländern
- Eigentumsfeststellung und Vorbereitung des Landerwerbes für Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ auf Schiene, Straße und Wasser
- Planung, Umsetzung, Betreuung von Projekten der integrierten Landentwicklung sowie von EU-Gemeinschaftsinitiativen
- Erstellung und Umsetzung von integrierten regionalen Entwicklungskonzepten, Regionalmanagement

Landerwerb, Landbevorratung, Landverwertung

- Landerwerb und -bevorratung für Strukturverbesserungsmaßnahmen in der Landwirtschaft und im öffentlichen Interesse
- Land- und Ersatzlandbeschaffung bei Inanspruchnahme für öffentliche Bedarfszwecke, Baulandbereitstellung, Natur- und

Landschaftsschutz, Ausgleichsmaßnahmen, kommunale und regionale Entwicklungsvorhaben

- Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes nach dem Grundstücksverkehrsgesetz
- Umfassendes Flächenmanagement

Agrarstrukturverbesserung

Einzelbetriebliche Maßnahmen

- Planung und Betreuung einzelbetrieblicher Investitionsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe; Antragstellung und Abwicklung der Förderung
- Verbesserung der Flächenausstattung durch Aufstockung entwicklungsfähiger Betriebe
- Verbesserung der Gebäude durch bauliche Maßnahmen in Altgehöften
- Aussiedlung aus beengten Dörfern
- Umsiedlung landwirtschaftlicher Betriebe
- Neuerrichtung von Wirtschafts- und Wohngebäuden
- Landarbeiterwohnungsbau

Überbetriebliche Maßnahmen

- Flur- und Bodenordnung durch beschleunigte Zusammenlegung
- Freiwilliger Landtausch
- Durchführung von Bodenordnungsverfahren und Zusammenführung von Gebäuden und Boden nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz
- Durchführung von speziellen Landesprogrammen für die Landwirtschaft, wie z. B. Betriebskonsolidierung, Extensivierung, sowie Umsetzung modellhafter Vorhaben, z. B. Gülleverwertung
- Mitwirkung bei der Verpachtung und Verwertung ehemals volkseigener Flächen und Güter sowie Landesdomänen

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit der demographischen Entwicklung in den Ländern, in Deutschland und darüber hinaus befassen sich mittlerweile verschiedenste Institutionen (z. B. Grünbuch der Europäischen Kommission „Angesichts des demographischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“) bis hin zu den Parlamenten. Wissenschaftliche Tagungen werden durchgeführt und es besteht einhellig die Meinung: „Es muss etwas geschehen!“ Nur was, das ist die Frage. Denn die Kinder, die heute nicht geboren werden, stehen als Eltern der Zukunft nicht zur Verfügung. Das heißt unter anderem, Problemlösungen, die kurzfristig Wirkung entfalten, gibt es nicht.

Schaut man im Raumordnungsbericht 2005 (Bundestagsdrucksache 15/5500) die graphische Darstellung zur regionalisierten Bevölkerungsentwicklung an, so stellt man schnell fest, dass neben schrumpfenden auch wachsende Regionen existieren, die Schrumpfung vor allem in den ostdeutschen Ländern mit Ausnahme Berlins, zum Teil in Nordhessen und Südniedersachsen stattfindet, während Nordwestdeutschland, der Großraum Hamburg und Süddeutschland die Wachstumsregionen sind. Die „Metropolregionen“ sind die besonders für junge Menschen attraktiven Orte, während die ländlichen Räume nicht nur vom Geburtenrückgang, sondern zusätzlich von Abwanderung betroffen sind, und hier wiederum besonders der Osten.

Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung gelten im Vergleich zu anderen Prognosen als relativ sicher. Das kann aber nicht bedeuten, die vorausgesagten Trends als unabänderlich hinzunehmen, ohne den Versuch zu wagen, ungewünschten Tendenzen nicht entgegenwirken zu wollen. Die gestiegene und wahrscheinlich weiter steigende Lebenserwartung zählt wohl mehrheitlich zu den begrüßenswerten Entwicklungen, auch wenn hier und da mit „Vergreisung“ oder „Überalterung“ eine negative Wertung getroffen wird. Einigkeit herrscht weitgehend auch darüber, dass die mit der demographischen Entwicklung verknüpften Konsequenzen durch Zuwanderung nicht abwendbar sind. Als Hauptproblem der demographischen Entwicklung hier und in vielen anderen Ländern (von Russland bis Spanien) gilt die Geburten-

rate, die in Deutschland derzeit bei 1,3 bis 1,4 deutlich unter dem Wert von 2,1 Kindern pro Frau liegt, der als bestandserhaltend angesehen wird.

Wie in vielen anderen Bereichen kann der Staat Rahmenbedingungen schaffen, die eine Entscheidung potenzieller Eltern für Kinder erleichtert. Durch nahezu perfekte Empfängnisverhütung und legalisierten Schwangerschaftsabbruch ist die Geburt eines Kindes in die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen gestellt. Doch Freiheit, die die maximale (falsch verstandene) Selbstverwirklichung als oberstes Ziel hat, führt in die demographische Falle. Freiheit ohne Verantwortung erweist sich als nicht zukunftsfähig. Nicht zuletzt in der Haltung einer Gesellschaft zu Kindern widerspiegelt sich deren Wertesystem. Keine noch so umfangreichen staatlichen Programme werden helfen, solange Kinder nicht als Bereicherung, Freude und wesentlicher Teil der Selbstverwirklichung begriffen und empfunden werden.

Selbstverständlich spielen Fragen wie Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitslosigkeit – besonders in den ostdeutschen Ländern – Zukunftsangst und Verlust an Lebensstandard eine Rolle, aber eben nicht die entscheidende!

Angesichts der gravierenden regionalen Unterschiede sind differenzierte Lösungen gefragt. Inzwischen wird allerdings diskutiert, ob das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet aufrechterhalten werden kann (Grundgesetz Artikel 72, Absatz 2: „Der Bund hat in diesem Bereich das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“). Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich dazu geäußert, dass der Bund tätig werden solle „wenn sich die Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinander entwickelt haben oder sich eine derartige Entwicklung konkret abzeichnet“. Die demographische Entwicklung bewirkt bereits jetzt zumindest eine „Aufweichung“ der grundgesetzlichen Norm von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Die Not-

wendigkeit, die sozialen Sicherungssysteme neu zu ordnen, weil diese stark verknüpft sind mit der Altersstruktur der Bevölkerung, ist mittlerweile unbestritten und es wird gehandelt – ob ausreichend, wird sich zeigen. Zusätzliche Herausforderungen bestehen aber in den schrumpfenden Regionen. Welche neuen Wege können beschritten werden, um Infrastruktur für Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Sozialfürsorge, Kultur, Tourismus, Sport, Freizeitgestaltung usw. anzupassen und im angemessenen Maße zu sichern? Deshalb widmet sich „Landentwicklung aktuell 2006“ diesem komplexen und zugleich brisanten Thema, wollen die gemeinnützigen Landgesellschaften doch weiterhin zur Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume beitragen.

Eine Reihe der angedeuteten Aspekte sind in den Artikeln dieses Heftes eingehend behandelt, wofür wir den Autorinnen und Autoren herzlich danken. Wir hoffen, Sie finden diese oder jene neue Information und Anregung.



Ihr

Dr. Dieter Reinfried

Geschäftsführer der Sächsischen Landsiedlung GmbH, Meißen

Aus dem Inhalt

Themenschwerpunkt

Ländliche Räume in der demographischen Falle?

■ Dieter Reinfried Editorial.....	3
■ Heinrich Becker Demographische Entwicklung in ländlichen Räumen.....	5
■ Peter Hengstermann Demographische Entwicklung im Kyffhäuserkreis – Kommunale Handlungsfelder.....	8
■ Wolfgang Weiß Kommunale Strukturpolitik Hand in Hand mit bürgerschaftlichem Engagement - Demographische Entwicklung als Herausforderung.....	10
■ Ursula Baumgärtel-Blaschke Der demographische Wandel im Werra-Meißner-Kreis; Motto: Handeln statt Hoffen!	12
■ Ulrike Grabski-Kieron Nicht nur ein Problem in Deutschland – Demographische Entwicklungen und Erfahrungen in europäischen Nachbarländern	19
■ Martina Kocks Erfahrungen mit Steuerungsansätzen zur Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung im ländlichen Raum	24
Statements:	
■ Josef Stegt Die neue Gleichwertigkeit: Wachstum statt Ausgleich?	29
■ Carsten Hansen Politik für den ländlichen Raum ist Qualität und Ortsnähe für öffentliche Leistungen	32
■ Rudolf W. Strohmeier Die Bedeutung der Schließung der digitalen Kluft zwischen städtischen und ländlichen Regionen	34

■ Frank Porst Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Wasser- und Abwasseranlagen in ländlichen Gebieten Thüringens	35
■ Markus Löwer Fallstudienuntersuchung: Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur-entwicklung in ländlichen Kommunen mit schrumpfender und alternder Bevölkerung	37
■ Karl-Friedrich Thöne Demographische Entwicklung in ländlichen Räumen – Herausforderung für die Landentwicklung	39
■ Jörg Wendisch Politik für die ländlichen Räume vor neuen Herausforderungen	43
■ Hans Jürgen Ploog Förderinstrumente der Landwirtschaftlichen Rentenbank für die ländliche Entwicklung	47
■ Hans Köhler Gemeinnützige Landgesellschaften: Ideale Partner zur Lösung von Problemen im Zuge des demographischen Wandels	49
■ Veröffentlichungshinweis aid-Heft: Integrierte Regionalentwicklung und Regionalmanagement.....	53

Berichte aus den Gesellschaften

■ Bayerische Landessiedlung Erfolgreiches Konversions-Management	54
■ Hessische Landgesellschaft Die Hessische ÖKOAGENTUR	55
■ Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern Den demographischen Wandel im Land mitgestalten	57
■ Landgesellschaft Sachsen-Anhalt LEADER + in Sachsen-Anhalt	58

■ Landgesellschaft Schleswig-Holstein Gemeinsam die Region stärken – Engagement für die Wirtschaftsentwicklung von Flensburg-Handewitt	60
■ Landsiedlung Baden-Württemberg Kompetenz als vielfältige Problemlöserin	61
■ Niedersächsische Landgesellschaft Regionale Kooperation am Beispiel der Gewerbegebietsentwicklung in Südniedersachsen	63
■ Sächsische Landsiedlung Managementplanung zur Umsetzung von NATURA 2000 in Sachsen	64
■ Thüringer Landgesellschaft Demographische Entwicklung im „Nördlichen Weimarer Land“ – Handlungsauftrag für das Regionalmanagement	65

Impressum

Landentwicklung aktuell

12. Jahrgang; Ausgabe Heft 2006
Erscheinungsweise 1- bis 2-mal im Jahr

Herausgeber

BLG - Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
Wallstraße 65, D-10179 Berlin
Tel.: (030) 2345 8789, Fax: (030) 2345 8820
E-Mail: blg-berlin@t-online.de
<http://www.blg-berlin.de>

Verantwortlich für den Inhalt und Schriftleitung

Dipl.-Ing. agr. Karl-Heinz Goetz,
Geschäftsführer des BLG

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser bzw. der Landgesellschaften wieder.
Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des BLG. Alle Rechte vorbehalten.

Layout

Grafik-Design Walter Kreuzberg,
Görreshof 56, 53347 Alfter
E-Mail: w.kreuzberg@t-online.de,
Sylvia Eifinger

Gesamtherstellung

Druckerei Brandt GmbH, 53111 Bonn
ISSN 0949-1732

Der BLG dankt sich bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt/Main für die gewährte Unterstützung zur Herausgabe dieses Heftes.

Demographische Entwicklung in ländlichen Räumen

* Heinrich Becker

Ländliche Räume und hier besonders Dörfer gelten gemeinhin als die Verlierer der aktuellen wie der künftigen demographischen Prozesse. Das alte, bekannte Gespenst „Entleerung von Dörfern und ganzer ländlicher Regionen“ kommt, so hat es den Anschein, nun als Realität zurück. Die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland steht damit vor neuen mehrdimensionalen Herausforderungen. Wie diese für die jeweiligen ländlichen Räume aussehen und welche Auswirkungen sie haben, wird entscheidend von der Lage der ländlichen Räume und deren wirtschaftlichen und sozialen Handlungsmöglichkeiten geprägt.



„Deutschland stirbt aus!“, „Deutschland, ein Land ohne Kinder“ oder „Ein Raum ohne Volk“, solche und ähnliche Schlagzeilen haben nicht nur das Thema der demographischen Entwicklung ins öffentliche Bewusstsein gerückt, sondern stellen mit der Erwartung von Bevölkerungsabnahme und Vergreisung auch das bisherige gesellschaftliche Selbstverständnis von einer wachsenden oder stabilen Bevölkerungszahl auf den Kopf.

Ein demographischer Epochenwechsel

Die demographischen Veränderungen sind in der Tat ein grundlegender und sich seit längerem andeutender Epochenwechsel. Das seit dem Beginn der Industrialisierung in Deutschland nur von wenigen und kurzfristigen Reduktionen oder Stabilitätspausen unterbrochene Wachstum der Bevölkerung kehrt sich um: 1871 lebten im damaligen größeren Deutschen Reich 40,997 Mio. Menschen. 2002 hatte die kleinere Bundesrepublik Deutschland 82,537 Mio. Einwohner. Die Bevölkerungsdichte stieg von 78 Menschen/km² im Jahr 1871 auf 231 Menschen/km² in 2002 an. Von 2002 an ist die Bevölkerungszahl leicht auf 82,501 im Jahr 2004 zurückgegangen und wird nach den Prognosen tendenziell weiter abnehmen (siehe unten). Dieser Epochenwechsel hat sich in Deutschland seit langem angekündigt, wie ein Blick auf die Elemente des demographischen Systems zeigt.

Das Geburtendefizit

Die „Kinderfrage“ gilt als das Kernproblem der deutschen Gesellschaft: Zur einfachen Reproduktion der Bevölkerung, d. h. dem zahlenmäßigen Ersatz der Elterngeneration, sind in wohlhabenden Ländern der Ersten Welt auf Dauer 2,1 Geburten je Frau notwendig. Dieses Reproduktionsniveau ist nicht konstant. In Entwicklungsländern ist und in der Vergangenheit der Industrieländer war es deutlich höher: In Deutschland mussten z. B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Erhaltung des Bevölkerungsbestands noch 2,9 Kinder pro Frau geboren werden. Mit einer zusammengefassten Geburtenziffer - es handelt sich um eine hypothetische Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtsverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren in dem jeweils betrachteten Jahr, die im Folgenden auch vereinfacht mit „Kinder pro Frau“ umschrieben wird - von 1,36 in 2004 liegt Deutschland deutlich unter der notwendigen Kinderzahl zum Ersatz der Elterngeneration. Eine Abnahme der Bevölkerung ist daher, soweit das Defizit nicht durch entsprechende Zuwanderungen ausgeglichen wird, unvermeidlich.

■ Im Westen:

Seit einem Vierteljahrhundert ein Geburtendefizit von einem Drittel

Die Kinderzahlen pro Frau deutlich unter dem Reproduktionsniveau sind in den westdeutschen Bundesländern seit langem Realität: In der so genannten „Zweiten

Europäischen Demographischen Transformation“ begannen nach einem vorhergehenden Geburtenhoch, zur Überraschung der damaligen Beobachter, ab 1965 die Kinderzahlen pro Frau in Europa deutlich zu sinken. Dieser Rückgang ging einher mit einem tief greifenden und noch keineswegs abgeschlossenen Wandel der Lebensverhältnisse und -einstellungen. In der damaligen Bundesrepublik kam der „Zweite Demographische Übergang“ Mitte der 70er zum Abschluss. Seither liegt die zusammengefasste Geburtenziffer mit leichten Schwankungen zwischen einzelnen Jahren bei oder knapp unter den 1,4 Kindern pro Frau. In diese Ziffer ist sowohl der starke Anstieg des Alters, in dem Frauen in Deutschland im Durchschnitt ihr erstes Kind gebären, auf inzwischen 30 Jahre eingegangen als auch die deutliche Zunahme von Frauen, die zeitlebens kinderlos bleiben. Der Anteil der zeitlebens kinderlosen Frauen ist von 10,5 Prozent des Geburtsjahrgangs 1940 auf 30 Prozent bei Frauen des Geburtsjahrgangs 1966 angestiegen.

■ Ostdeutschland: Vom Geburtenhoch zur Angleichung der Verhältnisse

Die DDR hatte über die gesamte Zeit ihres Bestehens mit Bevölkerungsabnahmen zu kämpfen – verursacht durch niedrige Geburtenraten, Flucht in den Westen und weitgehend fehlende Zuwanderungsmöglichkeiten. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lag die Geburtenziffer in der damaligen DDR – nach einem langsamen Rückgang

von einem kurzfristigen Hoch (1,94 Geburten pro Frau) zu Beginn der 80er Jahre – bei 1,52 im Jahr 1990. Die Wiedervereinigung mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchproblemen löste in den neuen Bundesländern einen deutlichen „Demographischen Schock“ aus: Zwischen 1990 und 1994 fiel die zusammengefasste Geburtenziffer von 1,52 auf 0,77 und damit auf den niedrigsten jemals in der Welt gemessenen Wert. Nach 1995 passte sich die Geburtenentwicklung in Ostdeutschland langsam an die Verhältnisse in Westdeutschland an: Mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,31 im Jahr 2004 liegen die neuen Bundesländer (ohne Berlin-Ost) trotz eines deutlich geringeren Ausländeranteils an der Bevölkerung (ein größerer Ausländeranteil wirkt tendenziell Geburten steigernd) nur noch knapp unter den 1,37 Geburten pro Frau in den früheren Bundesländern (ohne Berlin-West).

Das Land: Kein „Jungbrunnen“ der Gesellschaft

Die Geburtenentwicklung in ländlichen Räumen weicht anders als oft vermutet nicht vom allgemeinen Trend ab. Zwar werden auf dem Land neben dem Umland von Städten, in das im Zuge der Suburbanisierung junge Familien gezogen sind, tendenziell etwas mehr Kinder pro Frau geboren. Aber einen Geburtenüberschuss, von dem andere Regionen zehren könnten, gibt es in ländlichen Räumen nicht. Selbst der Kreis mit der höchsten Geburtenziffer, der Kreis Cloppenburg, liegt mit 1,9 noch unter dem Reproduktionsniveau. Zu dieser hohen Ziffer in dem traditionell kinderreichen Gebiet hat der starke Zuzug von Aussiedlern beigetragen. Abgesehen von vereinzelt regionalen Ausnahmen wie in Nordwest- und Süddeutschland mit etwas höheren Geburtenraten zeichnen sich ländliche Räume nicht durch ein anderes Reproduktionsmuster aus.

In der Abwärtsspirale des stabilen Geburtendefizits

Die seit einem Vierteljahrhundert in Westdeutschland in etwa konstanten Geburtenziffern dürfen nicht mit gleich bleibenden absoluten Geburtenzahlen verwechselt werden, da letztere auch vom Umfang der Elterngeneration mitbestimmt werden. Aufgrund stabiler Geburten pro Frau unter dem Reproduktionsniveau, wie sie für



Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre zu verzeichnen sind, nimmt auch der Umfang der künftigen Generationen ab: Wenn - wie in Deutschland - eine Frauengeneration bei konstantem Reproduktionsverhalten jeweils nur zu etwa 2/3 ersetzt wird, dann werden aus 1000 Frauen 667 Töchter, 444 Enkelinnen und 296 Urenkelinnen. Ein quasi automatisches, systemimmanentes Ende einer solchen Abwärtsspirale stellt sich bei diesen Geburtenziffern nicht ein.

Geburtendefizite: Kein deutscher Sonderfall

Niedrige Geburtenraten sind kein ausschließlich deutsches Phänomen. Als Teil des so genannten „demographisch-ökonomisches Paradoxons“ nach dem die Abnahme der Geburtenrate und Alterung der Gesellschaft mit der Steigerung des ökonomischen Entwicklungsniveaus einer Gesellschaft zunimmt, sind niedrige Kinderzahlen auch in anderen Staaten anzutreffen und fallen gerade in Ländern mit schnell ablaufenden Reduktionsprozessen besonders niedrig aus. Die deutschen Geburtenziffern liegen u. a. auf dem Niveau der Geburten pro Frau in Spanien und Italien und wurden 2004 innerhalb der EU von Tschechien und Polen mit jeweils 1,23 und



Standortvorteil für Kommunen im ländlichen Raum: ausreichende Infrastrukturversorgung

Griechenland mit 1,29 Geburten pro Frau noch unterboten.

Alterung: Ein zwangsläufiger Prozess

Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft gelten noch vor einer Bevölkerungsabnahme als das entscheidende Problem der weiteren demographischen Entwicklung in Deutschland. Die demographische Alterung, der Übergang von einer „jungen“ zu einer „alten“ Altersstruktur einer Gesellschaft mit einem überproportionalen Anteil alter Menschen, wird durch zwei Prozesse, einem von „unten“ und einem von „oben“, verursacht. In dem Prozess von „unten“ verändern Geburtendefizite durch den Ausfall von Nachgeborenen (wie oben skizziert) das Verhältnis der Generationen zueinander. Der Prozess von „oben“ führt durch die gewünschte Erhöhung der Lebenserwartung zu einer Ausdehnung der älteren Generation.



Ein attraktives Wohnumfeld, Handel und Gewerbe sowie zentralörtliche Funktionen sind wichtige Standortfaktoren für Kommunen in ländlichen Räumen



Längeres Leben = aktive Alterung

Die gestiegene Lebenserwartung ist Ergebnis des medizinischen Fortschritts und entsprechender gesellschaftlicher Bedingungen. Im Ergebnis dieser Fortschritte hat in Deutschland jeder neue Geburtsjahrgang eine um 2 – 3 Monate höhere durchschnittliche Lebenserwartung als der vorhergehende. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts betrug die durchschnittliche Lebenserwartung von neugeborenen Mädchen gerade mal 48 Jahre. Hundert Jahre später, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, liegt sie bei 81 Jahren. Die durchschnitt-

liche Lebenserwartung von neugeborenen Jungen stieg in diesem Zeitraum von 45 auf 75 Jahre.

Auch die „fernere Lebenserwartung“, d. h. die Lebensjahre, die ein Mensch ab einem bestimmten Alter noch erreichen kann, hat deutlich zugenommen: Heute kann ein 60 Jahre alter Mann noch mit 19 weiteren Lebensjahren rechnen, eine gleich alte Frau

noch mit weiteren 24 Lebensjahren. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag die fernere Lebenserwartung bei 60-jährigen Männern bei 13 Jahren und für gleich alte Frauen bei 14. Im Zuge der allgemeinen Steigerung der Lebenserwartung hat sich die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Lebenserwartungen im Laufe der Zeit zugunsten der von Mädchen bzw. Frauen vergrößert.

Im Ergebnis der „doppelten Alterung“ von „unten“ und „oben“ nimmt der Anteil hochaltriger Menschen (Personen über 80 Jahre) in der Bevölkerung zu: Anfang des 20. Jahrhundert betrug der Anteil von Personen von 80 und mehr Lebensjahren an

der Bevölkerung 0,5 Prozent. Hundert Jahre später ist dieser Anteil bereits auf 4 Prozent gestiegen. Alterungsprozesse sind ebenfalls kein spezifisches deutsches Phänomen, sondern kennzeichnen auch viele andere Gesellschaften und nicht nur die der Industrieländer.

Der entscheidende Einflussfaktor Zuwanderung

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland! An die Stelle früherer Vorstellungen von einer „Eingliederung auf Zeit“ (Gastarbeiter) ist lange schon real eine Einwanderung geworden, verbunden mit Integrationsherausforderungen und -problemen. An diesem Tatbestand kann die Ablehnung von Einwanderungen durch weite Teile der Bevölkerung ebenso wenig etwas ändern wie die politischen Debatten um eine Begrenzung des Zuzugs von Ausländern. Erst hohe Zuwanderungszahlen haben angesichts der seit 1972 bestehenden Sterbeüberschüsse in der Bevölkerung das Bild von einer stabilen oder wachsenden Bevölkerung in Deutschland entstehen lassen und so die realen Verhältnisse vernebelt wie auch den Alterungsprozesse der Gesellschaft gebremst. Allein in den 10 Jahren von 1990 bis 1999 ist ein rechneri-

Demographische Entwicklung im Kyffhäuserkreis – Kommunale Handlungsfelder

* Peter Hengstermann

Die Zeitschrift „GEO Magazin“ schockte im Mai 2004 ihre Leser mit den provozierenden Sätzen: „Wir werden in den kommenden Jahrzehnten demographische Verwerfungen erleben, die sich nur mit den Folgen der großen Auswandererwellen des 19. Jahrhunderts vergleichen lassen. Fast 5,5 Millionen Einwohner hat Deutschland in den letzten 30 Jahren verloren – fast ebenso viele wie zwischen 1815 und 1914 nach Nordamerika ausgewandert sind.“ Der Vergleich ist drastisch und „hinkt“ sicher auch – weil allein die Gründe der Bevölkerungsreduzierung grundlegend verschieden sind. Fakt aber bleibt, dass die sogenannte „Bevölkerungspyramide“ längst nicht mehr die Form einer Pyramide hat, sondern eher einem Pilz ähnelt.



* Zum Autor:

Peter Hengstermann (55)
Landrat des Kyffhäuserkreises,
Sondershausen

„Negativer Geburtenüberschuss“ ...

Auch um den Kyffhäuserkreis macht diese Entwicklung keinen Bogen.

Auf einer Fläche von 1.035 km² lebten am 31.12.2004 89.517 Einwohner, das sind 86 Einwohner pro km². Im Jahr zuvor waren es noch 90.758 Menschen, also 88 pro km². Wir konstatieren seit Jahren einen deutlichen negativen Geburtenüberschuss, das heißt, es sterben jährlich mehr Menschen als geboren werden. 604 Lebendgeborenen im Jahr 2004 standen im Kyffhäuserkreis 983 Verstorbene gegenüber.

Abwanderungstendenzen

Neben diesem natürlichen Schrumpfungsprozess durch Geburtenrückgang gibt es klare Abwanderungstendenzen zu verzeichnen, die Fortzüge aus dem Kyffhäuserkreis übersteigen die Zahl der Zuzüge beträchtlich. Im Jahr 2004 verließen 2.503 Menschen den Kreis, nur 1.641 kamen neu hinzu. Diese negative Wanderungstendenz wird in Thüringen nur noch vom Landkreis Altenburger Land übertroffen.

Betrachtet man die neuen Bundesländer insgesamt, ist unsere Situation jedoch kein Einzelfall. Der Strukturwandel tilgte alteingesessene Industrieviere von der Karte, vor allem junge und qualifizierte Menschen folgten dem Wirtschaftsgefälle nach Westen. Die neuen Länder haben damit im Zeitraffer erlebt, was auf andere Gebiete Deutschlands erst noch zukommt.

Alterung

Dank besserer Lebensbedingungen und moderner Medizin stieg die Lebenserwartung im letzten Jahrhundert um gut 30 Jahre.

... Auswirkungen

Die Krise der staatlichen Finanzhaushalte wird durch den demographischen Wandel massiv verschärft.

Allein im Kyffhäuserkreis ging die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen von 16.637 im Jahr 1994 auf 9.705 im Jahr 2005 zurück. Gab es 1994 noch 1.339 Einschulungen im Kreisgebiet, wurde 2001 der absolute Tiefpunkt mit nur 505 ABC-Schützen erreicht. Notwendige Folge waren Schulschließungen bzw. Zusammenlegungen von Schulen. Die Zahl der Grundschulen sank von 37 auf 17, von 17 Regelschulen bestehen noch 9. Die finanzielle Belastung des Kreises durch Schülerbeförderungskosten nahm entsprechend zu. Betrug der

kreisliche Zuschuss hier 1996 noch 692.885,00 Euro, waren 2005 bereits 1.699.972,00 Euro zu zahlen!

Gegensteuern ...

Die Politik kann und muss gegensteuern – in erster Linie durch zukunftssträchtige Investitionen und Förderung junger Familien. Strukturveränderungen auf allen Ebenen müssen sein, ebenso wie Anstrengungen im Wettbewerb um hochqualifizierte Migranten. Deutschland will keine schwindende Nation sein – Umfragen zeigen, dass sich 74 Prozent aller Kinderlosen Kinder wünschen. Ihnen Mut zu machen, diesen Wunsch auch in die Tat umzusetzen, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf kommunale Handlungsfelder			
Kommunale Handlungsfelder	Probleme aus demographischer Entwicklung	Lösungsansätze	Anwendungsbeispiele
Kindergarten, Hort, Kinderbetreuung Jugendhilfe	Rückläufige/fehlende personelle Auslastung	überörtliche, interkommunale Zusammenarbeit	Feuerwehren, Bauhöfe, Bauämter, Liegenschaftsverwaltungen u. a. m.
Schulen, Berufsschulen	Rückläufige/fehlende infrastrukturelle Auslastung	Zusammenlegung von Funktionen	Bündelung von Leitungs- und Schlüsselfunktionen in kommunalen Einrichtungen, Senkung von Personalkosten
Krankenhäuser	steigende Kostenbelastung der Bürger	inhaltliche Ausweitung von Leistungsangeboten	Absenkung des Eingangsalters in Kindergärten – bessere Auslastung von vorhandenen personellen und infrastrukturellen Kapazitäten
Rettungsdienste	ungedeckte Kosten	Einschränkung von Leistungen	Schließung von Einrichtungen, z. B. Freibäder
Abfallentsorgung	auf tretende massive Einsparzwänge	Schaffung überörtlicher bzw. überregional wirksamer mobiler Einrichtungen	Leihbibliotheken
Straßenunterhaltung, Winterdienst	Verluste an Lebensqualität,	Teil-/Voll-Privatisierung	Rettungsdienste, Krankenhäuser
ÖPNV	zunehmende Abwanderungstendenzen, Brachen, ...		
Feuerwehr			
Bauhof			
Verwaltung, Verwaltungsstandorte			
Kultur, Vereine, Soziales			
Wirtschaftsförderung, Tourismus etc.			

sches Defizit aus dem Sterbefallüberschuss von 784.553 Personen von einem Zuwanderungsüberschuss von 3.866.429 Menschen in ein reales Bevölkerungswachstum umgewandelt worden. Insgesamt sind von 1954 – 2002 nach Deutschland 33,9 Mio. Menschen zugewandert, darunter 6,6 Mio. Deutsche und unter diesen wiederum 4,2 Mio. Aussiedler. In dem gleichen Zeitraum sind 24,2 Mio. Menschen aus Deutschland ausgewandert, darunter 4,1 Mio. Deutsche. Der Zuwanderungssaldo summiert sich in diesem Zeitraum auf 9,6 Mio. Menschen. Das bedeutet: Mehr als 10 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen haben einen persönlichen Migrationshintergrund.



Die Unterhaltung von Straßennetzen, ÖPNV, Kultureinrichtungen sowie die Versorgung mit Strom und Wasser verursachen bei abnehmender Bevölkerung höhere Kosten je Einwohner

Erst in den Jahren 2003 und 2004 reichen die Zuwanderungsgewinne von etwas über 200.000 Menschen nicht mehr aus, den Sterbefallüberschuss von annähernd 250.000 zu kompensieren.

Die Gründe für die Zuwanderungen sind vielfältig. Sie lagen mit unterschiedlichem Gewicht über die Zeit in der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Wohlstand in der Bundesrepublik, in den politischen Regelungen (z. B. Aussiedler) und / oder in krisenhaften Prozessen in Herkunftsländern. Von den massiven Zuwanderungen von Ausländern haben vor allem die Ballungsgebiete und Städte profitiert, von dem Zuzug von Aussiedlern aber auch ländliche Räume.

Die Zukunft: Kein grundsätzlicher Wandel

Angesichts der Bedeutung demographischer Prozesse drängt sich die Frage nach der künftigen Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland geradezu auf. Für eine Vorausschätzung der weiteren Bevölkerungs-



Kommunale Strukturpolitik Hand in Hand mit bürgerschaftlichem Engagement - Demographische Entwicklung als Herausforderung

* Wolfgang Weiß

Auch die Kreisstadt Meschede im Hochsauerlandkreis mit etwa 34.000 Einwohnern ist vom allgemeinen Trend der Bevölkerungsschrumpfung betroffen. Meschede wird älter. Insbesondere werden es die jüngeren Erwachsenen sein, die dem Sauerland zu Beginn oder nach Abschluss einer Ausbildung den Rücken kehren. Unterdurchschnittlich vertreten ist heute bereits die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren, also diejenigen Personen, welche sich für Familiengründung und den Erwerb von Eigentum entscheiden. Der offene Umgang mit den zu erwartenden Entwicklungen und die Verankerung demographischer Maßgaben als Kernthema bei allen Planungen zur weiteren Entwicklung der Stadt hat Priorität.



Meschede konnte in der Vergangenheit kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen und arbeitet derzeit mit einem Nothaushalt. Gefragt sind deshalb gute Konzepte und Ideen aus Bevölkerung, Politik und Verwaltung in Verbindung mit einer weitestgehenden Drittmittelfinanzierung von anstehenden Projekten aus den Bereichen Infrastrukturverbesserung und Dorfentwicklung.

Wirtschaftlicher Strukturwandel als Chance

Meschede befindet sich auf dem Weg zum Dienstleistungsstandort. Von 1998 bis 2005 ging die Zahl der Beschäftigten im Sekundären Sektor auf 13 Prozent zurück, was durch eine Zunahme des Tertiären Sektors um 6,5 Prozent aber nicht vollauf kompensiert wird. Ein Wachstumshemmnis stellt hier die nicht optimale Versorgung mit technischer Infrastruktur dar. Breitbandverbindungen sind noch Mangelware. Gerade im ländlichen Raum gestalten sich jedoch Verhandlungen mit Versorgern schwierig, da die idealtypische Dichte an Abnehmern nicht immer gegeben ist.

Dennoch: Der Lückenschluss der BAB 46 in Richtung Westen brachte erste Impulse. Um einer weiteren Abwanderung von Arbeitsplätzen in die Ballungszentren gegenzusteuern, wird die Ausweisung eines auf Unternehmen des Tertiären Sektors aus der Region ausgelegten Gewerbegebietes mit einer konkurrenzfähigen technischen Infrastruktur direkt an der Autobahn mit rund 18 Hektar geplant.

ILEK als Ansatz einer interkommunalen Entwicklung auf kleinregionaler Ebene

Das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept wird in Meschede als zukunftsorientiertes und in der Region abgestimmtes Handlungskonzept

mit konkreten Zielen und Projekten gesehen. Es basiert auf einer Stärken-Schwächen-Analyse und soll durch Bündelung von Ideen und Aktivitäten aus der Region neue Perspektiven schaffen. Die Federführung auf kommunaler Ebene hat die Wirtschaftsförderung, da mit den Kernbereichen Infrastrukturentwicklung, Demographie und Wirtschaftsstruktur deren zentrale Aufgabenstellungen betroffen sind.

Themenfelder neben der landwirtschaftlichen Struktur sollen im ILEK die städtebauliche Entwicklung/Dorfgestaltung, die Infrastrukturentwicklung, die demographische Entwicklung im Altkreis Meschede, der Wirtschaftsraum und der Tourismus sein. Da es sich um ein informelles Planungsinstrument handelt, ist man frei von normierten Regularien und kann somit die Inhalte den Bedürfnissen der Region individuell anpassen.

Inhaltliche Anforderungen sind die Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, die Implementierung einer darauf basierenden Entwicklungsstrategie samt Handlungsfeldern und Leitprojekten sowie die Erstellung einer Projektplanübersicht mit einem Finanzierungskonzept.

Neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürgern und Staat

Meschede ist bemüht, vor dem Hintergrund einer desolaten Haushaltslage Strukturen zu erhalten und Standards zu sichern.

Mit der Gründung eines Bündnisses für Familie konnte Kompetenz im Ehrenamt für die Bereiche Erziehung und Bildung, Kinderbetreuung, Ar-

beitswelt und Familie, Freizeit und Kultur, Lebensraum Stadt sowie Leben im Alter für eine dauerhafte Mitarbeit gewonnen werden. Aufgabe der institutionellen Vertreter ist es, Ideen politisch und planerisch abzustimmen und auf Machbarkeit zu prüfen. Sind Investitionen nötig, müssen diese über Sponsoring finanziert werden. Auf diesem Weg werden im Jahr 2006 ein Fußgängerleitsystem und drei Spielplätze in der Mescheder Innenstadt neu installiert.

Fazit

Den „Großen Wurf“ wird es in Meschede in den kommenden Jahren aufgrund der dargestellten Hemmnisse nicht geben können, aber auch kleine Steine können sich zu einem durchaus ansehnlichen Mosaik entwickeln. Die Stadt arbeitet gemeinsam mit den Bürgern daran.



Anpassen der Organisationsstrukturen: Die Zusammenlegung zweier Grundschulen (Erweiterung eines Standortes, Schließung und Umwidmung des anderen) stellt einen gangbaren Weg dar, konsensorientiert und dem Willen der Betroffenen entsprechend, Infrastruktur im ländlichen Raum neuen Gegebenheiten anzupassen und die Ergebnisse bürgernah zu halten. Hier gilt es, in Gesprächen mit den betroffenen Eltern vor Ort Ängste zu nehmen und die angestrebte Verbesserung der Gesamtsituation überzeugend zu vermitteln.

entwicklung sind Annahmen für jedes der drei skizzierten demographischen Grundelemente der Bevölkerungsentwicklung notwendig. In der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes werden für die mittlere Prognose der Entwicklung der Bevölkerung bis 2050, die als wahrscheinlichste gilt, folgende Annahmen zugrunde gelegt: eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau, eine Zunahme der Lebenserwartung ab Geburt im Prognosezeitraum um 6 Jahre und der fernern Lebenserwartung um knapp 5 Jahre, ein jährlicher Wanderungsgewinn von 200.000 Ausländern sowie leichte Wanderungsgewinne von Deutschen bis zu einer weitgehenden Ausschöpfung des Potenzials von Menschen deutscher Abstammung in Osteuropa 2040 (ab diesem Zeitpunkt gleichen sich Ein- und Auswanderung von Deutschen aus). Beide Einwanderungsprozesse summieren sich auf einen Zuwanderungsgewinn bis 2050 von insgesamt 10,5 Mio. Menschen.

Die deutsche Bevölkerung wird älter, weniger und bunter

Die Prognose entwirft folgendes Bild von der demographischen Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2050:

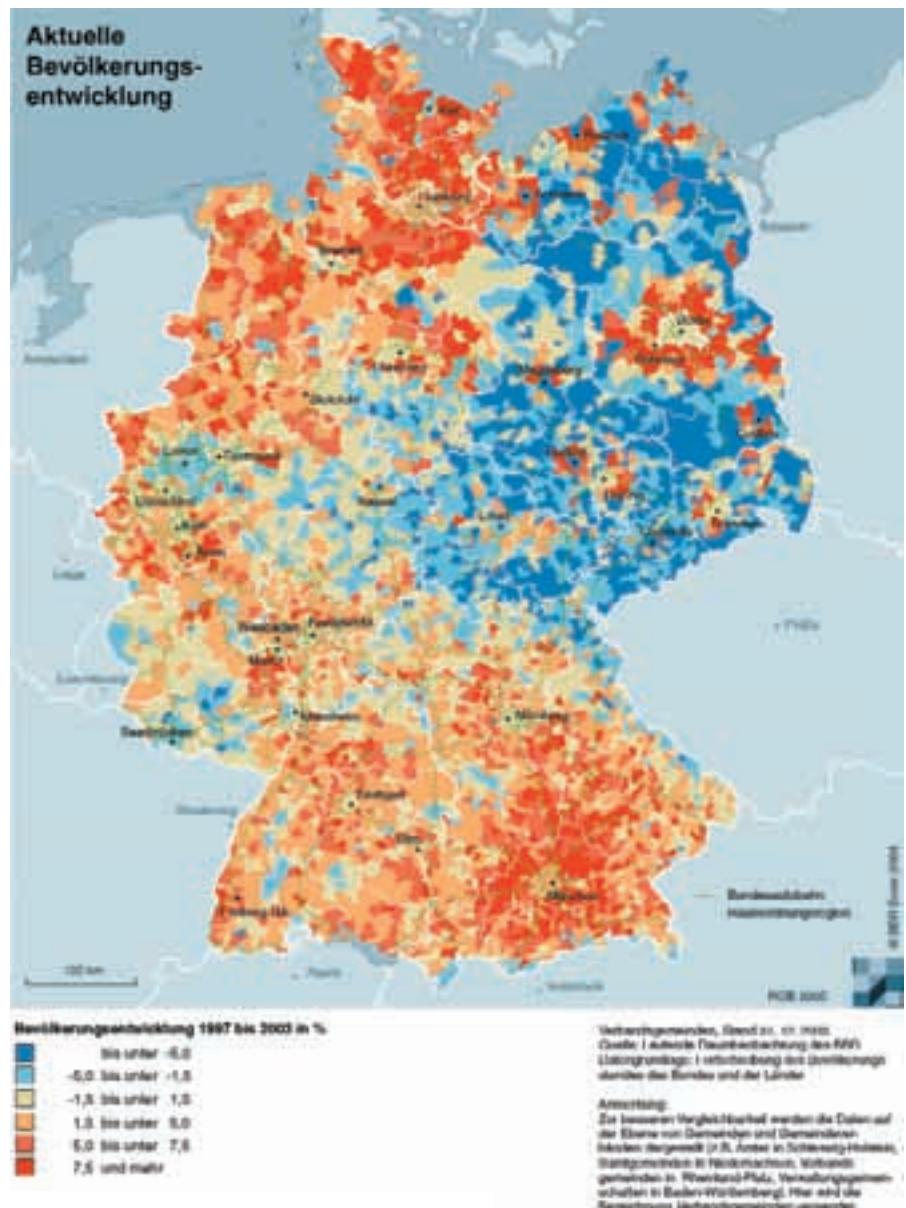
- Die Bevölkerung wird von derzeit ca. 82,5 um ca. 7 Mio. auf rund 75 Mio. Einwohner abnehmen.
- Durch einen steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird die Bevölkerung noch heterogener.
- Die Bevölkerung wird noch deutlicher altern. Die Alterung drückt sich darin aus, dass der Anteil der unter 20-Jährigen an der Bevölkerung von 20 Prozent 2001 auf 16 Prozent 2050 zurückgehen wird, während der Anteil der 65 Jahre alten und älteren Menschen, der 1900 5 Prozent betrug und 2001 bei 17 Prozent lag, bis 2050 auf 30 Prozent ansteigt. Der Anteil der hochaltrigen Menschen über 80 Jahre wird von 4 Prozent 2001 auf 12 Prozent 2050 zunehmen.

Die unterstellten Annahmen der Prognose über die Geburtenentwicklung und den Anstieg der Lebenserwartung gelten allgemein als relativ sicher. Die Annahme über den Zuwanderungsgewinn ist dagegen mit größeren Unsicherheiten verbunden: Das Potenzial von Menschen, die aufgrund der ökonomischen, politischen oder sozialen Situation auch in Zukunft tendenziell bereit sind, ihre Heimatländer zu verlassen, trifft auf einen wachsenden Wettbewerb

zwischen den Aufnahmeländern um benötigte Erwerbstätige, insbesondere um solche mit bestimmten schulischen und beruflichen Qualifikationen, Nationalitäten und Religionen. Gewinner in diesem Wettbewerb um Migranten mit gewünschten Eigenschaften werden die Länder sein, die gute und konkurrenzfähige Aufnahme- und Integrationsbedingungen anbieten können. Es wird sich zeigen, ob die deutsche Bevölkerung einen solchen Weg zu einer aktiven Einwanderungspolitik bereit ist zu beschreiten und ob dann die unterstellten Zuwanderungsgewinne zu realisieren sein werden.

Demographische Differenzierungen im Raum

Die besondere Brisanz der demographischen Entwicklung wird erst in ihren räumlichen Differenzierungen deutlich. Als Auswirkung und Fortsetzung bereits laufender demographischer Prozesse kommt es zu einer starken Polarisierung zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen. In diesem Zusammenhang drohen bestimmte ländliche Räume sich in einen „Ozean von Armut und Demenz“ zu verwandeln (J. Bölsche in Spiegel-online vom 14.03.2006).



Quelle: Raumordnungsbericht 2005; Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen (BBR), Bonn

Der demographische Wandel im Werra-Meißner-Kreis; Motto: Handeln statt Hoffen!

* Ursula Baumgärtel-Blaschke

Wir werden weniger und älter

Der Werra-Meißner-Kreis in Hessen wird voraussichtlich besonders stark vom demographischen Wandel betroffen. Die Gesamtbevölkerung soll nach den Berechnungen des Hessischen Statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2050 um ca. 30 Prozent zurückgehen. Dabei wird die Zahl der unter 20-Jährigen sogar um rund 48 Prozent abnehmen, bei einer gleichzeitigen Verdoppelung der über 80-jährigen Einwohner. Dies wird Auswirkungen in viele, wenn nicht gar alle Lebensbereiche und kommunalen Handlungsfelder haben. Wie wird diesen begegnet?

Strategie „Handeln statt Hoffen“ – Kommunen und Region im Blickfeld

Ein Regionalforum mit den Akteuren der Region eröffnete 2004 den Prozess, den regionalen und kommunalen Entscheidungsträgern das Problem und seine Konsequenzen bewusst zu machen. Sowohl das Regionalforum wie auch die daraus resultierende Projektarbeit werden durch den Landkreis und das eigens eingerichtete Sachgebiet „Demographie“ im Landratsamt unterstützt und durch die regionale Entwicklungsgruppe moderiert. Ideenschmiede und Suche nach Lösungsansätzen finden seitdem in interdisziplinären Arbeitsgruppen mit drei Themenschwerpunkten statt: Soziales/Familie, Regionalentwicklung und Wirtschaft. Mit ideenreichen Aktionen wird die inhaltliche Arbeit publik gemacht, z. B. durch den effektvollen Auftritt von zwei Schauspielern auf dem Open-Flair-Festival in der Kreisstadt Eschwege, wo sie die Besucher mit den Perspektiven des Altwerdens konfrontierten.

Auch Studenten der Universität Kassel werden in die regionalen Aktivitäten einbezogen. Exemplarisch für zwei Kommunen erfassen sie mit Beteiligten und Betroffenen die örtlichen Entwicklungspotenziale, suchen interkommunale Lösungsansätze, entwickeln Zukunftsszenarien und stoßen Veränderungsprozesse unter dem Motto „Fit für die Zukunft“ an.



Zwei Akteure spielen beim Open-Flair-Festival in Eschwege „Szenen aus dem Alter“ und bringen damit das Altwerden ins Gespräch (Foto: A. M. Truniger)



* Zur Autorin:

Ursula Baumgärtel-Blaschke (54)
Dipl.-oec.-troph;
Landwirtschaftsdirektorin,
Abteilungsleiterin Dorf- und
Regionalentwicklung, Landrat
des Werra-Meißner-Kreises, Amt
für den ländlichen Raum,
Eschwege



Unter dem Titel „Ein Landkreis bewegt die Zukunft – Bewohner des Werra-Meißner-Kreises kommen zu Wort“ wird ein Video-Film zur demographischen Entwicklung produziert (Foto: A. M. Truniger)

Daneben führt die Universität unter den Kommunen eine Umfrage zu deren Einschätzung ihrer jeweiligen Situation und ihrer Perspektiven durch. Die Ergebnisse werden mit den Menschen aus den kommunalen Gremien und Verwaltungen diskutiert, um sie zu sensibilisieren und für gemeinsames Handeln zu stärken.

Internetportal Familien- und Seniorenetz

Familienfreundlichkeit und Lebensqualität für ältere Menschen sind zentrale Standortfaktoren für den Werra-Meißner-Kreis. Deshalb ist die soziale Infrastruktur insbesondere mit Blick auf senioren- und kindgerechte Angebote besonders wichtig. Die Arbeitsgruppe Soziales/Familie analysiert die Angebotslage, entwickelt Strategien für zukünftige bedarfsgerechte Angebote und verschafft den Betroffenen durch ein neues Internetportal Zugang zu diesen Angeboten. Am Projekt beteiligen sich alle Kommunen im Werra-Meißner-Kreis wie auch Vereine und Verbände mit ihren Beratungsangeboten und Veranstaltungen.

Ohne Ehrenamt läuft nichts

Gemeinschaftseinrichtungen und Versorgungsangebote stoßen mit fortschreitendem Bevölkerungsrückgang an die Grenzen ihrer Tragfähigkeit. Zur Sicherung der Qualität ist die verstärkte Beteiligung der Bevölkerung vonnöten und findet sich bereits in Vereinsträgerschaften von zwei Schwimmbädern und mehreren Dorfgemeinschaftshäusern. 48 Privatpersonen, Vereine, Institutionen und Unternehmen haben die Bürgerstiftung Werra-Meißner gegründet. Mit den Erträgen des Kapitals und durch Spenden unterstützen sie seitdem die ehrenamtliche Arbeit in zahlreichen Initiativen in der Region, z.B. Sucht-Prävention bei Jugendlichen, Hospizgruppen zur Sterbebegleitung u.v.a.

Im ländlichen Siedlungswesen: Bestandspflege und Baulückenschluss

Flächenmanagement auch außerhalb von Neubaugebieten ist eine neue kommunale Herausforderung. In zwei Ortschaften des Kreises wird daher modellhaft ein Baulückenkataster erstellt als Handreichung zum Aufbau einer Datenbank mit ungenutzten Grundstücken und aktuell und zukünftig leer stehenden Gebäuden. Diese Beispiele sollen – übertragen auf die anderen Kommunen – dazu dienen, potenzielle Bau- und Kaufinteressenten an der Innenentwicklung eines Ortes zu beteiligen. In ähnlicher Weise wird mit Blick auf die Bestandspflege der ländlichen Bausubstanz ein „Musterhauskatalog“ zur Altbausanierung entwickelt. Gezielt für verschiedene Nutzergruppen wie Familien, Senioren, Behinderte, Gewerbe usw. werden gelungene Altbausanierungen zusammengetragen und in Bildern und Zahlen für Bauberatungen bereitgestellt.

Ländlicher Raum in der demographischen Falle?

„Um beträchtliche Kosten für die Infrastruktur einsparen zu können, sollen in den nächsten Jahren 15 kleine Ortschaften aufgegeben werden“, berichtete kürzlich die Witzenhäuser Allgemeine provokant. Auch wenn es sich bei dieser Meldung um einen Aprilscherz handelte, so macht dies doch den Ernst der Lage deutlich. Nur wer gegensteuert und die Zukunft aktiv gestaltet, hat eine Chance. Der Werra-Meißner-Kreis hat die demographische Herausforderung angenommen und ist dabei, diese Diskussion breit in der Bevölkerung und der kommunalen Politik zu verankern. Der praktizierte Dialog mit den Akteuren ist eine entscheidende Voraussetzung für die spätere Akzeptanz von Veränderungen. Ein ausbalancierter Politik-Mix, für den auf den skizzierten Wegen das nötige Know-how vermittelt wird, genauso wie das intensive Kommunizieren der Konzepte und Aktionen in der Bevölkerung sind die Erfolgsfaktoren, um dem demographischen Wandel wirksam begegnen zu können.



Bestandspflege und Altbausanierung für verschiedene Nutzergruppen sind für den Erhalt der Wohnfunktionen in den Dorfkernen ländlicher Gemeinden unabdingbar

Die Gegenwart im Osten: Schrumpfung

Karte 1 zeigt die Bevölkerungsentwicklung von 1997 bis 2003 auf der Ebene von Verbandsgemeinden. Das Gesamtbild wird stark von Ost-West-Unterschieden dominiert. In Ostdeutschland prägen, verursacht vom demographischen Schock nach der Wende und durch Abwanderungen, fast durchgängig Bevölkerungsverluste die Gesamtentwicklung – auch wenn vereinzelte, in unmittelbarer Nachbarschaft von Verbandsgemeinden mit Bevölkerungsgewinnen aufweisen. Auffällige Ausnahmen vom Grundmuster einer Bevölkerungsabnahme stellen nur Gemeinden in der Nähe von Ballungszentren oder größeren Städten dar, die in Suburbanisierungsprozessen zu Lasten der Städte einen Anstieg der Einwohnerzahlen realisieren konnten. Dies war nicht nur im bekannten Speckgürtel von Berlin oder bei Zentren wie Leipzig bzw. Dresden der Fall, sondern auch am Rand von kleineren Großstädten wie

Rostock, Schwerin, Cottbus oder Frankfurt/O. Als Teil des erweiterten Ballungsraums Hamburg sind auch Verbandsgemeinden an der Westgrenze von Mecklenburg-Vorpommern gewachsen.

Die Gegenwart im Westen: Bevölkerungswachstum

In Westdeutschland prägt Wachstum das Bild der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1997 und 2003. Hohe Zunahmen verzeichneten insbesondere Großräume von Hamburg und München, große Teile von Schleswig-Holstein sowie Nordwestdeutschland. Bevölkerung verloren haben nur relativ wenige Verbandsgemeinden. Hierbei handelt es sich einmal um Kernstädte vornehmlich in altindustriellen Regionen (Stichwort: Ruhrgebiet) oder um Gemeinden in einigen ländlichen oder allgemein peripheren Gebieten. Im Ergebnis der räumlichen Differenzierung der demographischen Entwicklung ist ein Patchwork von Wachstums- und Schrumpfungsgemein-

den erkennbar. Zu den regionalen Differenzierungen tragen neben den unterschiedlichen Ausprägungen der natürlichen Bevölkerungsbewegungen und der Einwanderungen auch Binnenwanderungsprozesse bei.

Ost-West-Wanderung: Indikator für ungleiche Lebensverhältnisse

Die Bevölkerungsprozesse seit der Wiedervereinigung sind neben der Suburbanisierung vor allem von einem Ost-West-Wanderungsgefälle geprägt. Als „Abstimmung mit den Füßen“ sind Wanderungen Indikator für die Wahrnehmung der Lebensverhältnisse durch die Bevölkerung. Die unmittelbar nach der Wende einsetzende Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland verringerte sich nach einem Höchststand der Abwanderungen 1991 bis Mitte der 90er Jahre deutlich. Die verbreitete Hoffnung, diese Tendenz würde als Ergebnis der Entwicklung in den neuen Bundesländern von Dauer sein, erfüllte sich jedoch nicht. Die Abwanderungen nahmen nach 1996 wieder zu, um nach einem erneuten Spitzenwert in 2001 in den folgenden Jahren bis 2004 wieder abzunehmen. Die absoluten Abwanderungen liegen allerdings immer noch deutlich über den Werten aus der Mitte der 90er Jahre. Im Jahr 2004 haben 146.000 Menschen Ostdeutschland (ohne Berlin) verlassen. Insgesamt weichen die ostdeutschen Abwanderungsraten nicht grundsätzlich von denen westdeutscher Bundesländer ab. Das Problem der ostdeutschen Abwanderung liegt in ihrer Einseitigkeit, in dem Fehlen einer entsprechenden Gegenbewegung: Niedrige Zuzüge aus Westdeutschland im gesamten Zeitraum lassen die Bilanz negativ werden. Von 1991 bis 2004 sind insgesamt 2,18 Mio. Menschen aus Ostdeutschland weg-, aber nur 1,28 Mio. zugezogen. Der Wanderungsverlust von 900.000 Personen der ostdeutschen Bundesländer hat als Ergebnis des Wettbewerbs um Menschen in den westdeutschen Zielregionen oder anderen Orts zum Bevölkerungswachstum beigetragen.

Die besondere Problematik der Abwanderung aus Ostdeutschland liegt in ihrer Selektivität:

■ Die Jugend geht

Alle Altersgruppen unter 65 Jahren haben zwischen 1991 bis 2004 durch Abwan-



derung netto Menschen an Westdeutschland verloren. Angesichts der Unterschiede in der Wanderungsbereitschaft in verschiedenen Lebensphasen war es vor allem die Altersgruppe der 18- bis 30- Jährigen, die Wanderungsverluste hatte (- 455.600).

Noch deutlicher wird die Abwanderung der Jungen bei der Gruppe der Personen zwischen 18 und 25 Jahren. Sie stellte 2004 mehr als ein Drittel aller Fortziehenden. In hohen Altersgruppen, bei den über 65- Jährigen, kehrte sich das Vorzeichen der



Städtebauliche Dorferneuerung und Modernisierung der Wohnquartiere hält Stadt- und Dorfkerne für die Wohnbevölkerung attraktiv

Wanderungsbilanz um. Ein kleiner Wanderungsgewinn Ostdeutschlands (+ 800) verstärkte aktiv die Alterung der ostdeutschen Gesellschaft.

■ Ein Brain-drain nach Westen

Gut ausgebildete Personen verlassen überproportional stark die ostdeutschen Bundesländer. So sind Abiturienten z. B. unter den aus Sachsen Fortziehenden doppelt so stark vertreten wie im Durchschnitt der Landesbevölkerung. Der Anteil der Hochschulabsolventen an den Wegziehenden liegt ähnlich deutlich über dem Landesdurchschnitt.

■ Abwanderung ist Frauensache

Abweichend von traditionellen Mustern der Wanderungsprozesse wird die Ost-West-Wanderung überproportional von Frauen geprägt. Zu knapp 60 Prozent haben Frauen zum Netto-Wanderungsverlust Ostdeutschlands zwischen 1991 und 2004 beigetragen. In der Altersgruppe der 18- bis 25- Jährigen waren Frauen sogar mit ca. 64 Prozent an den gesamten Wanderungsverlust Ostdeutschlands beteiligt. Vergleichsweise gute Schul- oder Berufsausbildung und gleichzeitig fehlende Ausbildungsmöglichkeiten oder Arbeitsplätze in gewünschten Berufen gelten als Gründe

dafür, dass Frauen in besonders großer Zahl Ostdeutschland verlassen: Der Abiturientenanteil von Frauen an der Abwanderung aus Sachsen war denn auch drei mal so hoch wie ihr Anteil an der Bevölkerung. Berufliche Erfolge und aufgebaute persönliche Beziehungen im Westen sowie weiter fortbestehende Einschränkungen der beruflichen Möglichkeiten in Ostdeutschland lassen Wegzug von Frauen zur Abwanderung werden – allen noch bestehenden besseren Möglichkeiten einer Kinderbetreuung im Osten zum Trotz. Mit dem Verlust potentieller Mütter hat die überproportionale Frauenabwanderung langfristige demographische Konsequenzen. Ihre Kinder werden im Westen geboren.

■ Facharbeitermangel und Arbeitslosigkeit

Die Folgen der Abwanderungen zeigen sich deutlich: Die auch durch das Lohn- und Gehaltsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland ausgelöste Abwanderung von qualifizierten, zu einem erheblichen Teil vor dem Wegzug aus Ostdeutschland in Arbeitsverhältnissen tätigen Personen führt zu der paradoxen Situation eines gleichzeitigen Facharbeitermangels bei sehr hoher Arbeitslosigkeit. Der Mangel an entsprechend qualifizierten jungen Arbeitskräften bildet zunehmend ein Entwicklungshemmnis für Wirtschaftsunter-

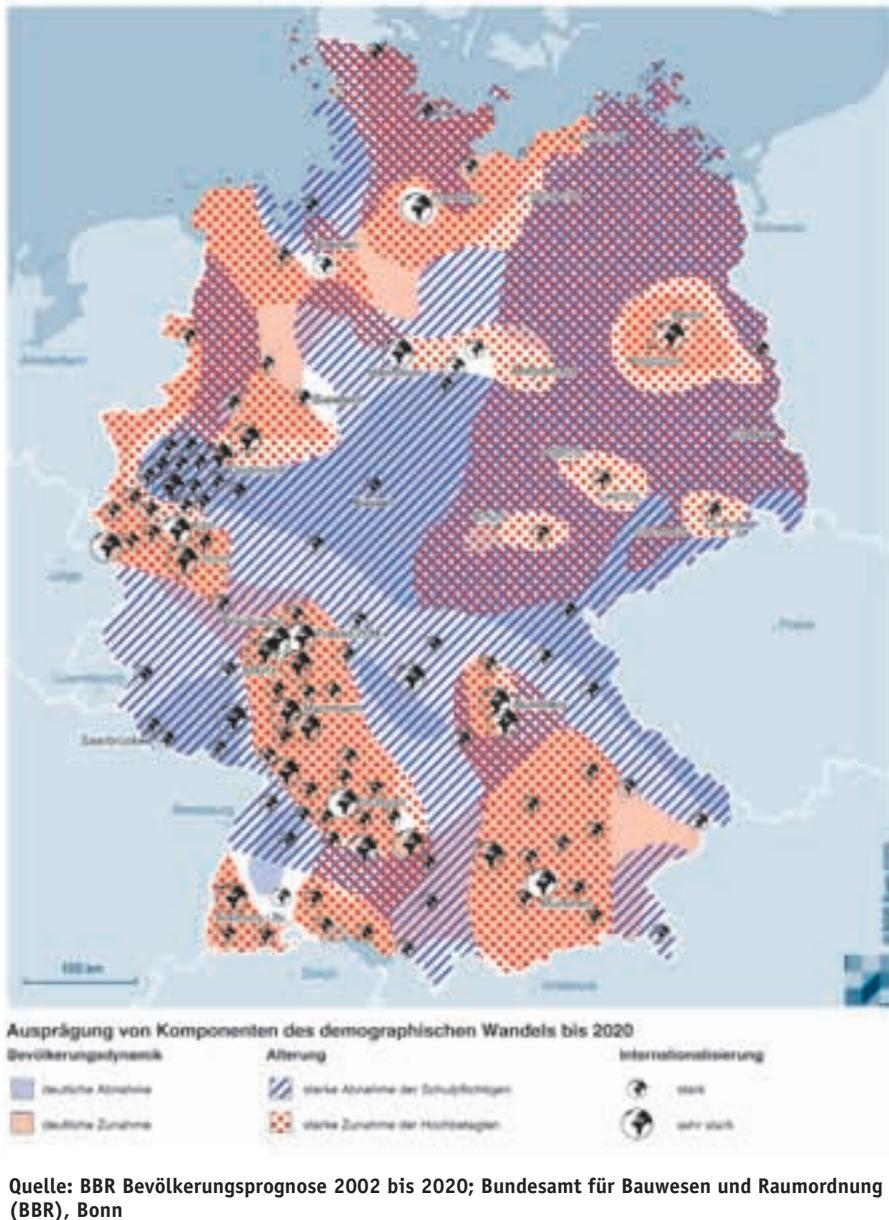
nehmen. Bemühungen zur Eindämmung der Abwanderung oder gar um eine Rückwanderung durch die Stärkung oder den Aufbau einer regionalen Identität – wie beispielsweise durch „Heimatschachteln“ (Pakete an weggezogene oder wegzugsbereite Personen um sie in vielfältiger Weise stärker an die Region zu binden) - sehen sich aber nach wie vor mit den wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen vor Ort konfrontiert.

■ Ländliche Gebiete laufen leer

In ländlich-peripheren Gebieten sind die Folgen der Abwanderung bereits heute vielfach an einer Vergrößerung vor allem von Dörfern sichtbar. In diesen Regionen hat sich als Folge der einseitigen Wirtschaftsstruktur auch ein deutlicher Frauenmangel eingestellt. Gegenüber der Gruppe der 18- bis 29- jährigen Männern weisen die gleich alten Frauenjahrgänge ein Minus von z. T. mehr als 20 Prozent auf. Die Folge sind Probleme bei der Partnersuche. In vielen ländlichen Orten gilt das aktuelle durch Qualifikation und Lebensalter bestimmte Abwanderungspotenzial als weitgehend ausgeschöpft.

2020: Fortschreitende regionale Polarisierung

Die demographische Entwicklung bis 2020 differenziert nach seinen Komponenten zeigt die Karte 2. Die Prognose der regionalen Bevölkerungsentwicklung durch das Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen – sie ist anders als die oben zitierte des Statistischen Bundesamtes aufgebaut, aber im Niveau der Bevölkerungsgröße praktisch identisch – macht deutlich, dass die Bevölkerungsabnahme in Ostdeutschland keine vorübergehende Schwächephase, sondern ein anhaltender von kurzzeitigen Schwankungen begleiteter Entwicklungstrend ist. Das in der Gegenwart die demographische Entwicklung noch weitgehend prägende Ost-West-Gefälle (Karte 1) hat 2020 einer differenzierteren Entwicklung Platz gemacht.



Die zwischen 2003 und 2020 um rund 400.000 Menschen verringerte Gesamtbevölkerungszahl in Deutschland hat sich räumlich noch stärker polarisiert: Wenigen Wachstumsregionen mit deutlichen Bevölkerungszunahmen (diese reichen in Bändern von West-Schleswig-Holstein mit einem Ausläufer nach Rostock über den Ballungsraum Hamburg nach Nordwestdeutschland, entlang des Rheins und dem Raum Frankfurt über Stuttgart bis zum Bodensee bzw. Breisgau-Südschwarzwald und zum Ballungsraum München-Nürnberg, hinzu kommt noch eine isolierte Wachstumsinsel um Berlin, die einzige Ostdeutschlands) stehen große Räume gegenüber die deutliche Bevölkerungsverluste verzeichnen. Zu der Bevölkerungszunahme

in den Wachstumsregionen trägt die Internationalisierung der Bevölkerung durch Einwanderungsgewinne beträchtlich bei.

Es fällt auf, dass auch wachsende Regionen bis auf wenige kleinräumige Ausnahmen von mindestens einer der beiden Faktoren der Alterung (starke Abnahme der Schulpflichtigen bzw. starke Zunahme der Hochbetagten) betroffen sind. Insbesondere in jenen Regionen, die sowohl eine starke Zunahme hoch betagter Personen aufweisen wie eine starke Abnahme von schulpflichtigen Kindern kündigt sich die Grundlinien eines deutlichen Sterbefallüberschusses an. Die deutliche Polarisierung der demographischen Entwicklung im Raum wird tendenziell zu einem stärkeren

Nebeneinander von Politiken führen: In dem einen Raumtyp werden sich die politischen Akteure in Fortsetzung bisheriger Erfahrungen mit der Bewältigung des Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft auseinandersetzen, in dem anderen Raumtyp mit der entgegengesetzten Entwicklung, dem Schrumpfen. Der politisch-gesellschaftliche Umgang mit einer anhaltenden Schrumpfung in großen Teilen des Staatsgebiets wird dabei zu einer zentralen Herausforderung.

2050: Die Verinselung des Bevölkerungswachstums

Die Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung verschärfen sich über 2020 hinaus weiter. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis 2050 ist naturgemäß mit größeren Unsicherheiten behaftet. Im Ergebnis dieser Prognose (vgl. Karte 3) nehmen die Schrumpfungsregionen weiter zu. Die Zunahme fällt jedoch vergleichsweise gering aus (siehe Karte 2). Gleichzeitig ist aber das Band der Regionen mit einem Bevölkerungswachstum zerrissen. Ausgesprochene Wachstumsräume liegen nun umgeben von kleineren Regionen mit einer stabilen Bevölkerung wie „Inseln“ in und an einem „Meer der Schrumpfung“. Das Bevölkerungswachstum und die Abmilderung möglicher Schrumpfungstendenzen sind weitgehend vom Umfang der Außenwanderung abhängig. Im Ergebnis der Prognose bis 2050 wird sich ein dauerhaftes regionales Muster von wenigen wachsenden und stabilen Zentralräumen und einer Schrumpfungslandschaft herausbilden, das tiefe Spuren in Politik und Gesellschaft hinterlassen dürfte.

Demographie-Typen ländlicher Räume

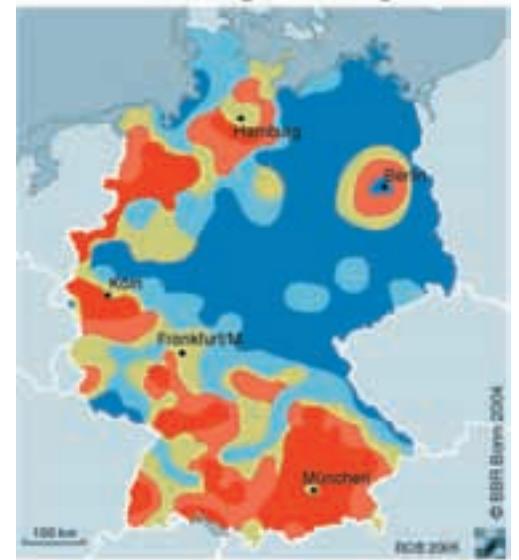
Die Situation ländlicher Räume stellt sich innerhalb der demographischen Gesamtentwicklung höchst unterschiedlich dar: Je nach dem in welchem großräumlichen Kontext sie liegen oder ob sie es etwa geschafft haben, strukturelle Vorteile über die Zeit weiter zu entwickeln, schälen sich bis 2020 hinsichtlich der Bevölkerungsdynamik fünf unterschiedliche Cluster (Typen) ländlicher Räume heraus:

1. ländliche Schrumpfungsräume mit starken aktuellen und/oder künftigen Bevölkerungsverlusten als Teil einer von Bevölkerungsschrumpfung gekennzeichneten großräumigen Ge-



Eine wirtschaftlich tragfähige Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Bausubstanz wird nicht immer möglich sein

Trend der Bevölkerungsentwicklung bis 2050



Veränderung der Bevölkerungszahl zwischen 2002 und 2050

- stark abnehmend
- leicht abnehmend
- stabil
- leicht zunehmend
- stark zunehmend

Datengrundlage: BBR-Bevölkerungsprognose 2002-2050/Exp

Quelle: BBR Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

bietsentwicklung (Ostdeutschland, Südniedersachsen, Nordhessen, Sauerland aber auch Saarland/Pfalz);

2. ländliche Regionen mit aktuellen und/oder künftigen Bevölkerungsverlusten vereinzelt am Rande oder innerhalb von Wachstumsgebieten (Schwarzwald, Gebiete an der Nordseeküsten, Oberpfälzer Wald und Bayerischer Wald an der Grenze zur Tschechischen Republik);

3. ländliche Räume mit einer stabilen Bevölkerungsentwicklung in den Übergangsbereichen von schrumpfenden zu wachsenden Regionen;

4. ländliche Regionen mit deutlichen Zunahmen der Bevölkerung als Teile von wachsenden Ballungsgebieten (z. B. um Berlin);

5. ländliche Regionen mit deutlichen Zunahmen der Bevölkerung aufgrund von eigenen Standortvorteilen (Nordwestdeutschland).

Herausforderungen der demographischen Entwicklung

■ Typ 1: Ländliche Schrumpfungsräume

Ländliche Schrumpfungsräume des Clusters 1 sind Teil eines sehr großräumigen, alle Regionstypen umfassenden demographischen Entwicklungsmusters. Sie unterliegen folglich den gleichen demographischen Prozessen. Diese werden ländliche Räume aufgrund der geringen Dichte der Bevölkerung jedoch stärker und anders treffen als andere Teilräume in diesen sich 2020 über große Teile Deutschlands erstreckenden Gebieten.

Besondere Herausforderungen für diese ländlichen Räume zeichnen sich hinsichtlich der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung ab: Die wirtschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen in den ländlichen Gebieten werden durch Bevölkerungsrückgang und die Alterung deutlich verschlechtert. Weder Binnenwanderung noch auf längere Sicht der Bevölkerungs-

rückgang werden zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Im Gegenteil dürfte der starke Rückgang der erwerbsfähigen Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, jenen Jahrgängen, denen unter Wachstumsaspekten besondere Bedeutung zugemessen wird, die Möglichkeiten eigener wirtschaftlicher Entwicklungsansätze zusätzlich begrenzen.

Die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in diesen i. d. R. dünn besiedelten ländlichen Räumen ist angesichts weiterer Bevölkerungsabnahmen, geringen absoluten Geburtenzahlen und der Vergreisung der Bevölkerung eine der zentralen Herausforderungen insbesondere für Dörfer. Die derzeitigen Probleme der Sicherstellung einer ausreichenden ärztlichen Versorgung oder die Schließung von Schulen und deren Konzentrationen an weniger und für viele Schüler deutlich weiter entfernte Schulstandorte liefern einen ersten Eindruck von den entstehenden Anforderungen. Ein künftiges Grundprinzip des Lebens, das sich als Folge der demographischen Veränderungen in den ländlichen Räumen dieses

Typs herauszubilden scheint, dürfte eine deutliche Maßstabserweiterung sein.

Besondere Probleme zeichnen sich in vielen kleinen peripheren Dörfern ab: Geprägt von Abwanderung und Alterung ihrer Einwohner entwickelt sich nach dem Tod von Hausbewohnern oder ihrem Wegzug aufgrund des Fehlens jeglicher Nachfrage nach Wohnraum Leerstand. Aus Leerstand wird im Laufe der Zeit Verfall und eventuell gar Abriss. In der Konsequenz werden aus Dörfern Weiler, sofern vorhanden landwirtschaftliche Betriebe mit anhängenden Werkwohnungen oder gar moderne Wüstungen. In der Konsequenz beginnt sich die Siedlungsstruktur langsam, sehr langsam aufzulösen!

■ Typ 2: Ländliche Regionen mit aktuellen und/oder künftigen Bevölkerungsverlusten

Diese wie Inseln in Gebieten mit Bevölkerungswachstum liegenden ländlichen Räume des Clusters 2 stehen hinsichtlich der Auswirkungen des demographischen Wandels vor ähnlichen Problemen wie die des Clusters 1. Die Möglichkeiten, den negativen demographischen Auswirkungen zu

begegnen, sind jedoch durch die relativ größere Nähe zu den Wachstumsgebieten deutlich besser. Die Herausforderungen dürfen in der Fortsetzung bisheriger Strategien gerade darin liegen, eine tragfähige funktionale Verbindung zu den Wachstumsregionen zu entwickeln.

■ Typ 3 und 4: Ländliche Regionen in Wachstumsregionen oder deren Rändern

Die ländlichen Räume des Cluster 4 und 5 mit einer stabilen oder wachsenden Bevölkerung profitieren von ihrer Lagegunst. Ihre Herausforderungen bestehen in Fortsetzung der heutigen Entwicklungsanstrengungen darin, die gegebene Lagegunst entsprechend nutzbar zu machen zum eigenen Vorteil wie zur weiteren Stärkung des jeweiligen Gesamttraums.

■ Typ 5: Ländliche Regionen mit eigenen Standortvorteilen

Dieses in Reinform in Nordwestdeutschland anzutreffende Cluster hat eine einzigartige Erfolgsgeschichte von einem Armenhaus noch zu Ende des Zweiten Weltkriegs zu

einer prosperierenden Region. Als Fortsetzung des bisherigen Entwicklungsweges gilt es, die erworbenen Standortvorteile durch Anpassung an die veränderten Bedingungen weiter zu entwickeln, gestärkt von Zuwanderungen aus anderen ländlichen oder städtischen Regionen.

Nichts ist unabänderlich!

Die Prognosen der demographischen Entwicklung erscheinen oft als eine unabänderliche Gewissheit. Die reale Entwicklung des Clusters 5 von einem Armenhaus zu einer Region des Wachstums von Bevölkerung und Wirtschaft verdeutlicht dagegen die Möglichkeit der Gestaltung der Zukunft. Gerade demographische Prozesse mit ihren im Prinzip langsamen Abläufen bieten Möglichkeiten der Einflussnahme. Einfluss auf die demographischen Prozesse zu nehmen, sie zum Nutzen der jeweiligen Region zu verändern und dafür die entsprechenden Instrumente zu entwickeln, ist aktuell wie zukünftige Aufgabe. Eine erfolgreiche Veränderung der regionalen demographischen Situation wird aber nur im Wettbewerb mit anderen Regionen um Menschen erfolgen können.

LITERATUR

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006): Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, München

Bertelsmann-Stiftung (2006): Wegweiser Demographischer Wandel. www.wegweiserdemographie.de

Bölsche, Jochen (2006): Verlassenes Land, verlorenes Land. Artikelserie, Spiegel-online vom 14. bis 21.03.2006

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR (2005): Raumordnungsbericht 2005, Berichte des BBR 21, Bonn

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR (2006): Raumordnungsprognose 2020/2050, Berichte des BBR 23, Bonn

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB (2004): Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des BiB, Wiesbaden

Bundesverband der Öffentlichen Banken (2006): Demographie ist Gegenwart. Förderbanken in der Verantwortung, Berlin

Der Letzte macht das Licht aus?! Demographie, Abwanderung und Politik in Ostdeutschland (2003): Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik, Hf. 20/ Dez. 2003

Dienel, Christiane u. a. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt / Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt, Abschlussbericht Hochschule Magdeburg-Stendal

Deutscher Investment Trust did (2005): Demographie – was kommt auf uns zu? Serie: Zukunftsanalysen (1), Frankfurt/M.

Enquête-Kommission des deutschen Bundestages (2002): Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Schlussbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8800

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003): Aspekte der demographischen Entwicklung in NRW. Dokumentation des Workshops am 11. Oktober 2002 in Dortmund, Dortmund

Kaufmann, Fanz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/M.

Mai, Ralf (2004): Abwanderung aus Ostdeutschland. Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung. Frankfurt/M. u. a. 0.

Mai, Ralf u. Schon, Manuela (2005): Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland. In: BiB-Mitteilungen 04/2005

Milbradt, Georg u. Meier, Johannes (Hrsg.) (2004): Die demographische Herausforderung – Sachsens Zukunft gestalten. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Niebuhr, Annetkatrin u. Stiller, Silvia (2005): Demographischer Wandel in Norddeutschland – Konsequenzen und Handlungsbedarf. Hamburgisches Welt-Wirtschaftsarchiv, HWWA-Report 250, Hamburg

Oswald, Philipp (Hrsg.) (2004): Schrumpfende Städte. Bd. 1 Internationale Untersuchung, Roloff, Juliane (2003): Der demographische Faktor, Hamburg

Schimany, Peter (2005): Die alternde Gesellschaft. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working-Papers 4/2005, Nürnberg

Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsberechnung, Wiesbaden

Winkel, Rainer (Hrsg.) (2001): Zukunftsperspektiven der Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum. Schriftenreihe des Lehrstuhls für Landesplanung und Siedlungswesen, Hf. 2, Dresden

Winkel, Rainer u. Brandstetter, Benno (2001): Perspektiven der Siedlungsentwicklung in Ostdeutschland. Schriftenreihe des Lehrstuhls für Landesplanung und Siedlungswesen, Hf. 1, Dresden

Nicht nur ein Problem in Deutschland – Demographische Entwicklungen und Erfahrungen in europäischen Nachbarländern

* Ulrike Grabski-Kieron

Vom demographischen Wandel sind auch andere Länder Europas betroffen. Über die natürliche Bevölkerungsentwicklung hinaus spielen insbesondere Wanderungsbewegungen, vor allem Wanderung von außerhalb der EU, aber auch Binnenwanderungen, maßgebliche Rollen. Allerdings werden die demographischen Entwicklungen in den einzelnen Ländern in ganz unterschiedlicher Weise wahrgenommen und diskutiert. Nationale Bevölkerungsentwicklungen unterscheiden sich sowohl innerhalb der EU-15 als auch im Verhältnis zu den EU-Beitrittsländern zum Teil sehr. Sowohl in Deutschland als auch in den Nachbarländern wirkt sich der demographische Wandel kleinräumig differenziert aus,

sodass wachsende und schrumpfende Regionen nebeneinander liegen werden. In Bezug auf die ländlichen Räume werden sich die regionalen Disparitäten im Zuge des demographischen Wandels verschärfen. Erfahrungen mit Anpassungs- und Handlungskonzepten liegen in einigen europäischen Ländern vor. Im Mittelpunkt stehen dann vor allem ländliche Regionen mit Bevölkerungsrückgang. In vielen Ländern rücken jedoch auch für die Stadt-Umland-Räume interkommunale Kooperationen und Public-Private-Partnership-Konzepte mehr und mehr in den Vordergrund. Möglichkeiten und Hemmnisse solcher Entwicklungen werden nicht zuletzt durch die national unterschiedlichen Planungskulturen in Europa beeinflusst.

Europa und EU-Mitgliedsländer im Vergleich

Räumliche Disparitäten in Europa werden heute nicht mehr allein im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Dynamik und geographischen Standortbedingungen thematisiert, sondern zunehmend im Kontext regionalspezifischer Bevölkerungsentwicklung gesehen. Der Geburtenrückgang, die Veränderung der Altersstrukturen hin zu einem größeren Anteil älterer Bevölkerungsgruppen sowie die Binnen- und Außenwanderungen erweisen sich auch in europäischer Dimension als die zentralen Problemkreise. Die in den letzten Jahren für Deutschland vielfältig veröffentlichten Prognosen und Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung (STATISTISCHES BUNDESAMT 2003, Dass. 2005, BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG [Hrsg.] 2004) stehen im europäischen Raum also nicht isoliert.

Im globalen Vergleich mit Schwellen- und Entwicklungsländern sowie mit anderen

Industrienationen ist Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch eine leicht negative Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet (UNITED NATIONS 2003, zit. n. GANS u. SCHMITZ-VELTIN 2004). Dahinter verbergen sich allerdings in den einzelnen EU-Mitgliedsländern differenzierte großräumige Trends, die ihrerseits von verschiedenen Arten von Bevölkerungsentwicklungen in den Regionen getragen werden. In ihnen finden die angesprochenen Problemkreise ihre regionalspezifische Ausprägung.

Seit den 90er Jahren zeichneten sich insbesondere viele skandinavische Länder durch positive Bevölkerungsbewegungen aus, während in vielen mittel- und südeuropäischen Ländern eher ausgeglichene Trends zu beobachten waren. Ihnen standen die Entwicklungen in den Transformationsstaaten Osteuropas gegenüber, die insgesamt negative Bevölkerungssalden zu verzeichnen hatten (GANS u. SCHMITZ-VELTIN 2004). Unterschiedliche Fruchtbarkeits- und Alterungsraten der nationalen Bevölkerungen waren für die großräumige

Differenzierung verantwortlich. In ihnen spiegeln sich unterschiedliche gesellschaftliche Werthaltungen, Reaktionen auf sozio-ökonomische Lebensumfelder, Anpassungen an Milieuveränderungen oder an Bildungsniveaus u. a. wider. Die Entwicklungslinien des demographischen Wandels der 90er Jahre setzen sich, im Überblick betrachtet, in den aktuellen Trends fort (s. Tabelle 1, Abb. 1).

Seit der Jahrhundertwende erweisen sich allerdings die Wanderungsgeschehen – zum einen als Zuwanderung aus Staaten außerhalb der Europäischen Union, zum anderen als Binnenwanderung innerhalb der EU-Staatengemeinschaft – als maßgebliche Einflussfaktoren der europäischen Bevölkerungsentwicklung, auch wenn sie in der Zukunft nicht soweit reichen werden, die negativen Trends der natürlichen Bevölkerungsentwicklung aufzuheben, wie dies noch in den 90er Jahren der Fall war (s. Abb. 2). Insbesondere Nettowanderungen schwächen jedoch die skizzierten Trends weiterhin ab.



* Zur Autorin:

Ulrike Grabski-Kieron (49)
Univ.-Prof. Dr. rer. nat.;
Westfälische Wilhelm-Universität
Münster; Institut für Geographie,
Abt. Orts-, Regional- und Landes-
entwicklung/Raumplanung

Bevölkerungsentwicklung in der Europäischen Union - Prognose bis 2050				
	2005	2025	2050	Veränderung 2005-2050
	in Mio.	in Mio.	in Mio.	in Prozent
EU-25	458,5	470,1	449,8	-1,9
EU-15	384,5	398,8	384,4	0,0
Eurozone	310,2	319,7	304,4	-1,9
Neue Mitgliedsstaaten¹	74,0	71,3	65,5	-11,5
Belgien	10,4	10,9	10,9	4,8
Dänemark	5,4	5,6	5,4	0,0
Deutschland	82,6	82,1	74,6	-9,7
Frankreich	60,2	64,4	65,7	9,1
Italien	58,2	57,8	52,7	-9,5
Luxemburg	0,5	0,5	0,6	20,0
Niederlande	16,3	17,4	17,4	6,7
Irland	4,1	4,9	5,5	34,1
Vereinigtes Königreich	59,9	63,8	64,3	7,3
Griechenland	11,1	11,4	10,6	-4,5
Portugal	10,5	10,7	10,0	-4,8
Spanien	42,9	45,6	42,8	-0,2
Finland	5,2	5,4	5,2	0,0
Österreich	8,1	8,5	8,2	1,2
Schweden	9,0	9,8	10,2	13,3
Estland	1,3	1,2	1,1	-15,4
Lettland	2,3	2,1	1,9	-17,4
Litauen	3,4	3,1	2,9	-14,7
Malta	0,4	0,5	0,5	25,0
Polen	38,1	36,8	33,7	-11,5
Slowakei	5,4	5,2	4,7	-13,0
Slowenien	2,0	2,0	1,9	-5,0
Tschechische Republik	10,2	9,8	8,9	-12,7
Ungarn	10,1	9,6	8,9	-11,9
Zypern	0,7	0,9	1,0	42,9

¹ ab 2004: (CZ, EE, CY, LV, LT, HU, MT, PL, SI, SK)
Quelle: Eurostat 2006

Tabelle 1

Wie Tabelle 1 und Abb. 1 zeigen, wird auch für den Zeitraum bis zum Jahre 2050 innerhalb der Europäischen Union von einem Nebeneinander von demographisch wachsenden, stagnierenden und rückläufigen Mitgliedsstaaten auszugehen sein. Zwar kann für die europäische Union insgesamt bis 2020 zunächst von einem leichten Bevölkerungswachstum, dann bis 2050 von einem leichten Rückgang auf das heutige Niveau ausgegangen werden (EUROSTAT 2006), doch verbergen sich dahinter erhebliche Unterschiede. Sie betreffen sowohl die Mitgliedsstaaten der EU-15 untereinander, als auch deren Vergleich mit den Staaten der EU-Osterweiterung.



Abb. 1: Erwartete Bevölkerungsentwicklung in Mitgliedsländern der Europäischen Union bis 2050

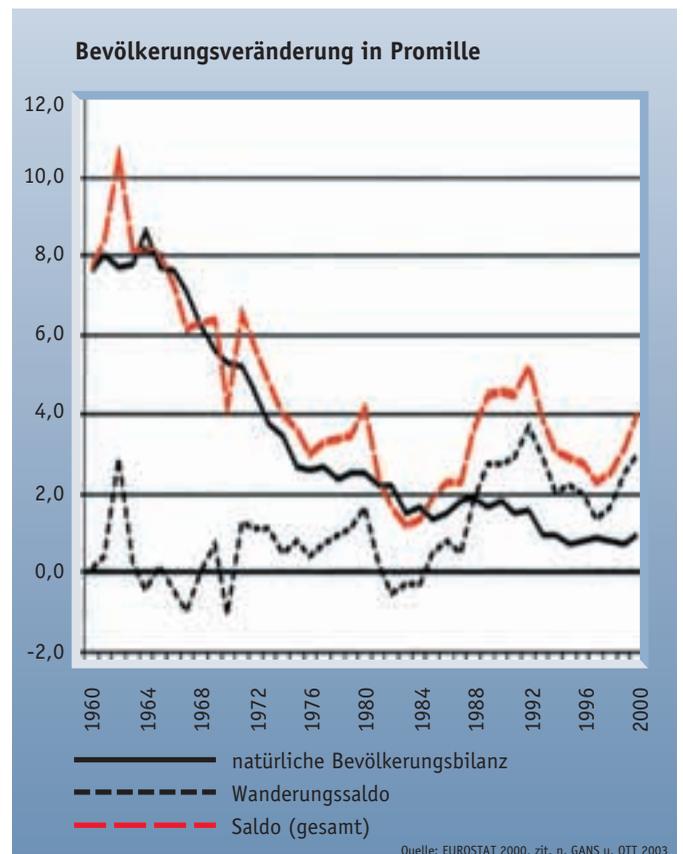


Abb. 2: Bevölkerungsbilanz in der Europäischen Union in den 90er Jahren – Die Rolle des Wanderungsgeschehens

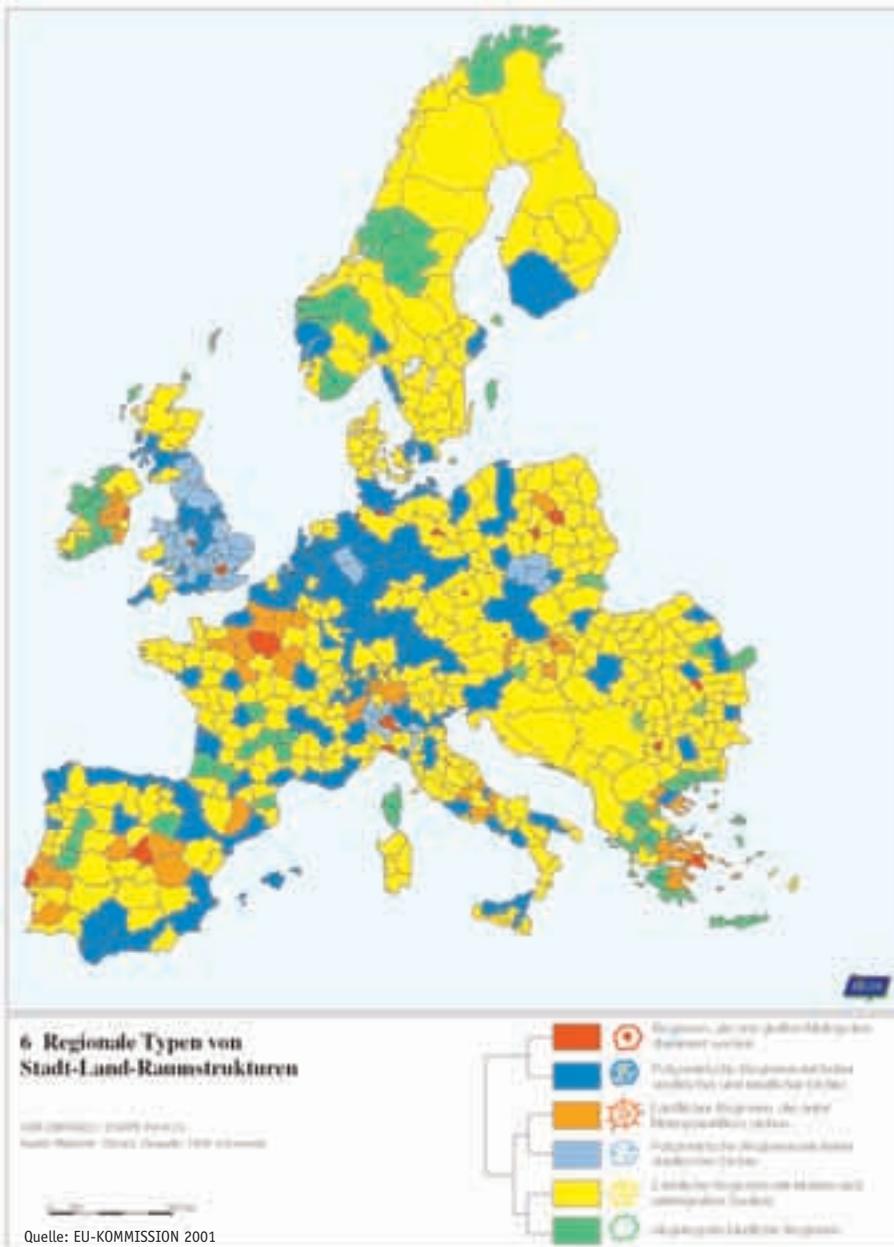


Abb. 3

Auch in Europa: Ein Nebeneinander von Regionen mit Bevölkerungsrückgang und -wachstum

Nicht zuletzt betreffen die skizzierten Differenzierungen auch die regionalen Vergleiche innerhalb der einzelnen Staaten selbst. Natürliche Bevölkerungsrückgänge, Überalterung und regionale Bevölkerungsabnahmen und -zuwächse folgen hier allerdings den gleichen allgemeinen Trends. Insgesamt führen sie im nationalen wie auch im europäischen Rahmen zu einem „Flickenteppich“ rückgängiger und wach-

sender Regionen (KOCKS 2003). Bevölkerungsrückgänge werden weiterhin beispielsweise solche wenig bevölkerungsdichten Regionen wie das Limousin in Frankreich oder die Region Castilla y León im nordwestlichen Spanien, aber auch dichter besiedelte Räume wie das Baskenland oder die Region um Genua (Ligurien) zu verzeichnen haben. Ihnen stehen solche bevölkerungswachsenden Regionen wie die Île de France um Paris, die Gebiete um Lyon und Bordeaux oder die Regionen Kent oder Sussex im Süden Großbritanniens gegenüber. Für die ländlichen Räume bedeutet dies, dass sich die bereits bestehende Differenzierung ländlicher Raumty-

pen (s. Abb. 3) innerhalb der EU weiter vertiefen wird. Funktionale Raumverflechtungen, wie sie sich insbesondere in Stadt-Umland-Strukturen manifestieren, spielen dabei eine besondere Rolle.

Folgewirkungen in den ländlichen Räumen

An die demographischen Entwicklungen sind für die ländlichen Räume in Europa die folgenden Wirkungskreise geknüpft:

■ Siedlungsdispersion

Für die Wachstumsregionen gefährdet die zunehmende Verteilung von Siedlungsstrukturen eine ausgewogene Flächenentwicklung, denn mit zunehmender Siedlungsdispersion gehen Flächenverbrauch und -zerschneidung ökologisch wirksamer Freiräume einher (s. Abb. 4). Dies wird dadurch unterstützt, dass einerseits die Wohn- und Grundstücksflächen pro Einwohner in den ländlichen Räumen oft größer als in den Städten sind und andererseits auch Zahl und Größe der Haushalte zunehmen. Die ländlichen Märkte für Wohnimmobilien im Eigentum oder zur Miete bleiben davon nicht unberührt. Nachbarschaftskonflikte mit der Landwirtschaft, Konflikte mit dem Freiraumschutz oder Einschränkungen von Erholungs- und Aufenthaltsqualitäten der Freiräume durch Verlärmung und Zerschneidung kommen bei ungebremster Siedlungstätigkeit leicht hinzu.

Probleme anderer Art entstehen in rückgängigen strukturschwächeren Regionen, wo es mit der Entleerung von Siedlungsräumen immer schwerer fallen wird, kulturhistorische Eigenarten und kulturhistorisch-identitätsstiftende Merkmale der regionalen Baukultur zu erhalten (s. Abb. 5). Damit stehen gleichzeitig jedoch Leitbilder europäischer Regionalpolitik und Raumordnung auf dem Prüfstand, weil der Abbau regionaler Disparitäten wie auch die Wahrung des kulturellen Erbes in Europa eine der Grundfesten des europäischen Konsenses ist.

■ Infrastrukturausstattung

Von Anpassungszwängen der ländlichen Infrastrukturen sind Einrichtungen der Pflege-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungsinfrastruktur sowie die Netze der Ver- und Entsorgung (Wasser und Energie) und des Verkehrs betroffen. Anpassungsbedarfe entstehen in vielen ländlichen Regionen



Abb. 4: Flächenverbrauch und Siedlungsdispersion am Ballungsrand – Siedlungsdispersion in Wachstumsregionen

Foto, Quelle: GRABSKI-KIERON 2003



Abb. 5: Gefährdung kulturlandschaftsprägender Bausubstanz im ländlichen Siedlungswesen in Regionen mit Bevölkerungsrückgang – ein Beispiel aus Frankreich

Foto, Quelle: GRABSKI-KIERON o. J.

Gemeinden bedeutet dies, dass zum Erhaltungsaufwand bestehender Einrichtungen weitere finanzielle Belastungen hinzukommen. Nicht zuletzt entstehen aus der Veränderung der Altersstruktur, sei es durch Zuzüge älterer Menschen oder durch natürliche Überalterung, neue Nachfragesituationen. Sie fördern Handlungsdruck, Einrichtungen des Pflege-, Gesundheits- und Sozialbereiches sowie der Schulinfrastruktur an die sich verändernden Verhältnisse anzupassen.

■ Ländliche Gesellschaft und Arbeitsmärkte

Die Verschiedenartigkeit ländlicher Räume spiegelt sich in zunehmend differenzierter werdenden ländlichen Gesellschaften wider: Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, wie z. B. Rentner und Senioren, Berufspendler, zuwandernde junge Familien aus der Stadt, Ausländer, Jugendliche und Frauen, bringen ein großes Spektrum an Lebensstilen und Wahrnehmungsmustern in die ländliche Gesellschaft hinein, die den traditionellen Charakter des „Ländlichen“ in den betroffenen Regionen zunehmend verändern (WOODS 2005, BEETZ et al. 2005). Allerdings nehmen mit dieser Heterogenität auch Probleme der Integration zu.

In vielen Regionen, so z. B. im Südwesten Großbritanniens oder an der französischen Atlantikküste, kommt Senioren ein besonderer Stellenwert zu, weil sie als Pensionäre oder Rentner ihre Wohnsitze von den Städten in ländliche Räume verlegen (SCHARF et al. 2005). Sie werden vielfach als Schlüsselgruppe identifiziert, die dazu

beiträgt, ob ländliche Regionen im Wettbewerb der Regionen auf der Gewinner- oder auf der Verliererseite stehen. Auch Jugendliche und Frauen treten als „treibende Kräfte“ im ländlich-demographischen Struktur- und Funktionswandel hervor, weil sie durch ihr Wanderungsverhalten, durch ihre Reaktionen auf regionale Arbeitsmärkte und durch ihre Muster im Umgang mit den eigenen Lebenssituationen spezifische Impulse für die ländliche Entwicklung geben (BIEN et al. 2005). Nicht zuletzt beeinflussen sie mit ihrem Verhalten die ländlichen Arbeitsmärkte: In den Abwanderungsregionen nehmen sie Innovationspotenziale mit, in den boomenden Regionen tragen sie dazu bei, Synergiepotenziale in der wirtschaftlichen Entwicklung auszuschöpfen (BEETZ et al. 2005). Die damit einhergehende regionale Dekonzentration ländlicher Arbeitsmärkte fördert regionale Images, die ihrerseits wieder auf Investitions- und Standortentscheidungen zurückwirken.

Handlungs- und Anpassungsstrategien im europäischen Vergleich

Die demographischen Entwicklungen werden in den Staaten Europas in unterschiedlicher Weise thematisiert und öffentlich diskutiert. Hier spiegelt sich auch wider, wie die ländlichen Räume als Planungs- und Handlungskategorie für Politik und Planung in den Mitgliedsstaaten wahrgenommen werden und anerkannt sind. Dem Problemdruck, aber auch der jeweiligen nationalen Planungskultur kommt eine maßgebliche Bedeutung zu. Oft richtete sich bisher besonderes Augenmerk auf die peripheren ländlichen Räume, während die agglomerationsnahen Regionen, die in den Sog von Suburbanisierung und internationaler Wirtschaftsverflechtung einbezogen sind, erst in den letzten Jahren als ländliche Problemräume im Zeichen des demographischen Wandels besondere Beachtung finden.

So wurden bisher in zahlreichen Ländern Nord- und Westeuropas, die in weiten Landesteilen ländlich-peripher geprägt sind – wie z. B. die Länder Skandinaviens, Großbritannien (mit Schottland und Wales), Irland, Österreich oder der Schweiz –, Erfahrungen mit Handlungsstrategien gesammelt (zusf. WINKLER-KÜHLKEN 2003). Diese beziehen sich insbesondere darauf, den Anpassungsbedarfen in den verschiedenen Infrastrukturbereichen, die durch abwanderungsbedingte Unterauslastung

durch die Bevölkerungsrückgänge, denn sie führen dazu, dass viele Einrichtungen nicht mehr tragfähig und unterausgelastet sind und die Basisversorgung für die Bevölkerung nur schwer aufrechterhalten werden kann. Für ländliche Gemeinden wird dann die Finanzierung von entstehenden Ausstattungserhöhungen und deren Anpassung zum Problem. Erschwerend kommt für diese öffentlichen Haushalte hinzu, dass die Anpassung von Infrastruktureinrichtungen Zeit braucht und sofortige Reaktionen auf sich verändernde Situationen kaum möglich sind.

Anpassungszwänge, jedoch in anderer „Richtung“, entstehen in den bevölkerungsmäßig expandierenden ländlichen Gebieten: Hier verlangen expandierende Nachfrage und flächenmäßige Ausbreitung der Siedlungen Neuinvestitionen im Infrastrukturbereich. Für die ländlichen



Quelle: GRABSKI-KIERON 2004

Abb. 6: Gewerbeflächenentwicklung; Technologie- und Arbeitsmarktentwicklung im ländlichen Raum

oder durch veränderte Angebots- und Qualitätsanforderungen entstehen, mit politisch-planerischen, organisatorisch-technischen oder kooperativen und nicht zuletzt mit finanziell-ausgleichenden Handlungsansätzen zu begegnen (THRUN 2003).

Eine Vergleichbarkeit oder gar Übertragbarkeit solcher in den europäischen Nachbarländern gemachten Erfahrungen werden durch die Unterschiedlichkeit politisch-administrativer und raumordnerischer Systeme, in denen z. B. die Regionen oder die Kommunen als Planungs- und Steuerungsebenen unterschiedlich verankert sind, aber auch durch unterschiedliche Wahrnehmungen von „Ländlichkeit“, durch unterschiedliche Traditionen im Verwaltungshandeln und Staatsverständnis in den Mitgliedsstaaten der EU erschwert. Auch die jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spielen eine Rolle. Gleichwohl

lassen sich in vielen der durchgeführten Strategien gleiche oder ähnliche Handlungsansätze erkennen (zusf. WINKLER-KÜHLKEN 2003, THRUN 2003).

In den Vordergrund rücken vielerorts

- die Erhöhung der Erreichbarkeit von Einrichtungen durch innovative, auch zielgruppenspezifische Mobilitätskonzepte, wie z. B. im Bereich der Seniorenversorgung (z. B. Großbritannien) oder dem Schülertransport (z. B. Schweden),
- ihre Verkleinerung entsprechend der verringerten Nachfrage,
- die Dezentralisierung und Aufteilung in räumlich verteilte, kleinere Einheiten,
- die Zentralisierung, d. h. die Zusammenlegung von unterausgelasteten Einrichtungen,
- die Einführung temporärer und mobiler Versorgung,

- die völlige Neustrukturierung und Substitution bestehender Einrichtungen.

Nicht zuletzt gilt es auch, Nutzungen zu flexibilisieren und neue Trägerschaftsmodelle in der Infrastrukturplanung zu suchen.

Nicht nur für den Infrastrukturbereich, sondern auch z. B. für regionale Arbeitsmarkt- und Technologieentwicklung (s. Abb. 6) oder für die Flächenentwicklung und Raumplanung in Stadtregionen gewinnen europaweit

- Public-Private-Partnership-Konzepte,
- neue Zuständigkeitsverteilung unter beteiligten öffentlichen Akteuren,
- zielorientierte Kooperationen von Regionen und Gemeinden und nicht zuletzt
- die Bürgermitwirkung

zunehmend an Bedeutung. Die besonderen Herausforderungen liegen jedoch nicht allein in dieser Netzwerkarbeit, sondern vielmehr in der auch durch den demographischen Wandel beeinflussten Notwendigkeit zu einer sich verändernden Planungs- und Kooperationskultur. Sie betont den Stellenwert integrierter Planung und Entwicklung, in der sowohl formal-rechtliche als auch informelle Steuerungselemente verankert sind. Einer Politik für die ländlichen Räume fällt auch in der europäischen Dimension die Aufgabe zu, solche Handlungsoptionen durch geeignete Finanz- und Steuerungsinstrumente zu flankieren und dabei die regionalen Handlungsspielräume offen zu lassen. Alle Ebenen planerischen Handelns sind darin einbezogen. Schubkraft erhält zudem der Erfahrungsaustausch über die Grenzen der Regionen hinweg.

LITERATUR

BAUM, S. u. P. WEINGARTEN (2004): Typisierung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa. In: Europa Regional, Jg. 12, Nr. 3, S. 149-158

BEETZ, S., BRAUER, K. u. C. NEU (Hrsg.) (2005): Handbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden

BIEN, W., LAPPE, L. u. R. RATHGEBER (2005): The Situation of Young People in Rural Areas. In: Schmied, D. (Hrsg.): Winning and Losing – The Changing Geography of Europe's Rural Areas. Hampshire. S. 167-186

BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2004): Raumordnungsprognose 2020. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen. Bonn

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2001): Einheit Europas, Solidarität der Völker, Vielfalt der Regionen. Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, S. 32 (Online unter: <http://europa.eu.int/>)

STATISTISCHES AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (EUROSTAT) (2006): Basisvariante - Bevölkerung am 1. Januar nach Geschlecht und Alter in Jahren (2005-2050). Eurostat-Datenbank. (Online unter: <http://epp.eurostat.cec.eu.int/>)

GANS, P. u. T. OTT (2003): Binnenwanderungen in den Ländern der Europäischen Union. In: Geographische Rundschau, Jg. 55, H. 6, S. 20-26

GANS, P. u. A. SCHMITZ-VELTIN (2004): Räumliche Muster des demographischen Wandels in Europa. In: Raumforschung und Raumordnung 2/2004. Bonn. S. 83-95.

GREEN, A. (2005): Employment Restructuring in Rural Areas. In: Schmied, D. (Hrsg.): Winning and Losing – The Changing Geography of Europe's Rural Areas. Hampshire. S. 21-34.

KOCKS, M. (2003): Der demographische Wandel in Deutschland und Europa. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 12/2003. Bonn. S. I-V

SCHARF, T., WENGER, G. C., THISSEN, F. u. V. BUR-

HOLT (2005): Older People in Rural Europe: A Comparative Analysis. In: Schmied, D. (Hrsg.) (2005): Winning and Losing – The changing Geography of Europe's Rural Areas. Hampshire. S. 187-202

STATISTISCHES BUNDESAMT (2003): Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

Dass. (2005): Bevölkerung nach Bundesländern. Wiesbaden (Online unter: www.destatis.de/)

THRUN, T. (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 12/2003 Bonn. S. 709-717

WINKLER-KÜHLKEN, B. (2003): Voneinander lernen – Bevölkerungsrückgang und Strukturanpassung in ländlichen Regionen Europas. In: Informationen zur Raumentwicklung 12/2003. Bonn. S. 779-787

WOODS, M. (2005): Rural Geography. London

Erfahrungen mit Steuerungsansätzen zur Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung im ländlichen Raum

* Martina Kocks

In Deutschland vollzieht sich wie in vielen anderen europäischen Ländern ein tief greifender gesellschaftlicher Wandel: Die Bevölkerung nimmt ab und es gibt immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen. Damit ändert sich das gesamte soziale und kulturelle Umfeld. Öffentliche Einrichtungen und private Dienstleistungen sind teilweise gefährdet. Besonders hart trifft dies derzeit die ländlichen und peripheren Landstriche Ostdeutschlands. Sie führen vor, was in Zukunft vielen Regionen und Gemeinden bevorstehen wird: Um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels eine Infrastrukturversorgung anbieten zu können, die in Umfang und Qualität stimmt und vor allem finanzierbar bleibt, sind Anpassungen erforderlich.



Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) unterstützt Anpassungskonzepte mit seinem Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“, das vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung konzipiert und betreut wird. In insgesamt neun Modellregionen werden seit 2002 unter dem Leitthema „Umstrukturierung statt Zuwachs“ Konzepte entwickelt und vor Ort erprobt.

Je nach demographischer Entwicklung, wirtschaftlicher Prosperität und politischer Prioritätensetzung werden in den Modellregionen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Alterung und Abnahme der Bevölkerung führen zu Themenfeldern wie Generationengerechtigkeit, Familienfreundlichkeit, Chance des Alterns für die Regionalwirtschaft und – von entscheidender Bedeutung für periphere Räume – die Sicherung der Grundversorgung. Es sind Konzepte entstanden für neu strukturierte generationenübergreifende Einrichtungen, die Ausweitung der Kinderbetreuung und seniorenorientierter Dienstleistungen sowie ein breites Spektrum an Handlungsfeldern zur Sicherung der öffentlichen Grundversorgung in ländlichen, dünn besiedelten Räumen für ein neues, z. T. kleineres, aber

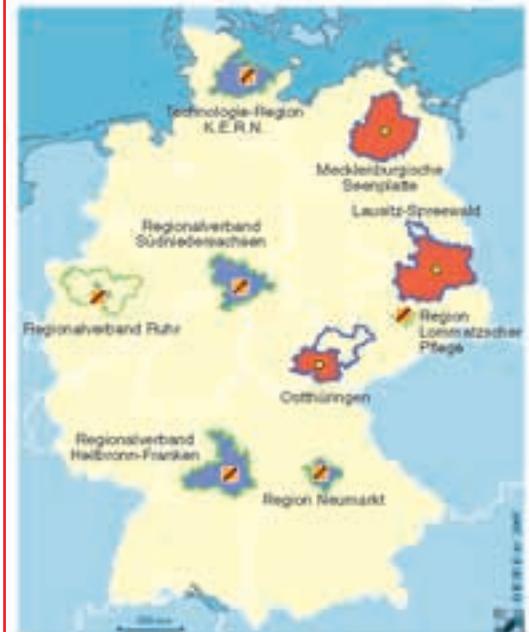
hochwertiges, an die Bevölkerungsentwicklung angepasstes Infrastrukturangebot.

Die lokalen Akteure bringen dabei viel Eigeninitiative mit. Es gibt Veranstaltungen, die das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit stärken. Es werden Netzwerke gebildet und Zielvorstellungen erarbeitet. Oft müssen lokale Wünsche und Interessen zugunsten einer stärkeren regionalen Entwicklung zurückstehen. Denn es sind Angebote und zukünftiger Bedarf abzustimmen, günstige Standorte auszuwählen und neue, flexiblere, aber qualitativ hochwertige Angebotsformen für weniger Leute zu entwickeln. Das Ziel ist, falsch dimensionierte Infrastrukturen mit über Jahre gebundenen Fixkosten zu vermeiden, die Bevölkerung in der Region zu halten und damit Abwanderungen entgegenzuwirken, und ein Klima zu schaffen, das es Familien erleichtert, sich für Kinder zu entscheiden und der älteren Generation einen würdigen Lebensabend beschert.

Immer weniger Menschen - Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge

Die kleinräumige Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) auf Verbandsgemein-

Modellvorhaben



- Modellvorhaben "Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern"
- Modellvorhaben "Infrastruktur und demographischer Wandel"

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

deebene zeigt, dass es bis 2020 ein Nebeneinander wachsender und immer mehr schrumpfender Gemeinden geben wird. (vgl. Karte).

Der Anteil der Bevölkerung, der in wachsenden Gemeinden lebt, wird geringer. Immer mehr Menschen werden schrumpfenden Gemeinden angehören. In den letzten Jahren betrug die Relation wachsender zu schrumpfender Gemeinden noch 60:40 für Wachstum, bis 2020 verschiebt sich das Verhältnis hin zu 50:50. Modellrechnungen bis 2050 deuten in Richtung 25:75. Gemeinden der peripheren ländlichen Räume sind bereits bis 2020 überproportional (30:70) von Schrumpfung betroffen. Auch die Altersstrukturverschiebungen sind hier am deutlichsten ausgeprägt. Da geringere Einwohnerzahlen auch geringere

Steuereinnahmen und weniger Mittelzuweisungen bedeuten, ist für die Kommunen eine kontinuierliche Anpassung öffentlicher Daseinsvorsorge überlebenswichtig. Starke Nachfragerückgänge bedingten Schließungen, die in dünn besiedelten Regionen unter Umständen zu unzumutbaren Erreichbarkeiten führen können. Wenn nicht eingeschritten wird, kann es dazu kommen, dass beispielsweise die Chancengleichheit im Bildungsbereich oder auch die Standortvorteile ländlichen Wohnens aufgrund immer weiter steigender kommunaler Gebühren ins Wanken geraten. Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist also ein wichtiger Baustein zur Stabilisierung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

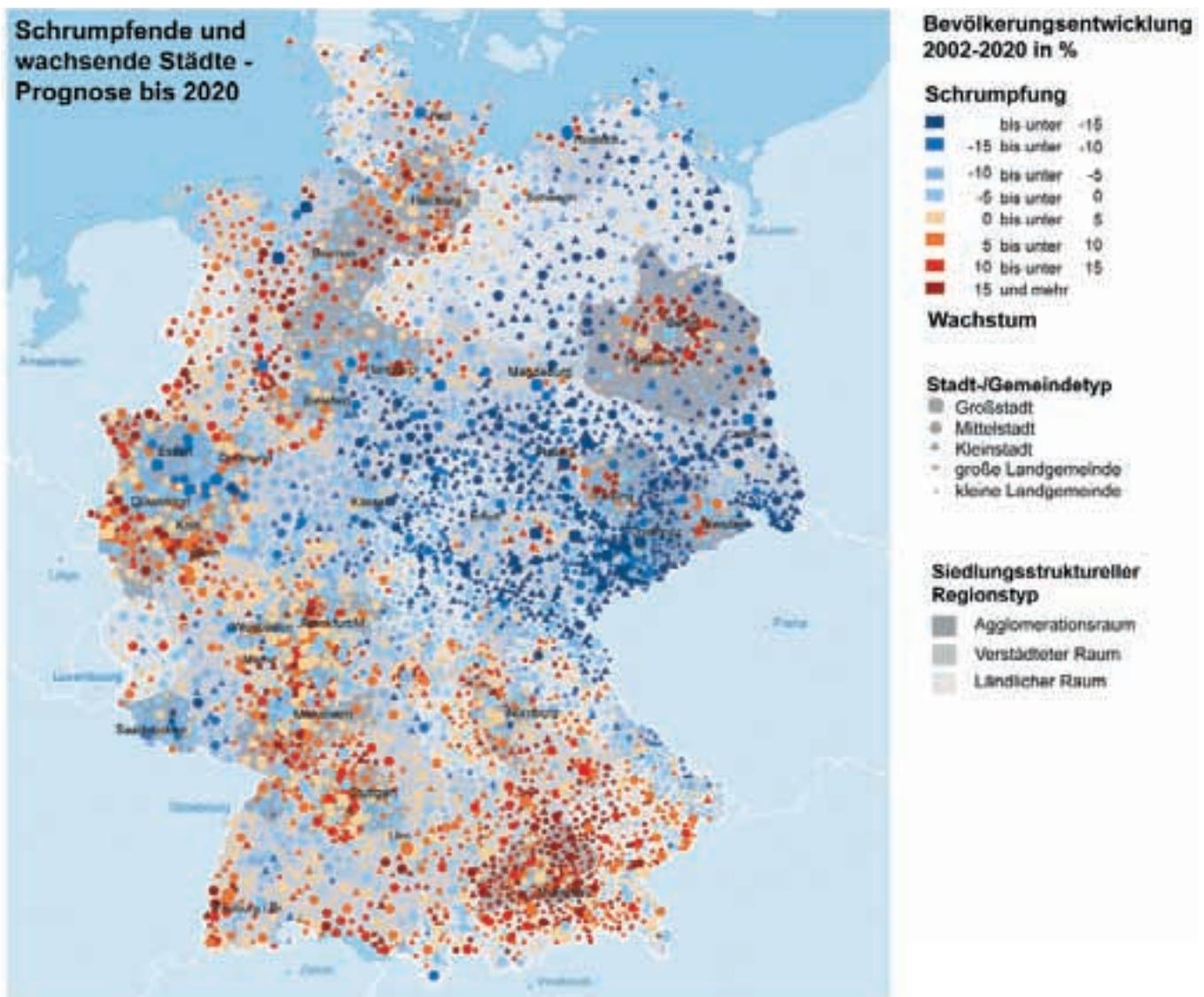
Es lassen sich prinzipiell zwei räumliche Entwicklungsmuster ausmachen, die ent-

sprechende Strategien für eine zukunftsfähige Infrastrukturplanung implizieren und nahezu für alle Gemeinden in unterschiedlicher Ausprägung gelten.

- Die Schrumpfung in größeren Gebiets-einheiten, wie sie heute zum Beispiel schon im peripheren, dünn besiedelten Raum Ostdeutschlands anzutreffen ist:

Hier ist es notwendig, die öffentliche Daseinsvorsorge in großem Maßstab neu zu ordnen und, flankiert durch eine Verbesserung der Erreichbarkeit, auf weniger räumliche Schwerpunkte zu konzentrieren.

- Ein Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum, wie es in einigen suburbanen, ländlichen Räumen anzutreffen ist: Hier kann es aus wirtschaftlichen Gründen nützlich sein, die Unterauslastung in der





gefächerten Ausbildungsangebots an zentralen Standorten bei gleichzeitiger Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Die Standortwahl führt allerdings zu Konflikten. Die Frage nach Ausgleichsleistungen ist diskutiert worden. In der Mecklenburgischen-Seenplatte ist eine regionale Berufsschule mit mehreren Filialstandorten, getragen von einem Zweckverband, beschlossen worden.

■ Für die Sicherung einer angemessenen **medizinischen Versorgung** ist das Problem die im ländlich/peripheren Raum besonders weit fortgeschrittene Alterung der Bevölkerung und damit der gestiegene

einen Kommune mit dem Neubedarf in der anderen zu koordinieren.

Altersstrukturverschiebungen werden in durchgehend allen Kommunen Deutschlands zu Nachfrageveränderungen führen, die eine Umgestaltung des Infrastrukturangebotes in verschiedenen sektoralen Handlungsfeldern im Verbund notwendig machen.

Ländliche Modellregionen auf der Suche nach Lösungen

Die Modellregionen Lommatzcher Pflege (Sachsen), Mecklenburgische Seenplatte (Mecklenburg-Vorpommern), Lausitz-Spree-wald (Brandenburg) und Ostthüringen (Thüringen) sind dünn besiedelt, weisen zum Teil stark zersplitterte Siedlungsstrukturen auf und haben seit 1990 einen Einwohnerrückgang von 15 bis 20 % zu verzeichnen. Prognosen verweisen auf weitere Verluste in diesen Regionen. Dementsprechend sind für die Modellregionen Anpassungen in allen zentralen Handlungsfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge relevant.

■ **Bildung** ist eines der Hauptthemen. Grund hierfür ist der Rückgang der Schülerzahlen um bis zu 50 % zunächst in den Grundschulen, später in den weiterführenden Schulen. Als eine Lösung für den Erhalt von Grundschulen ist der jahrgangsübergreifende Unterricht und damit der Erhalt kurzer Wege für die kleinen Kinder anzusehen. Wirtschaftlichkeitsberechnungen und pädagogische Evaluierungen ergeben keine Benachteiligung gegenüber ‚normalen‘ Schulen.

Für die Berufsschulen sind Schließungen unausweichlich zugunsten eines weit



Einkaufszentren sichern die Grundversorgung



Lösungsansatz für den Erhalt von Grundschulen: Jahrgangsübergreifender Unterricht

Bedarf an hausärztlicher Versorgung bei gleichzeitigen Wiederbesetzungsproblemen der Praxen, wenn Ärzte in den Ruhestand gehen. Die Arztpraxen liegen weiter gestreut als in Städten; gleichzeitig ist der öffentliche Personennahverkehr ausgedünnt. Für viele Patienten bedeutet dies schlechte Erreichbarkeit der Sprechstunde, für die Ärzte umgekehrt Hausbesuche mit langen Anfahrtswegen und damit unattraktive Arbeitsbedingungen. Auch hier ist die Konzentration der ärztlichen Leistungen in Ärztezentren und zusätzlich mobile Sprechstunden ein Lösungsvorschlag, der bereits von verschiedenen medizinischen Interessengruppen diskutiert wird.



Das ÖPNV-Bediensangebot hängt ganz wesentlich von der regionalen Siedlungsstruktur ab

■ In **Dorfzentren** kann unterhalb der Grundzentren ein verbrauchernahes und diverses Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen gebündelt werden. Die zeitversetzte und vielfältige Nutzung bislang leer stehender Gebäude an günstigen Standorten kann die Versorgung sichern helfen. Denn der Rückzug kommerzieller Nahversorger im ländlichen Raum trifft besonders die nicht motorisierte Bevölkerung. Einzelhandel, Dienstleistungen wie Post und Banken, aber auch Gaststätten ziehen sich aus der Fläche zurück. Die Lebensqualität sinkt und auch das gesellschaftliche Leben verändert sich negativ. Gefragt sind neue Angebotsformen in kleinen Dörfern. Ein Mix aus öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Waren „unter einem Dach“ kann tragfähige Strukturen schaffen und gleichzeitig zur Identitätsentfaltung der Bürger beitragen.



Kapazitätsanpassung der Infrastruktur an die veränderte Nachfrage wird in der Zukunft immer dringender

■ Der **ÖPNV** ist die flankierende Maßnahme schlechthin. Die Ausgestaltung von ÖPNV-Bediensangeboten hängt ganz wesentlich von der regionalen Siedlungsstruktur ab. Je kleinteiliger und verstreuter die zu erschließenden Siedlungen in der Fläche verteilt sind und je geringer die Siedlungsdichte ausfällt, desto geringer ist das Potenzial für ein wirtschaftliches Angebot im klassischen Linienverkehr. In ländlichen Räumen ist aufgrund veränderter Nachfragen der ÖPNV in der gewohnten Form nicht mehr zu bezahlen. Die bisher häufig verfolgten Maßnahmen wie Reduzierung der Taktzeiten, Verkleinerung des Netzes usw. verschlechtern die Versorgung. Kleinere Angebotsformen wie Rufbusse und Sammeltaxen sind die bessere Alternative. Flexibler Bedienverkehr kann die Fläche besser erreichen. Der Flächenbetrieb in Lausitz-Spreewald sieht Einstiegshaltestel-

len und freien Ausstieg vor und ermöglicht eine passgenaue Anbindung an den zentral verlaufenden Linienverkehr.

■ Die technische **Ver- und Entsorgung** ist durch organisatorische Zusammenlegungen verbessert worden. Die Frage der Kapazitätsanpassung der leitungsgebundenen Infrastruktur an die veränderte Nachfrage wird in Zukunft immer dringender und ist besonders schwierig. Die Nutzungsdauer von Trinkwassernetz und Kanalisation beträgt etwa 80 Jahre. Einmal verlegte Leitungen lassen sich nicht beliebig verkleinern oder zurückbauen. Überdimensionierte Anlagen erhöhen die Verkeimungsgefahr des Trinkwassers und verursachen extrem hohe Kosten für die schrumpfende Bevölkerung: Die Fixkosten betragen 80 %, die verbrauchsabhängigen Kosten nur 20 % der Umlage. Das große Problem der Anpassung

überdimensionierter und für die Bevölkerung viel zu teurer Leitungssysteme ist in den Modellregionen nur thematisiert und noch nicht konzeptionell bearbeitet worden.

■ Das **System der zentralen Orte** bildet als wirksames planerisches Instrument das Grundgerüst und einen zentralen Ansatzpunkt zur Bewältigung von regionalen Anpassungsprozessen bei der Infrastruktur. Der Rückgang der Bevölkerung macht es notwendig, dieses System im Hinblick auf die Zahl der Zentren und deren Klassifizierung anzupassen, indem Orte in ihrer Zentralität zurückgestuft werden. Zentralen Orten verschiedener Stufe müssen klar abgegrenzte Funktionen zugeordnet werden. Eine Mindestauslastung zu erreichen, erfordert eine optimale Standortwahl und

weit in die Zukunft reichende, regionale Bedarfsanalysen. Nur so kann die Tragfähigkeit von Einrichtungen gesichert werden. Eine Modellregion hat das System für ihren Einzugsbereich überarbeitet und als Vorschlag an die Landesplanung – das Gegenstromprinzip nutzend – weitergegeben.

■ Bisher wenig berücksichtigt ist der Einsatz von **Informations- und Kommunikationstechnologien**. Dieses Handlungsfeld führt in Deutschland derzeit noch ein Schattendasein. Dabei können I+K-Technologien zum Lückenschluss vieler öffentlicher Einrichtungen dienen oder die reduzierten Angebote aufwerten und damit Qualität gewährleisten (bspw. Telemedizin). Die Skandinavier mit ihren extrem dünn besiedelten Regionen sind in dieser Hinsicht sehr viel weiter.

Welche Handlungsoptionen gibt es?

Eine Schlüsselfunktion liegt in der Verbesserung der Erreichbarkeit. Es sollte abgewogen werden zwischen Verkleinerung, Dezentralisierung und Zentralisierung je nach fachlicher Notwendigkeit und Nachfragestruktur. Schließlich können mobile Angebote geprüft oder das Angebot neu gestaltet werden. Die Handlungsstrategie sollte je nach Handlungsfeld ausgewählt und mit anderen kombiniert werden. Es geht letztlich um die intelligente Mischung der Infrastrukturangebote und die räumliche und zeitliche Abstimmung der Angebote untereinander, siehe Abb. 1.

Strategien für Kommunen und Regionen

■ Kooperationen

Anpassungsstrategien verlangen nach neuen Kommunikationsprozessen. Interkommunale Kooperationen waren bisher eher auf den Erfahrungsaustausch zu gleichartigen Problemstellungen beschränkt. Die neuen Kooperationen unter Schrumpfbedingungen verlangen dagegen nach Verbindlichkeit zu Verteilungsfragen. Das Bestreben, die kommunale Eigenständigkeit zu wahren, macht kooperative Lösungen nicht immer einfach. Funktionale und räumliche Konkurrenzen veranlassen dazu, an nicht ausgelasteten Einrichtungen festzuhalten. Die räumliche Abstimmung zwischen Gemeinden, die inhaltliche Abstimmung zwischen Fachpla-

Handlungsoption	Kennzeichen	Entwicklung des Einzugsbereichs der Einrichtung	Beispiel	
Erhöhung der Erreichbarkeit		Verbesserung der Verkehrsanbindung zur Auslastungserhöhung	größert/gleich	optimierte ÖPNV-Netze, nachfrageorientierte Taktzeiten
Verkleinerung		Proportionale Reduzierung der Einrichtung bzw. des Angebotes zur Bevölkerung	gleich/kleiner	reduziertes Busnetz
Dezentralisierung		Aufteilung in kleinere, effiziente Einheiten (bei hohen Anbindungskosten)	kleiner	mehrere Blockfluranlagen statt Großfluranlage, Bürgerämter statt Zentralverwaltung
Zentralisierung (mit Erreichbarkeitsstrategie)		Zusammenlegung von unterausgelasteten Einheiten mit komplementärer Erreichbarkeitsverbesserung	größer	Schulzusammenlegung mit Schulbus-system
Temporär-mobiler Ansätze		Versorgungsinstanzen nur zu eingeschränkten Zeiten verfügbar	gleich	Vor-Ort-Sprechstunden, Wochenmärkte, mobile Bibliotheken
Neustrukturierung/Substituierung		Zweck wird durch neue Art der Aufgabenerfüllung erreicht	fallabhängig	Warenbestellung (Internet) statt Einkauf (Geschäft), Zusammenlegung von Klassen mit neuen pädagogischen Konzepten, Takeinselfbedienung statt ÖPNV-Taktbedingung

Abb. 1

nungen und unterschiedlichen Institutionen und Trägern (staatliche Einrichtungen, Verbände, Private) erschließen neue Handlungsmöglichkeiten und fördern die Kompatibilität der Einrichtungen untereinander. Als Instrument bieten sich ressortübergreifende Förderbudgets an oder es empfiehlt sich, Subventionen an Kooperationen zu koppeln.

■ Bürger beteiligen

Die Einbindung der Bürger bei der Entwicklung neuer Angebotsformen hilft der Akzeptanz und gleichzeitig der Identitätserhaltung.

■ Eigeninitiative der Bürger fördern

Weil der allumfassende Wohlfahrtsstaat nicht mehr finanzierbar ist, sollte die Selbstverantwortung aktiv unterstützt werden. Geeignete Rahmenbedingungen können die Ausweitung ehrenamtlicher Aktivitäten fördern. Bürgerschaftliches Engagement kann helfen, Defizite bei der Infrastrukturversorgung auszugleichen, bzw. das bestehende Angebot zu verbessern.

■ Neue Allianzen bedenken

Rein privat organisierte Angebote von Handel und Dienstleistungen sollten in die

öffentlichen Strategien mit einbezogen, bzw. neue Allianzen mit Privaten zur Ergänzung des staatlichen Angebots geknüpft werden. Dazu müssen Standards und amtliche Vorschriften neu definiert werden.

Handlungsleitfaden

Jetzt planen - um agieren zu können, anstatt nur reagieren zu müssen

Langfristig planen - über Wahlperioden hinaus, weil Infrastrukturen eine lange Nutzungsdauer haben

Kurzfristig handeln - langfristiges Leitbild für deutliche Zielstellung und kurzfristige Konzepte, die konkret zu verorten sind und als kleine Schritte in die Umsetzung gehen können

Anders planen - neue, unkonventionelle Wege beschreiten, Normen in Frage stellen, Experimentierklauseln nutzen

Flexibel planen - Nachfrageschwankungen berücksichtigen und Mehrfachnutzungen vorsehen

Zusammenhängend planen - interkommunal und intersektoral; Verantwortungsgemeinschaften bilden statt Bürgermeisterkonkurrenzen

Mit anderen planen - Öffentlichkeit einbinden, neue Allianzen suchen

Wie können die Regionen von den Bundesländern unterstützt werden?

■ Integration der Ansätze

Die Ansätze aus den verschiedenen Handlungsfeldern müssen vernetzt und in Regionalpläne eingearbeitet werden. Landesentwicklungspläne können mit visionären Zielen ein Hilfsmittel zur Überzeugung der Akteure in der Region sein.

Als wichtiger Orientierungsmaßstab für Anpassungsstrategien muss das Zentrale-Orte-Konzept weiterentwickelt werden. Hierzu zählt eine Anpassung der Zahl der Ebenen und Anzahl der zentralen Orte. Es ist besser, Leistungen zu definieren als Ausstattungskataloge vorzugeben.

■ Veränderung von rechtlichen Rahmenbedingungen

Vielfach sind die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht auf kleinere Infrastrukturangebote ausgelegt. Die fachrechtlichen

Rahmensetzungen müssen überprüft werden. Vieles lässt sich aber auch schon jetzt unter Ausnutzung von Spielräumen und Experimentierklauseln realisieren. Mindestgrößenordnungen und Bedarfsbemessungen müssen neu eingeschätzt werden.

Trifft ein neues regionales Konzept an rechtliche Grenzen, so sollten die Länder die Regionen dazu auffordern, einen Änderungsvorschlag an die Landesebene weiterzugeben.

■ Veränderung von finanziellen Rahmenbedingungen

Die Erarbeitung von Anpassungsstrategien erfordert eine kontinuierliche Steuerung durch eine Person, evtl. einen Regionalmanager. Diese Prozesskosten müssen finanziert werden. Die Förderbudgets sollten ressortübergreifend angelegt sein, um aufwendige Einzelanträge für Fördermittel zu vermeiden. Gerade kleine Landgemeinden haben dafür keine personellen Kapazitäten.

Es sollte überlegt werden, Zweckzuweisungen direkt an Kooperationen zu koppeln,

um langwierige Bürgermeisterstreitigkeiten auszuschalten.

Die Finanzausgleichssysteme sind zu modifizieren, indem z. B. die Siedlungsdichte bei der Mittelverteilung Berücksichtigung findet. Sinnvoll kann auch eine Entkopplung der Zuweisungen vom Zentrale-Orte-System sein oder die Einbeziehung des Umlandes.

Fazit

Wir stehen erst am Anfang einer neu orientierten Infrastrukturplanung. Bevölkerungsveränderungen und knappe Finanzmittel zwingen schon heute zum Umdenken. Unterschiedliche Siedlungsstrukturen und demographische Entwicklungen erfordern unterschiedliche Strategien der Daseinsvorsorge. Es gibt keine Standardlösungen. Gleichwohl können Erfahrungen aus Modellvorhaben nützliche Anregungen geben, eigene maßgeschneiderte Konzepte zu entwickeln – frühzeitig und mit den Menschen vor Ort.

Die neue Gleichwertigkeit: Wachstum statt Ausgleich?

* Josef Stegt

Sektorale Strukturpolitiken waren dem Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen verpflichtet

Das zentrale Leitbild der Raumordnung war jahrzehntelang die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands. Dieses Ziel bestimmte – nicht nur in der Theorie – auch die raumwirksamen Fachpolitiken. Raumordnungspläne, Landesentwicklungsprogramme, Regionalpläne usw. waren diesem Leitbild verpflichtet; auch die Fachpolitiken hatten sich an diesem Leitbild zu orientieren.

■ Dass diese Verpflichtung mehr als nur Formalität war, konnte man insbesondere an der Politik des damaligen Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ablesen, an den Bund-Länderprogrammen zur Stadt- und Dorferneuerung, an den Forschungsprojekten, die dem ländlichen Raum stets einen besonderen Stellenwert einräumten, und an den Ergebnissen der Ressortforschung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (des heutigen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, BBR). In der Städtebauförderung achteten Bund und Länder, die in der ARGEBAU-Fachkommission Städte-

bauliche Erneuerung zusammenarbeiteten, stets darauf, dass die Fördermittel nicht nur in Großstädte, sondern auch in die Mittel- und Kleinstädte des ländlichen Raums flossen.

■ Auch die Wirtschaftspolitik des Bundeswirtschaftsministeriums fühlte sich diesem raumordnerischen Leitbild verpflichtet, abzulesen an der Förderkulisse der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und an der mit der deutschen Wiedervereinigung ausgelassenen sog. Zonenrandförderung. Altindustrialisierte Regionen und strukturschwache ländliche Räume wurden in etwa gleichgewichtig gefördert.

Es wird noch immer darüber gestritten, ob die GRW wirklich in nennenswertem Umfang außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze gesi-



* Zum Autor:

Josef Stegt (63)
Dipl.-Ing.; Referent beim
Deutschen Landkreistag, Berlin

chert oder neu geschaffen hat. Doch die regelmäßigen Erfolgskontrollen bestätigen eindeutig, wie z. B. im 34. Rahmenplan der GA nachzulesen ist, dass ohne die Förderung die Entwicklung der Beschäftigung in den Fördergebieten der GRW bis zu 40 Prozent geringer ausgefallen wäre und durch die Förderung jährlich ca. 40.000 neue außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen wurden. Auch ein kürzlich vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle durchgeführtes For-

schungsprojekt „Interregionale Ausgleichspolitik“ bestätigte, dass die GRW den Geberregionen nicht geschadet und sie in ihrem Wachstum nicht gebremst hat, aber signifikante Wachstumseffekte in den Nehmerregionen ausgelöst hat.

■ Ähnliche Untersuchungen gibt es auch für die Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme und für die Denkmalförderung. Sie lösen private Investitionen in einer Höhe aus, die ein Vielfaches – manche Experten sprechen von einem Verhältnis von 1 : 6 – der öffentlichen Investitionen ausmachen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum initiieren – ganz abgesehen davon, dass diese Fördermittel, auch die steuerlichen Vergünstigungen für Denkmalschutzinvestitionen, oft erst die Instandsetzung und Bewahrung wichtiger städtebaulicher Ensembles und Kulturdenkmäler ermöglicht und viele Arbeitsplätze vor allem im Handwerk im ländlichen Raum gesichert haben.

Dieser kurze Rückblick widerlegt den heute gern erhobenen Vorwurf, jeder Euro, der in strukturschwache ländliche Räume investiert werde, sei ein verlorener Euro, der keinen Ertrag bringe. Diese gerade von Wirtschaftswissenschaftlern gern behauptete These widerlegen auch die vielen Regionen, die früher Fördergebiete waren und inzwischen aus der Förderung herausgefallen sind, weil sie nicht mehr strukturschwach im Sinne der GRW sind. Zu den Paradebeispielen gehört u. a. das Emsland, das einst Fördergebiet war, als Armenhaus Deutschlands galt und heute zu den prosperierendsten ländlichen Regionen außerhalb der Ballungsräume zählt.

Paradigmenwechsel zum Leitbild der nachhaltigen Raumentwicklung

1998 wurde bei der Novellierung des Raumordnungsgesetzes (ROG) das zentrale Leitbild der Raumordnung, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, von dem Leitbild der nachhaltigen Raumentwicklung abgelöst. Zwar blieb die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein Raumordnungsziel, doch es war nur noch eines von mehreren gleichrangigen Zielen. Das war – vor acht Jahren schon – ein Paradigmenwechsel, der offenbar niemandem so recht aufgefallen ist, obwohl in der Begründung zum Gesetzentwurf ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die Interpretation des Prinzips der Gleichwertigkeit sozusagen „mit der Zeit“ gehen und auf eine neue räumliche Basis gestellt werden müsse. Und schon zuvor hatte der „raumordnungspolitische Orientierungsrahmen 1993 festgestellt: „Gleichwertigkeit der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen ist eine situationsabhängige, dynamische Zielrichtung, kein absoluter Maßstab ...“. Und die Anzeichen für ein verändertes Denken häuften sich. Das Wachstumsprinzip rückte – auf Kosten des Ausgleichsprinzips – immer mehr in den Vordergrund und bestimmte die Statements der

Politiker – bis hin zu dem umstrittenen Interview des Bundespräsidenten, der im September 2004 dem Focus mitteilte, dass es nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen gebe und dass man diese nicht „einebnen“ dürfe, um den Subventionsstaat nicht zu zementieren und um der jungen Generation nicht eine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

Vor diesem Hintergrund war es eigentlich kaum überraschend, dass mit den am 1. September 2005 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) der Fachöffentlichkeit zur Diskussion vorgestellten neuen Leitbildern der Raumordnung eine grundlegende Richtungsänderung der Raumordnungspolitik erfolgte, die sich auch in einer Änderung aller raumwirksamen Fachpolitiken niederschlagen dürfte.

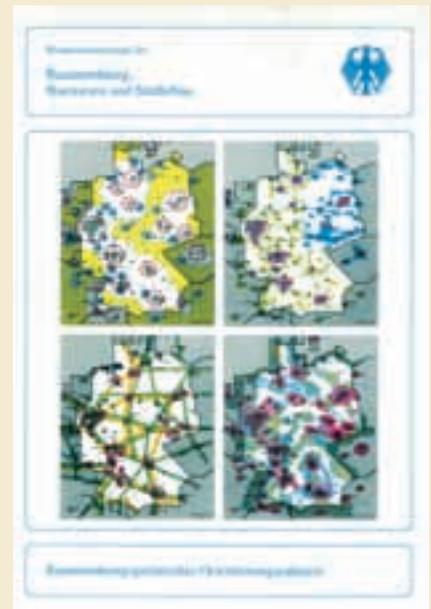
Die neuen Leitbilder der Raumordnung

Selbst die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), die sich in früheren Empfehlungen und Beschlüssen stets ohne Abstriche zum Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bekannt hatte, rückte mit ihrem Beschluss vom 28.4.2005 erstmals deutlich von dieser Linie ab und forderte u. a.: „Die Raumordnungspolitik von Bund und Ländern muss einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche leisten. Kerne und Netze des ökonomischen Wachstums und der Innovation müssen unterstützt sowie räumlich konzentrierte Entwicklungsstrategien verfolgt werden.“ Auf der o. g. Fachtagung des BMVBS und des BBR wurde dann einer breiten Fachöffentlichkeit das Diskussionspapier „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ vorgestellt, das die Beschlüsse der MKRO vom 28.4.2005 aufgriff und konkretisierte. Das neue Credo lautete: Auch die Raumplanung muss einen Beitrag zur Lissabonstrategie leisten, also zu wirtschaftli-

Mit dem Raumordnungsgesetz von 1998 wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet



chem Wachstum und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Weltweit, so wurde von Seiten des BMVBS argumentiert, sei eine Metropolisierung der Raum- und Siedlungsstruktur, eine allgemeine Verstädterung und eine Zunahme der räumlichen Disparitäten zu beobachten. Vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen in Europa, insbesondere des demographischen Wandels, der europäischen Integration und der Globalisierung der Wirtschaft habe sich auch das Selbstverständnis der Raumordnung in Deutschland gewandelt. Wirtschaftswachstum, internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Reformierung des Sozialstaates gehörten jetzt auch zu den zentralen Aufgabenfeldern der Raumordnungspolitik;



deren Kernkompetenz liege künftig in der Abwägung konkurrierender Nutzungsansprüche an den Raum. Die methodische Grundlage für die Formulierung raumordnerischer Zielsetzungen soll nicht mehr wie bisher die Aufteilung des Raumes in unterschiedliche Raumordnungskategorien bilden – etwa in städtische und ländliche Regionen, in hoch verdichtete oder gering verdichtete Räume, in Ballungsräume und Ballungsrandzonen. Die neuen Leitbilder der Raumordnung sollen vielmehr aufgabenbezogen sein und richten sich an alle Raumordnungstypen in gleicher Weise.

Allerdings haben die zwischenzeitlich geführten Diskussionen in der Fachöffentlichkeit und vor allem in und mit den Ländern zu deutlichen Modifizierungen der Leitbilder geführt. Es ist davon auszugehen, dass diese Leitbilder und die darauf aufbauenden Handlungsstrategien demnächst als Empfehlung der MKRO veröffentlicht und damit (unverbindliche) Richtschnur für die Entscheidungsträger auf Bundesländer- und kommunaler Ebene sein werden. Die Aufgabenschwerpunkte der Raumordnung in den kommenden Jahren werden demnach wohl von den folgenden drei Leitbildern bestimmt werden:



■ Leitbild „Wachstum und Innovation fördern“

Die Metropolregionen Deutschlands gelten im internationalen Wettbewerb als Hoffnungsträger und Entwicklungsmotoren. Sie sollen daher besonders gefördert werden – nach dem inzwischen auch von Bundes- und Landespolitikern wiederholt genannten Motto „Stärken stärken“. Für Deutschland werden elf Metropolregionen ausgewiesen: Berlin-Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Stuttgart,

Halle/Leipzig-Sachsendreieck, Hannover-Braunschweig-Göttingen, Nürnberg, Rhein-Neckar und Bremen-Oldenburg. Wie sich diese Metropolregionen organisieren, wie sie ihre Verflechtungsbereiche abgrenzen, wie sie die peripher zu den Wachstumskernen gelegenen Räume einbeziehen und welche Entwicklungsziele sie verfolgen, soll überwiegend ihnen selbst überlassen werden. Dies gilt auch für die Gestaltung der interkommunalen Kooperation, die gerade für die Kommunen in peripheren, ländlich geprägten Bereichen der Metropolregionen von entscheidender Bedeutung sein wird.

■ Leitbild „Daseinsvorsorge sichern“

Der Diskussionsprozess mit den Ländern in den letzten Monaten hat offenbar zu deutlichen und positiven Veränderungen gerade dieses zweiten Leitbildes gegenüber dem am 1.9.2005 vorgestellten Leitbild „Daseinsvorsorge sichern und anpassen“ geführt. Es geht nicht mehr darum, den erwarteten Niedergang strukturschwacher, dünn besiedelter, von Bevölkerungsschwund geprägten Regionen „sozial abzufedern“ oder einer „Restbevölkerung“ durch Sicherstellung einer Mindestinfrastruktur ein „halbwegs menschenwürdiges Dasein“ zu ermöglichen. Vielmehr gibt es das klare Bekenntnis zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Allerdings unterstützt das Leitbild auch die Neuausrichtung von Strategien und Standards, um den Menschen, die in peripheren, strukturschwachen Regionen mit stark alternder Bevölkerung wohnen, den Zugang zu allen wichtigen Infrastruktureinrichtungen zu ermöglichen. Dazu werden vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit und Verkehr, aber auch Kultur und Sport gezählt. Um dieses Ziel zu erreichen, wird zwar am Zentrale-Orte-System festgehalten. Doch eine Straffung und flexiblere Gestaltung des Netzes der Zentralen Orte – d. h. Ausdünnung und Veränderung der Funktionszuweisungen unter Einbeziehung auch mobiler Versorgungssysteme – wird für zwingend erforderlich gehalten. Die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen schließt allerdings auch die Überprüfung und ggf. die Modifizierung öffentlicher Leistungen und Standards ein, solange das Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht verletzt wird.

■ Leitbild „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“

Hinter diesem Leitbild verbirgt sich das bisherige zentrale Leitbild des Raumordnungsgesetzes, die nachhaltige Raumentwicklung. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung gehört ebenso hierher wie das

Management von Raumnutzungen, der Schutz der natürlichen Ressourcen und die Sicherung von Entwicklungspotenzialen. Vor allem die Bewältigung von Raumnutzungskonflikten wird künftig zu den Daueraufgaben der Raumordnung gehören. Denn die Zahl der Nutzungskonflikte nimmt keineswegs, wie man angesichts von wirtschaftlicher Stagnation und Bevölkerungsrückgang erwarten könnte, ab, sondern eher zu (Beispiele: regenerative Energien, Biogasanlagen, Hochwasserschutz, Konflikte zwischen Naturschutz und Stadtentwicklung).

Einen besonderen Schwerpunkt dieses dritten Leitbildes bildet die Sicherung und Entwicklung vielfältiger Kulturlandschaften, die sowohl ländliche als auch industriell geprägte Regionen umfassen können. Ziel ist es, die traditionellen Werte einer Landschaft, das kulturelle Erbe, die natürlichen Eigenarten und Vorzüge einer Landschaft zu bewahren und zu entwickeln und gleichzeitig die Chancen der regenerativen Energiegewinnung, des Tourismus oder der städtebaulichen Entwicklung zu nutzen. Die Autoren der „Leitbilder und Handlungsstrategien“ wünschen sich, dass die Freiraumplanung zu einer aktiven Kulturlandschaftsgestaltung weiter entwickelt und in die regionale Entwicklungsplanung integriert wird. In der Entwicklung von Kulturlandschaften liegt sicher auch eine große Chance, ländlich geprägte Regionen unter der Logik der globalisierten Ökonomie zu stabilisieren und zu entwickeln.

Fazit

Der Diskussionsstand lässt hoffen, dass die im vergangenen Jahr angekündigten neuen Leitbilder der Raumordnung gegenüber dem ersten Entwurf, der die Aufgabe der Raumordnung viel zu einseitig in der Förderung wirtschaftlichen Wachstums sah, auf dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse basieren werden. Dennoch: Die Forderung nach Anpassung der Erreichbarkeits- und Tragfähigkeitskriterien lässt erwarten, dass bisher übliche Versorgungsstandards in strukturschwachen Regionen gesenkt werden und Entfernungen zwischen Infrastruktureinrichtungen und Nutzern wachsen. Der Trend zu immer größeren regionalen Disparitäten scheint unaufhaltbar und – anders als in den ersten Nachkriegsjahrzehnten – unumkehrbar zu sein. Daher ist es wohl unvermeidbar, sich vor diesem Hintergrund mit einer Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsgrundsatzes zu befassen, ohne diesen Grundsatz deshalb aufzugeben; mit dieser Aufgabe ist seit dem Herbst 2005 eine Arbeitsgruppe der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover befasst. Man darf auf die Ergebnisse gespannt sein.

Politik für den ländlichen Raum ist Qualität und Ortsnähe für öffentliche Leistungen

* Carsten Hansen

Ländliche Räume sind Heimat und Wohnort für die Mehrheit der Bevölkerung. Eine Politik, die eine Konkurrenz um Fördermittel und politische Maßnahmen fördert, trifft nicht den Bedarf der ländlichen Räume. Die Kommunen bereiten sich auf die Herausforderungen der Entwicklung ländlicher Räume vor, indem sie Ortsnähe und Qualität von öffentlichen Verwaltungsdienstleistungen in Ausgleich bringen.



* Zum Autor:

Carsten Hansen (41)
Referatsleiter Wirtschaft,
Tourismus und Verkehr des
Deutschen Städte- und
Gemeindebundes, Berlin

Der grundgesetzliche Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland herzustellen, war ursprünglich auf die Länder bezogen. Ausdruck hierfür ist nicht zuletzt der Länderfinanzausgleich. Damit wird in allen Ländern eine annähernd gleiche Finanzausstattung herbeigeführt. Im Zuge der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Grundsatz auch auf die Regionen bezogen. Es entstand das Bedürfnis, eine gleiche Ausstattung an Infrastruktur und Einkommen in den Teilregionen herzustellen. Ein Ausdruck von dieser Entwicklung ist, dass wir in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens einheitliche Standards

für öffentliche Dienstleistungen aufgestellt haben, unabhängig davon, ob diese Standards örtlich erforderlich sind oder einen örtlichen Bezug haben.

Es kann offen bleiben, ob tatsächlich in der Vergangenheit auf diesem Wege eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden konnte oder nicht. Es kann auch fraglich bleiben, ob dieser Weg zukünftig geeignet sein könnte, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Wir müssen vielmehr feststellen, dass die Herausforderungen der Gegenwart, die sich in der demographischen Entwicklung, dem anhaltend geringen Wirtschaftswachstum und weiterer Globalisierung der Wirtschaftstätigkeit zeigen, andere Antworten auf die Frage verlangen, wie Lebensqualität und Daseinsvorsorge bzw. die Erbringung von Dienstleistungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum beibehalten und verbessert werden kann. Besonders der Bevölkerungswandel durch Veränderung des Altersaufbaus und die teilweise festzustellende Tendenz zum Wegzug aus ländlichen Räumen verlangen nach Anpassungen der Politik.

Ländliche Räume in Deutschland

Deutschland ist immer noch in wesentlichen Teilen ländlich geprägt. Zwar lebt mittlerweile die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, allerdings leben über 60 Prozent der Einwohner in Deutschland in Städten bis maximal 50.000 Einwohnern. Viele dieser Städte liegen nicht in Ballungsräumen, sondern

in ländlichen Räumen und sind in diesen ländlichen Räumen wichtige Zentren für Handel, Kultur und Dienstleistungen. Ländliche Räume sind demnach nicht nur Gebiete in äußerster Randlage. Allerdings ist auch richtig, dass eine Reihe von ländlichen Räumen massiv von Arbeitsplatzabbau, Bevölkerungsverlust, Rückzug von öffentlicher und privater Infrastruktur sowie von schlechter Erreichbarkeit durch Verkehrsinfrastruktur betroffen sind.

Dennoch ist der ländliche Raum in all seiner Verschiedenheit eine eigene Raumkategorie und Heimat für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Ländliche Räume dürfen daher nicht allein dem Primat wirtschaftlicher Betrachtung unterworfen werden. Die Konkurrenz mit Ballungsräumen um Fördermittel und politische Maßnahmen können ländliche Räume wegen der geringen Bevölkerungsdichte nicht gewinnen. Vielmehr muss den Potenzialen wirtschaftlicher Entwicklung, auch im Hinblick auf die Erreichung der Lissabonziele, erhöhte Aufmerksamkeit zuteil werden. Politik für ländliche Räume ist daher darauf gerichtet, die Einwohner in ländlichen Räumen buchstäblich dort abzuholen, wo sie sind. Nur solche Angebote und Dienstleistungen sind erfahrbar und präsent, die vor Ort verfügbar sind. Des Weiteren haben nur solche Dienstleistungsangebote der öffentlichen und privaten Hand eine Chance genutzt zu werden, deren Inanspruchnahme den Menschen eine Perspektive gibt. Anders ausgedrückt, die Einwohner ländlicher Räume müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben in ihren Heimatgemeinden und Regionen zu leben, ohne durch inhaltliche und räumliche Konzentration von Arbeits- und Versorgungsmöglichkeiten zu Mobilität gezwungen zu werden. Mobilität muss ein Angebot und darf kein Zwang sein.

Anhand einiger Beispiele soll gezeigt werden, wie sich die Politik qualitativ hochwertiger und



In den meisten ländlichen Gebieten gehören die Postämter der Vergangenheit an. Mit Postagenturen werden neue Wege beschritten

ortsnaher Dienstleistungsangebote in verschiedenen Politikbereichen zeigen kann.

■ Abwasser

Flächendeckende Abwasserentsorgungsnetze sind auf eine Mindestinanspruchnahme angewiesen. Die Zentralisierung von Abwasserbehandlungsanlagen führt zwangsläufig zu einem Anwachsen der Netzlänge. Der Betrieb dieser Netze wird mit zunehmender Größe immer aufwendiger. Flächendeckende Netze sind auch nur begrenzt in der Lage, sich Veränderungen in der Inanspruchnahme der Netze (zum Beispiel durch Abwanderung) anzupassen. Dasselbe gilt für Wasserversorgungsnetze. Immer höhere Kosten müssen auf immer weniger Benutzer verteilt werden. Unter den Bedingungen von Demographie und geringer Bevölkerungsdichte sind Nutzungskonzepte unter Einbeziehung von Kleinkläranlagen und dezentraler Wasserversorgung, kombiniert mit strengem Grundwasserschutz eher geeignet.

derlich ist, um für einen niedergelassenen Arzt eine Existenzgrundlage zu gewährleisten. Verstärkt muss zukünftig die (Wieder-) Einrichtung von ärztlichen Versorgungszentren mit angestellten Ärzten in den Blickpunkt rücken.

■ Schulen

Bildung ist ein elementares Bedürfnis der Menschen und elementare Voraussetzung für die Schaffung von persönlicher Lebensperspektive. Die Zentralisierung von Schulangeboten mit der Folge weiter Wege und Entfernung vom alltäglichen Lebensumfeld verschlechtert die Inanspruchnahmemöglichkeit von Bildung erheblich. Zu prüfen sind deshalb alle Konzepte, die Schulangebote und die Inanspruchnahme durch Schüler zusammenbringen. Dabei dürfen Zwergschulen und Fernunterricht genauso wenig unbeachtet bleiben, wie z. B. Einrichtungen von Wocheninternaten.

■ Öffentliche Verwaltung

Die Konzentration von Verwaltungsdienstleistungen an einheitlichen Standorten und der Aufgabe von Verwaltungsstellen in den Ortsteilen schafft - im wahrsten Sinne des Wortes - eine Distanz zwischen Verwaltung und Bürgern. Dienstleistungsorientierte Verwaltung muss deshalb an der Nutzung von technischen Möglichkeiten, der Telekommunikationsinfrastruktur und des Internets (e-Government) interessiert sein. Andere Möglichkeiten, vor Ort präsent zu sein, sind mobile Bürgerbüros, besetzt mit entscheidungsbefugten Mitarbeitern der Verwaltung. So hat die Stadt Rheinberg ein Wohnmobil umgebaut und darin zwei Büros mit datentechnischer Infrastruktur (PC, Drucker, Internetanschluss, Telefon und Fax) untergebracht. Dieses mobile Bürgerbüro ist zu festgelegten Zeiten in allen Ortsteilen der Stadt verfügbar und bringt auf diesem Wege die Verwaltungsdienstleistungen zu den Einwohnern der Flächengemeinde.

■ Kooperation

Ergänzt wird die Politik für ländliche Räume durch die Kooperation der Städte, Gemeinden und Landkreise, um öffentliche Aufgaben ohne aufwendige Verwaltungszusammenschlüsse und Gemeindefusionen ortsnah zu verankern, jedoch regional wahrzunehmen. Damit wird erreicht, dass die Identifizierung der Einwohner mit ihrer Gemeinde gestärkt wird. Die Verfügbarkeit aller Dienstleistungen schafft Lebensperspektive durch die Sicherheit, dass auch zukünftig alle Dienstleistungen auch bei abnehmender physischer Mobilität erreichbar bleiben. Damit werden Menschen nicht mehr durch die Umstände gezwungen, in die Nähe vorhandener Einrichtungen zu ziehen, sondern sie erhalten die Freiheit zu entscheiden, wo sie diese Einrichtungen in Anspruch nehmen. Diese Freiheit der Inanspruchnahme stellt letztlich die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse dar.



■ Verkehr

Die Landesnahverkehrsgesetze sehen die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichem Personennahverkehr als gleichwertige Alternative zum Individualverkehr vor. Eine gleichwertige Angebotsdichte ist durch den linienbezogenen öffentlichen Personennahverkehr jedoch nicht herzustellen. Erforderlich sind nachfragegesteuerte Verkehre, wie Anrufsammeltaxen oder Anrufbusse. An die Stelle von Linienverbindungen muss die Abdeckung von Punkt-zu-Punkt-Bedarfsverkehren in der Fläche treten.

■ Gesundheitsdienstleistungen

Dass derzeitige System der niedergelassenen Ärzte führte wegen der Abrechnungsregelungen zwischen Ärzten und Krankenkassen dazu, dass eine Mindestdichte von Patienten erfor-



Für die Sicherstellung ortsnaher öffentlicher Leistungen sind angepasste Konzepte erforderlich

Die Bedeutung der Schließung der digitalen Kluft zwischen städtischen und ländlichen Regionen

* Rudolf W. Strohmeier

■ Ein Hochgeschwindigkeits-Internetzugang über Breitbandverbindungen ist gerade auch für die Wirtschaft im ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) gehören heute zu den wesentlichsten Faktoren für wirtschaftliches Wachstum. Das Internet ist dabei eines der wichtigsten Elemente als es die Möglichkeit bietet, Informationen mit hoher Geschwindigkeit und über verschiedene Plattformen zu übermitteln und so Ausgangspunkt der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen ist. Breitband ermöglicht neue sowie den Ausbau bestehender Anwendungen, erhöht die Produktivität etablierter Prozesse, wie administrativer und gewerblicher Geschäftsverkehr zunehmend elektronisch erfolgt.

■ Ohne Zugang zu Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen verliert die ländliche Wirtschaft weiter an Wettbewerbsfähigkeit

Ungeachtet der allgemeinen Zunahme der Breitbandanschlüsse ist jedoch der Zugang in ländlichen und abgelegenen Gegenden wegen der hohen Kosten aufgrund niedriger Bevölkerungsdichte eingeschränkt. Marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen in die Ausweitung des Breitbandnetzes auf solche Regionen erweisen sich daher oftmals als unzureichend. Ländliche Regionen, soweit sie denn Breitbandzugang haben sollten, bleiben aber auch bei den Verbindungsgeschwindigkeiten gegenüber den städtischen Gebieten zurück. Auch ist im



Die Erschließung ländlicher Regionen mit Breitbandanschlüssen ist erforderlich für deren Wettbewerbsfähigkeit

Vergleich zu diesen keine steigende Tendenz bei den Übertragungsgeschwindigkeiten zu beobachten. Diese Divergenz ergibt sich aus einer geringeren technologischen Leistungsfähigkeit infolge größerer Entfernungen und fehlenden Wettbewerbs. Eine kürzlich in Deutschland veröffentlichte Studie schätzt, dass „Breitband für alle“, insbesondere durch Effizienzgewinne in den Bereichen e-Health und e-Government der deutschen Wirtschaft bis 2010 bis zu 46 Mrd. EUR sparen könnte.

■ Vorrangiges Ziel der Strukturfonds sollte es sein, den Ausbau der Informationsgesellschaft durch eine ausgewogene Förderung von Angebot und Nachfrage bei IKT-Produkten und -Dienstleistungen sowie durch qualifizierte Arbeitskräfte voranzubringen

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der überarbeiteten Lissabon-Agenda vorgeschlagen, die Investitionen in Wissen in den Mittelpunkt der über die Strukturfonds und den Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes geförderten Programme zu stellen. Vor allem in ländlichen und abgelegenen Regionen und in den neuen Mitgliedsstaaten ist es Zweck der Strukturfonds, für die Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationsstrukturen zu sorgen, wenn sie vom Markt nicht zu erschwinglichen Preisen und im erforderlichen Umfang angeboten werden, um die erwünschten Dienste bereitzustellen.

Leitlinien für den Einsatz der Strukturfonds zur Förderung der elektronischen Kommunikation wurden 2003 veröffentlicht. Für die neue Finanzierungsperiode 2007-2013 werden jetzt die Entscheidungen getroffen. Hier gilt es gerade aus Sicht der jungen Bundesländer diesem Anliegen Rechnung zu tragen.



* Zum Autor:

Rudolf W. Strohmeier (53) Dr.; Kabinettschef von EU-Kommissarin Dr. Viviane Reding; Mitglied der EU-Kommission, zuständig für Informationsgesellschaft und Medien in der Barroso-Kommission, Brüssel

■ Die Bundesländer haben es bei der Ausarbeitung ihrer ländlichen Entwicklungsprogramme selbst in der Hand, ob und in wie weit sie zur Schließung der digitalen Kluft beitragen wollen

Ein Schwerpunkt des neuen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raumes ist auch die zukunftsgerichtete Investition in Arbeitskräfte und Innovationen, einschließlich der Nutzung der IKT in ländlichen Regionen, die derzeit in landwirtschaftlichen Betrieben und kleineren Lebensmittelunternehmen noch relativ wenig verbreitet sind. In vielen ländlichen Gebieten haben sich die IKT erst in geringem Umfang durchgesetzt. Hier können Investitionsbeihilfen helfen, indem sie z. B.

- die Einführung bzw. Verbreitung von IKT (etwa durch den Ausbau des Breitbandnetzes) unterstützen, um neue Formen des Verkaufs und der Risikobegrenzung zu fördern;
- die Dörfer durch ein Angebot an EDV-Geräten, -Netzen und -Schulungsmaßnahmen bei der Einführung von IKT unterstützen;
- den Urlaub auf dem Bauernhof durch den Einsatz von IKT (etwa durch Verbesserung der Buchungssysteme, Werbung oder Herstellung von Links zu Freizeitangeboten) erleichtern.

Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes können also einen wichtigen Beitrag zur Einführung lokaler Infrastrukturen im geeigneten Maßstab leisten, damit eine Verbindung zwischen größeren Investitionen und lokalen Strategien zur Diversifizierung und Entwicklung des Potentials in der Landwirtschaft und im vor- und nachgelagerten Bereich hergestellt wird.

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Wasser- und Abwasseranlagen in ländlichen Gebieten Thüringens

* Frank Porst

Ausgangssituation

Nach der „Wende“ stand und steht man in den neuen Bundesländern vor der Aufgabe, alte Infrastrukturen im Bereich Wasserversorgung und in der Abwasserentsorgung zu erneuern. Der Zustand der Abwasserkanäle und Trinkwasserleitungen war damals nicht besser als die Bausubstanz der Häuser, die das Bild der Städte und Dörfer prägten.

■ Die kommunalen Kläranlagen verfügten in der überwiegenden Mehrzahl nur über eine mechanische Abwasserreinigung, in der die Abwasserinhaltsstoffe mit Rechen und in Absetzbecken „gereinigt“ wurden. Der Reinigungsgrad solcher Anlagen betrug nur etwa 30 Prozent. Die überwiegende Schadstofffracht wurde in die Bäche, Flüsse und Seen eingeleitet.

■ In der Wasserversorgung war es während des Bestehens der DDR oberste Priorität, gerade auf dem Lande den pro-Kopf-Wasserbedarf von mehr als 200 Liter pro Einwohner und Tag zu decken. Dies resultierte aus den sehr niedrigen Wasserpreisen in Verbindung mit einem verschwenderischen Trinkwassereinsatz in der Landwirtschaft. Die Leitungsnetze waren entsprechend großzügig dimensioniert.

Entwicklung seit 1990

In den frühen 90er Jahren war der Optimismus hinsichtlich der Entwicklung „blühender Landschaften“ im Ostteil des vereinten Deutschlands ungebrochen. Viele Gemeinden wollten an dem Aufschwung teilhaben und planten großzügig Wohn- und Gewerbegebiete auf neuen Flächen. Die Folge war, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen in Form von Abwasserkanälen und die Anbindung an die öffentliche Wasserversorgung hierfür sichergestellt sein mussten.

■ Parallel dazu werden seit Beginn der 90er Jahre kostendeckende Wasserpreise erhoben. Der Wasserverbrauch der Bevölkerung sank im Landesdurchschnitt auf etwa 89 Liter pro Einwohner und Tag (Bundesdurchschnitt 129 Liter). Dieser Wert ist keine Angleichung an die alten Bundesländer. Im Gegenteil: Es entstand eine weit klaffende Schere zwischen dem Wasserbedarf in den alten und dem in den neuen Bundesländern. Mehr noch: In vielen ländlichen Gebieten Thüringens werden nur 20 bis 40 Liter Trinkwasser pro Einwohner und Tag aus dem öffentlichen Netz verbraucht. Das betrifft vor allem solche Dörfer, die relativ spät an öffentliche Versorgungsnetze angeschlossen wurden und in denen fast flächendeckend funktionsfähige Hausbrunnen vorhanden sind.

■ Die Umweltbehörden versuchten frühzeitig für eine maßvolle Gestaltung von neuen Wasser- und Abwasseranlagen zu sorgen. Im Ergebnis der fachbehördlichen Prüfungen wurden dem Bürger viele Millionen DM und Euro an unnötigen neuen Investitionen erspart. Als Beispiel sei die Bemessung der Kläranlagen genannt, die tatsächlich nur für den unmittelbaren Bedarf errichtet wurden. Die Umsetzung der vorstellbaren zukünftigen Gewerbeansiedlungen und anzuschließenden Ortschaften wurde in der Regel auf eine spätere Ausbaustufe der Kläranlage verschoben. Das hat dazu geführt, dass die Kläranlagen in Thüringen mit durchschnittlich 87 Prozent ausgelastet sind. Im bundesweiten Durchschnitt sind Kläranlagen heute zu 80 Prozent ausgelastet ^[1].

■ Bisher sind erst 65 Prozent der Thüringer Bürger an diese Kläranlagen angeschlossen. Das Potenzial, vorhandene Kläranlagen noch besser auszulasten, ist damit erheblich. Dies hat allerdings nach streng wirtschaftlichen Kriterien zu erfolgen. Gegebenfalls unwirtschaftliche Zuführungen von Abwasser über sehr lange Transportsammler haben dabei zu unterbleiben, falls nicht aus anderen zwingenden Gründen (z. B. Wasserschutzgebiete) dies dennoch erforderlich ist.

In den ländlichen Gebieten außerhalb der größeren Siedlungskerne ist in Thüringen mit Ausnahme einiger, noch zu DDR-Zeiten errichteter sanierungsbedürftiger Kanalfragmente (Teilortskanalisierungen) vielfach bis heute noch keine ausreichende abwassertechnische Infrastruktur vorhanden. Es kann vereinfacht davon ausgegangen werden, dass ca. 35 Prozent der Thüringer Bevölkerung noch nicht über eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung verfügen. Das Bundesrecht fordert jedoch auch in Thüringen eine flächendeckende ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung nach den Regeln der Technik.

Auswirkungen und Problemlösungen

Vorhandene Abwasseranlagen

Aus dem Blickwinkel der demographischen Entwicklung ist es sinnvoller, auf eine möglichst



* Zum Autor:

Frank Porst (40)
Dipl.-Ing.; Regierungsdirektor,
Referatsleiter Siedlungswasser-
wirtschaft im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt, Erfurt

hohe Auslastung vorhandener Abwasseranlagen hinzuwirken. Gerade dadurch wird bei einem künftigen Bevölkerungsrückgang immer noch die Funktionsfähigkeit der Anlagen gesichert. Auf vorhandenen kommunalen Kläranlagen können anderenfalls verringerte Schmutzwassermengen zu einer Unterbelastung führen, die eine veränderte Betriebsführung, höhere spezifische Betriebskosten oder im Extremfall die teilweise Außerbetriebnahme von Anlagenteilen zur Folge haben kann.

Bestehende Kanalsysteme

Für die Beurteilung ist hier u. a. die Art des vorhandenen Kanalsystems entscheidend.

■ Für so genannte Trennsysteme, in denen das Schmutzwasser getrennt vom Oberflächenwasser von Straßen und anderen befestigten Flächen in separaten Kanälen abgeleitet wird, ist zu erwarten, dass es im Schmutzwasserkanal aufgrund der geringeren Schmutzwassermengen und den damit verbundenen niedrigeren Fließgeschwindigkeiten zu vermehrten Ablagerungen kommt. Zur Beseitigung der Ablagerungen werden häufigere Spülungen erforderlich sein. Dies führt zu höheren Betriebskosten. Niedrigere Fließgeschwindigkeiten in den Kanälen führen auch zu Faulprozessen, bei denen Schwefelwasserstoff (H₂S) mit dem typischen Geruch nach faulen Eiern und schweflige Säure entsteht, die das Kanalmaterial angreift. Die Haltbarkeit der Kanäle kann dadurch gemindert sein.

■ Die in Deutschland häufiger anzutreffenden Mischsysteme (58 Prozent ^[1]), in denen das Schmutzwasser gemeinsam mit dem Oberflächenwasser von Straßen und anderen befestigten Flächen abgeleitet wird, werden aus technischer Sicht von demographischen Prozessen weniger betroffen sein. Grund dafür ist

[1] Statistisches Bundesamt: „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung 2004“ – Ausgewählte vorläufige Ergebnisse –, Berlin 2006

die Dimensionierung dieser Systeme, die maßgeblich durch die abzuleitende Menge an Oberflächenwasser bestimmt wird. Das abzuleitende Oberflächenwasser übernimmt hier die Spülfunktion. Auf eine umfängliche Reduzierung der Niederschlagsableitung in bestehenden Mischsystemen (z. B. durch Flächenentsiegelung) sollte daher unter Umständen sogar verzichtet werden, da dies zu betrieblichen Problemen führen kann.

Neu zu errichtende Entwässerungssysteme

Gerade im ländlichen Raum hat die demographische Entwicklung einen erheblichen Einfluss auf die Kosten einer ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung. Sie ist unter Umständen entscheidend für die Wahl eines neu zu errichtenden Entwässerungssystems und dessen langfristiger Wirtschaftlichkeit. Aus den Abwasserbeseitigungskonzepten der Abwasserverbände und der eigenentsorgenden Kommunen ist ersichtlich, dass die spezifischen Kosten für die Errichtung neuer Abwasseranlagen im ländlichen Raum schon unter der Annahme einer gleichbleibenden Bevölkerungszahl steigen werden. Zur Vermeidung einer Verschärfung der Situation ist der zu erwartende Bevölkerungsrückgang bei den Planungen zu berücksichtigen.

■ Anders als zum Teil in bestehenden Entwässerungssystemen ist es aus den genannten betrieblichen Gründen erforderlich, die Ableitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser in neuen Systemen möglichst zu vermeiden. Immer dort, wo eine Versickerung oder eine Einleitung in ein nahes Gewässer möglich ist, sollte dieses Niederschlagswassers eingeleitet werden. Vorteilhaft kann auch die Ableitung des Schmutzwassers mittels Vakuum- oder Druckentwässerung sein, da hier oft nur geringe Rohrdurchmesser zur Anwendung kommen und ein langer Aufenthalt der Abwässer im Entwässerungssystem vermieden wird.

■ Gleichfalls ist der Einsatz siedlungsnaher Teich- und Pflanzenkläranlagen zu prüfen, die relativ unempfindlich auf Belastungsschwankungen des Abwasserzuflusses reagieren und bei einem geringem Energieverbrauch eine ausreichende Reinigungsleistung aufweisen und das gereinigte Abwasser ökologisch sinnvoll ortsnah in die Gewässer zurückleiten.

■ Als eine mögliche Reaktion auf die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum können dauerhaft funktionsfähige Kleinkläranlagen angesehen werden. Diese können jedoch nur dann als Alternative zu zentralen Abwasserlösungen in Frage kommen, wenn gewährleistet werden kann, dass die Reinigungsleistung dauerhaft erbracht wird. Hierzu sind auch rechtliche Rahmenbedingungen für die Zulassung und den Betrieb erforderlich, mit denen sichergestellt wird, dass vollbiologische Kleinkläranlagen sachgerecht betrieben und regelmäßig überwacht werden.

Wasserversorgung

■ Die seit 1990 errichteten oder erneuerten technischen Systeme sind in der Lage, einen gewissen, aber nicht unbegrenzten Bedarfsrückgang zu verkraften. Dennoch haben sich bereits heute teilweise die Aufenthaltszeiten von Trinkwasser in den Netzen und Anlagen markant erhöht, in einigen Fällen traten Aufkeimungen von „stehendem“ Wasser auf. Die

ländlichen Gebieten in der Summe deutlich höhere Kosten als bei der Nutzung ein und desselben Systems durch die Solidargemeinschaft entstehen werden. Anders ausgedrückt: die verbreitete Nutzung von „alternativen Systemen“ kann gerade auf dem Lande die Endsolidarisierung der Bewohner bewirken, was letztlich zu sozialen Konflikten im Dorf und zum weiteren Attraktivitätsverlust des Landlebens führen kann.



Foto: F. Post

Maßgerechte Anlagen sind die Voraussetzung für eine bezahlbare Wasserver- und -entsorgung

Ursachen in den einzelnen Systemen sind individueller Natur und nur bedingt vergleichbar. Auch hier können Kosten verursachend neben Desinfektionen im Bedarfsfall auch Spülungen helfen.

■ Ringschlüsse zu benachbarten Versorgungsgebieten können auch auf dem Lande helfen, wenn z. B. in Einzelgebieten tageszeitlich variierende Stagnationen auftreten und durch die Verbindung das Wasser „in Bewegung gehalten“ würde. In machen Fällen sind die Ringschlüsse aber auch schädlich, denn auch sie erhöhen das Gesamtnetzvolumen.

■ Keinesfalls sollten „Parallelsysteme“ argumentativ oder sogar finanziell gefördert werden. Das betrifft Regenwasserversorgungsanlagen ebenso wie private Brunnenutzungen. Die Kosten für die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung sind zu etwa 80 Prozent Fixkosten, die nur sehr bedingt absenkbar sind. Das heißt, dass bei verbreiteter Nutzung von Parallelsystemen gerade in dünn besiedelten

Fazit

Es ist jedoch auch in der schwierigen demographischen Situation in Sachen Wasser und Abwasser auf dem Lande keineswegs „alles verloren“, vielmehr bedarf es einer sehr differenzierten Sicht mit fundierten individuellen Lösungen. Entscheidend ist, dass gerade in ländlichen Gebieten das jeweils richtige Maß an Infrastruktur vorgehalten wird. Ein „zu wenig“ dieser Infrastrukturen käme einem Nichterreichen der gesundheits- und umweltrechtlichen Anforderungen und somit sinkender Attraktivität der Region gleich. Ein „zu viel“ bedeutet dauerhaft höhere Kosten und somit Belastungen für den Bürger, was ebenso zur Unattraktivität und zu „Wettbewerbsnachteilen“ gegenüber städtischen Gebieten führt. Wenn das bewältigt wird, werden sich auch aufgrund der in ländlichen Regionen deutlich niedrigeren Kosten für Grund und Boden sowie Immobilien auch wieder verstärkt Zuwanderer niederlassen.

Fallstudienuntersuchung: Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturentwicklung in ländlichen Kommunen mit schrumpfender und alternder Bevölkerung

* Markus Löwer

Die Veränderung der Altersstruktur mit einem zunehmenden Anteil alter Menschen und einem abnehmenden Anteil der Kinder und Jugendlichen wirkt sich in ländlichen Räumen u. a. auf die Nachfrage nach Kindergartenplätzen, Schulangeboten und weiteren Betreuungsangeboten aus. Diese Auswirkungen auf kleine Kommunen in zwei Typen ländlicher Raumentwicklung sowie mögliche Handlungsansätze waren Gegenstand einer Untersuchung, die im Rahmen einer Diplomarbeit im Arbeitsgebiet „Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung“ der Universität Münster im Jahre 2005 durchgeführt worden ist.



* Zum Autor:

Markus Löwer (27)
Dipl.-Geogr.; Doktorand in der
Abteilung Orts-, Regional- und
Landesentwicklung/Raumplanung,
Institut für Geographie, Westfälische
Wilhelms-Universität;
Münster

Anpassungsstrategien für Kommunen mit demographischer Schrumpfung

■ Die Siedlungsentwicklung sollte auf ein Schrumpfungparadigma ausgerichtet werden. Hierzu ist die Anpassung der Bauleitplanung hin zu einer Bestandsentwicklung mit der Berücksichtigung der veränderten qualitativen Wohnnachfrage notwendig. Die förmlichen Grundlagen für Umnutzung, Nachnutzung und eine bevorzugte Innenentwicklung sollten hierzu geschaffen werden. Bei der gewerblichen Flächenentwicklung sind interkommunale Kooperationen lokalen Ausweisungen vorzuziehen. Die neuen rechtlichen Möglichkeiten des Stadtumbaus im Baugesetzbuch sollten kreativ genutzt werden. Bei den vorgehaltenen

netz- und leitungsgebundenen Infrastrukturen ist es unter dem Aspekt der Pro-Kopf-Kosten erforderlich, diese räumlich differenziert darzustellen und unter Berücksichtigung der weiteren Schrumpfung fortzuschreiben.

■ Bei der Betreuungsinfrastruktur ist es notwendig, die Kindergartenbedarfsplanung den Auswirkungen der Schrumpfung anzupassen. Dabei sollten nicht nur Kinder zwischen 3 und 6 Jahren berücksichtigt werden, sondern aufgrund des zunehmenden Betreuungsbedarfs zusätzlich Kinder unter 3 Jahren sowie die Schulkinder bis 14 Jahre. Des Weiteren können freie und private Träger für Kindergärten vermehrt berücksichtigt werden. Das Ehrenamt sowie die Eltern können bei den Planungen für

die Vorhaltung der Angebote und der Ausgestaltung frühzeitig einbezogen werden. Einsparpotenziale lassen sich durch die Einrichtung von kommunalen oder interkommunalen Waren- und Personalpools sowie die Umwandlung der kommunalen Kinderbeförderung in einen Bürgerbus erzielen.

■ Bei kleinen Grundschulen sollte zum Erhalt der Standorte eine Verwaltungszusammenlegung mehrerer Schulen mit der Einführung von jahrgangsübergreifendem Unterricht erfolgen. Außerdem ist das Instrument der Veränderung der Schuleinzugsbereiche bei Grundschulen durch die Schulträger voll auszureizen. Bei den weiterführenden Schulen können Standorte durch organisatorische Veränderungen wie bspw. der schulformübergreifenden Unterrichtung gesichert werden. Durch einen Schulverbund können weiterführende Schulen ihre Potenziale bündeln und ein qualitativ besseres Angebot schaffen. Im Wettbewerb der Schulen ist ein attraktives Profil notwendig, wobei alle Personkreise (Lehrer, Eltern, Schüler, Unternehmer etc.) in die Schulentwicklung einbezogen werden sollten.



Multifunktionale Nutzung öffentlicher Gebäude

Anpassungsstrategien für Kommunen mit demographischer Alterung

■ Trotz der noch anhaltenden Nachfrage nach Bauland sollte eine mittelfristige Abwendung von einer Wachstumspolitik herbeigeführt werden. Die Bauleitplanung könnte nicht zuletzt aufgrund der Infrastrukturauslastung



Nachnutzung ehemals landwirtschaftlicher Bausubstanz



Kindergartenbedarfs- und Schulentwicklungsplan sollten nach Information und unter Einbeziehung der Einwohner rechtzeitig angepasst werden

und -kosten auf die Innenentwicklung, Umnutzung und Nachnutzung konzentriert werden. Bei Kommunen mit mehreren Ortsteilen ist es erforderlich, die Entwicklung auf den Zentralen Ort auszurichten. Insbesondere bei der Gewerbeflächenentwicklung ist eine Abwendung von der ‚Kirchturmpolitik‘ hin zu einer Denkweise in kleinregionalen Zusammenhängen empfehlenswert. Das Bestreben, jungen Familien den Wunsch zum Eigenheim durch günstige Baugrundstücke zu ermöglichen, ist verständlich und entspricht dem Wählerwillen. In die Grundstückspreise sollten allerdings alle anfallenden Kosten der Erschließung und der Planung einfließen.



Die steigende Nachfrage nach altengerechtem Wohnraum ist bei den Planungen verstärkt zu berücksichtigen. Sollte der Markt von sich aus keine ausreichenden Angebote erbringen, ist die Prüfung von öffentlich-privater Zusam-

menarbeit (Public-Private-Partnership) zur Entwicklung von baulichen Maßnahmen geboten.

Die Bevorratung von Bauland sollte aufgrund des absehbaren Endes des Bevölkerungswachstums reduziert werden.

■ Aufgrund des steigenden Bedarfs für die Betreuung von unter 3-Jährigen sowie von Schulkindern bis 14 Jahre ist es notwendig, die Kindergartenbedarfsplanung anzupassen. Die Politik ist angehalten, dem Bürgerwillen nach Kindergärten in neuen Baugebieten zu widerstehen. Gleichzeitig ist es ratsam, die Bürger durch Informationen und Diskussionen über die Gründe eines solchen Vorgehens bereits vor der Entscheidung einzubeziehen. Freie und private Träger können verstärkt bei der bedarfsgerechten Vorhaltung der Angebote berücksichtigt werden.

Bedingt durch die Schrumpfung der Jugendkohorte ist eine Anpassung der Schulentwicklungsplanung an sinkende Schülerzahlen notwendig. Im Grundschulbereich kann aufgrund anhaltender Zuzüge junger Familien durch die Neuzuschneidung der Schulbezirke zunächst ein Schülerausgleich zwischen den einzelnen Schulen erreicht werden, so dass Standorte gestärkt werden können. Die weiterführenden Schulen sind gut beraten, die benannten Instrumente der Profilstärkung anzuwenden. Der Erhalt kleiner Schulstandorte kann über kleinregionale Lösungen wie Schulverbände erreicht werden.

Allgemeine Ansätze der weiteren kommunalen Entwicklung

Die aufgezeigten Handlungsansätze erwecken zunächst den Eindruck, Einschnitte in bisher vorhandene Angebote zu bewirken. Eine Anpassung der Leistungen in den dargestellten Handlungsfeldern bei zurückgehenden Kinder- und Schülerzahlen und gleichzeitig leeren öffentlichen Kassen ist aber dringend erforderlich, um mittel- bis langfristig überhaupt ein qualitatives Angebot aufrechterhalten zu können.

Ein zielführender Ansatz zur Vermittlung dieser Zusammenhänge ist eine ehrliche und umfassende Information und Beteiligung der Bürger in ergebnisoffenen Foren und Arbeitskreisen. Hierdurch kann Problemverständnis auf allen Seiten erzeugt werden.

Das Vorhalten von guten Betreuungs- und Bildungsangeboten ist außerdem ein positiver Standortfaktor für die Wirtschaft. Denn nur in familien- und kinderfreundlichen Kommunen

werden sich die benötigten Fachkräfte gerne niederlassen. Die profitierenden Unternehmen sollten daher beim Aufrechterhalten der Angebote ideell und finanziell stärker in die Verantwortung genommen werden.

Demographische Entwicklung in ländlichen Räumen – Herausforderung für die Landentwicklung

* Karl-Friedrich Thöne

Die Integrierte Ländliche Entwicklung mit den dahinter stehenden Instrumenten und Institutionen kann auch bei der Bewältigung des demographischen Wandels als durchgreifende Problemlösungsstrategie einen gewichtigen Beitrag leisten. Den Landentwicklungsinstitutionen und den mit ihnen verbundenen privatwirtschaftlichen Partnern, insbesondere den Landgesellschaften, kommt in dem Prozess die entscheidende Aufgabe zu, die Akteure in den ländlichen Räumen zu informieren, zu beraten und zu aktivieren, um eigenständige Entwicklungsprozesse in Gang zu bringen und zu halten.



* Zum Autor:

Karl-Friedrich Thöne (49)
Dr.-Ing.; Ministerialdirigent,
Leiter der Abteilung Ländlicher
Raum im Thüringer Ministerium
für Landwirtschaft, Naturschutz
und Umwelt, Erfurt

Verlassenes Land, verlorenes Land? Entwicklungszenarien und Konsequenzen

Wir werden weniger und älter - nicht nur in Thüringen. Die ländlichen Räume, dabei vor allem die strukturschwachen, sind von den Folgen der demographischen Entwicklung in unterschiedlicher regionaler Ausprägung besonders hart betroffen. Prognostiziert wird ein langsamer aber stetiger Bevölkerungsrückgang einhergehend mit einer deutlichen Zunahme der Senioren und Hochbetagten. Mehr als bedenklich im Blick auf Zukunftsgestaltung und Innovation ist die anhaltende Abwanderung junger Menschen mit einem hohen Anteil an gut ausgebildeten Frauen.

Veränderte Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft, geringe Bevölkerungsdichte sowie bereits bestehende Defizite in der Versorgung mit ausreichender sozialer und technischer Infrastruktur stellen strukturschwache Landgemeinden bereits jetzt vor erhebliche Probleme. Die demographische Entwicklung wird diese Situation noch weiter verschärfen. Mit dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang geht eine Verringerung beinahe aller Einrichtungen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge einher. Zugleich steigt der Bedarf an alten- und behindertengerechter Infrastruktur mit entsprechenden Dienstleis-

tungen auch in den ländlichen Räumen. Die Zahl leer stehender und verfallender Gehöfte und landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude wird weiter zunehmen. Das System der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gerät in dünn besiedelten Räumen in Gefahr, wenn die Anzahl der Anschlussnehmer weiter abnimmt. Daraus resultieren hinsichtlich des Netzbetriebes erhebliche ökonomische und funktionale Probleme. Gleiches gilt für die Energieversorgung.

Mit düsteren Bildern überzeichnet eine SPIEGEL-Serie vom Frühjahr dieses Jahres die deutsche Provinz als verlassenes und verlorenes Land mit dem „Zigarettenautomaten als letztes Stück Infrastruktur“. Dem entgegen vermittelt eine Studie (www.empirica-institut.de) zu Wirtschaft und Wohnen in Deutschland ein differenzierteres Bild als jene Entvölkerungsszenarien ganzer Landstriche. Demnach werden Thüringer Regionen im Jahr 2015 im deutschlandweiten Vergleich zu den Gewinnern an Arbeitsplätzen zählen.

Demographischer Wandel Mobilität junger Leute



Dr.-Ing. Karl-Friedrich Thöne
Abteilungsleiter Ländlicher Raum im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Eine kritische, vor allem aber nüchterne Auseinandersetzung mit den Folgen der demographischen Entwicklung muss auch im Blick auf eine Neuorientierung der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge und von Entwicklungsmaßnahmen zwingend erfolgen. Misstrauen von Seiten der Protagonisten des ländlichen Raums ist jedoch durchaus dann angebracht, wenn in scheinbar logischer Konsequenz das Umlenken von Finanzströmen weg vom ländlichen Raum und weg von der Landwirtschaft gefordert wird, weil Investitio-

nen in vermeintlich sterbende Regionen herausgeworfenes Geld seien. Wenn von Clustern und Leuchttürmen als Wachstumsstrategie die Rede ist, so sind damit zumeist die städtischen Zentren gemeint. Ländliche Räume kommen in diesen Denkmustern nur insoweit vor, als sie mittelbar von den Entwicklungsschüben profitieren könnten – ländliche Entwicklung von Gnaden der Agglomerationen? Einer solch einseitigen Sichtweise entgegenzutreten, gebietet sich gerade im Freistaat Thüringen, wo die Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der Wirtschaftsfaktor Nummer 1 vor allen anderen Branchen ist. Positive Stadt-Land-Beziehungen, basierend auf dem Prinzip der dezentralen Entwicklung, haben schon immer zu den Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland gezählt. Dazu gehört aber auch, dass der Verfassungsauftrag zur Schaffung prinzipiell gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land nicht einseitig zu Lasten ländlicher Räume in eine Rangfolge von Entwicklungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten uminterpretiert werden darf.

Es gibt einen besseren und fairen Weg:

Wir müssen unseren ländlichen Räumen die Chance einer eigenständigen Entwicklung geben. Prosperierende Regionen mit verbessertem Arbeitsplatzangebot bieten auch den Dörfern und den darin wirtschaftenden landwirtschaftlichen Unternehmen Perspektiven. Dafür sind Anpassungsstrategien erforderlich, die die Kommunen und die in ihnen wirtschaftende Landwirtschaft in die regionale Entwicklung einbinden. Es geht um eine Rückbesinnung auf die lokalen und regionalen Potenziale und Stärken

auch als Antwort auf die allenthalben in Europa bestehenden Ängste vor einer rohen Globalisierung verbunden mit Identitätsverlust, von denen auch die Diskussionen um die europäische Verfassung und das ablehnende Votum in einigen Mitgliedstaaten bestimmt waren. Einen Ausweg weist das Prinzip der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) nach dem Fördergrundsatz der GAK und nach der ELER-Verordnung der EU.

Landentwicklung als bewährte Anpassungsstrategie

Die strukturellen Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklungsstrategie werden hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der finanziellen Spielräume komplexer und komplizierter, wie es die nachfolgende Darstellung schlaglichtartig beleuchten soll.

Die Landentwicklung mit ihren Instrumenten und Institutionen hat sich gerade in den neuen Bundesländern als durchgreifende Problemlösungsstrategie erwiesen. Wir haben Erfahrung mit der Bewältigung radikaler Umbrüche. Wie sähe es denn gerade in den neuen Ländern heute in unseren Landgemeinden ohne das segensreiche Wirken der Dorf- und Flurentwicklung aus? War nicht die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums der entscheidende „Bremsklotz“ der Abwanderung? Wie viele Arbeitsplätze haben wir durch die Maßnahmen der Landentwicklung als Konjunkturprogramm gerade bei mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetrieben gesichert oder

durch Schaffung dörflicher Infrastruktur initiiert? Wie viele Menschen hat neu geordnetes Eigentum letztlich in der Heimat gehalten? Von der Landwirtschaftsanpassung in Wendezeiten als erste Stufe über die Orientierung auf die Leitlinien Landentwicklung als zweite Stufe und jetzt in der dritten Stufe auf dem Weg zur Integrierten Ländlichen Entwicklung im Sinne des neuen GA-Fördergrundsatzes sehen uns unsere Partner und die Politik, jedenfalls in Thüringen, auf einem guten Weg.

Aber allein aus gutem Ruf und bilanzierbaren Erfolgen aus der Vergangenheit heraus erwächst weder für die Institutionen noch für die Instrumente der Landentwicklung Zukunftsfähigkeit. Die großen Herausforderungen der demographischen Entwicklung werden nur bewältigt werden können, wenn die Akteure vor Ort gemeinsam und mit professioneller Unterstützung Konzepte und Strategien zur Sicherung und Stärkung der ländlichen Räume entwickeln und umsetzen. Dabei kann es jedoch keine einheitliche Handlungsoption für „den“ ländlichen Raum geben, vielmehr benötigen die einzelnen Regionen individuelle, auf ihre besonderen Potenziale und Defizite zugeschnittene Strategien.

Dies bedeutet in Zeiten schrumpfender staatlicher Verwaltungen zugleich die Notwendigkeit zur Stärkung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Wer wartet, dass etwas passiert, wird zum bloßen Objekt!

Die in der neuen Strukturfondsförderperiode 2007 – 2013 absehbar knapper werdenden Mittel zwingen zu einer inhaltlichen und räumlichen Konzentration. Wir halten aber nichts von einer apodiktischen und dogmatischen räumlichen Konzentration der Mittel und Projekte entweder in Defizitregionen oder in Entwicklungskernen. Wir halten auch nichts von „schwarzen Listen“, in denen Dörfern oder ländlichen Regionen die Zukunftsunfähigkeit quasi bescheinigt und die Existenzberechtigung abgesprochen wird. Wir setzen vielmehr auf eine positive Auswahl. Die besten Konzepte und das Engagement in den Regionen müssen maßgebende Auswahlkriterien sein. Nur dieser Ansatz wahrt Chancengleichheit im Wettbewerb um Entwicklung und wahrt die Balance zwischen sozialem Ausgleich und Wachstum.

Für die konkrete Umsetzung bedeutet dies, dass Fördermittel künftig dort prioritär eingesetzt werden, wo

- die Landwirtschaft eng in die regionale Entwicklung eingebunden oder gar selbst Impulsgeber ist,



- mit ortsübergreifender Dorferneuerung und stärkerem Raum- und Regionenbezug im Weg der Aufgabenteilung ernst gemacht wird,
- Infrastrukturmaßnahmen einer regionalen Abstimmung unterzogen werden,
- klare Aussagen über künftige Unterhaltung und Erhaltung im Blick auf das angesichts der demographischen Entwicklung zumutbare Infrastrukturerbe vorab gemacht werden,
- inhaltliche Prioritäten der ländlichen Entwicklung unter den Aspekten Einkommenserwerb, Arbeitsplätze, Jugend, Familie, Bildung gesetzt werden,
- der Entwicklungsimpuls als Eigeninitiative aus der Region selbst kommt.

Die Instrumente zur Integrierten Ländlichen Entwicklung zukunftsfähig ausgestalten

Ziel muss es sein, die ländlichen Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume sowie als Natur-, Kultur- und Erholungsräume zu entwickeln und zu sichern. Dafür ist eine integrative Betrachtungsweise aller Funktions- und Strukturbereiche notwendig, insbesondere der Land- und Forstwirtschaft, der außerlandwirtschaftlichen Wirtschaft und des Gewerbes, der Infrastruktur, des Wohnens, des Tourismus, der Umwelt und Kultur. Der Instrumentenbaukasten zur Integrierten Ländlichen Entwicklung enthält die entscheidenden Elemente im Sinne einer Neuausrichtung zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume. Hieraus können Vernetzungen zu anderen wesentlichen Bereichen hergestellt werden.

Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK), Regionalmanagement (RM) und LEADER

ILEK dienen dazu, in Zusammenarbeit aller relevanten Akteure auf der Basis einer Analyse regionaler Potenziale und Defizite die Ziele für die weitere Entwicklung der Region zu definieren und wesentliche Handlungsfelder sowie die zeitlich, räumlich und inhaltlich vordringlichen Projekte zu definieren. Mit dem RM soll die zeitnahe Umsetzung der notwendigen Maßnahmen initiiert, organisiert und begleitet werden. Dies schließt Finanzierungspartnerschaften von öffentlichen und privaten Interessenträgern ein.

In Form von Agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen auf ca. 60 Prozent der Thüringer Landesfläche sowie einer Vielzahl weiterer Planungen wie die Regionalen Entwicklungskonzepte (REK) liegen die planerischen Voraussetzungen für die ILE in Thüringen weitgehend vor. Wir wollen also nicht das ganze Land mit neuen ILEK und RM überziehen. Weitaus mehr erwarten unsere ländlichen Regionen, dass sich eine Finanzierung investiver Maßnahmen den vorhandenen Planungen nunmehr zeitnah anschließt. Planung muss das Versprechen zur Umsetzung beinhalten! ILEK und RM werden also nur dort eingesetzt, wo eine neue Strategie unter Einbeziehung der Landwirtschaft Voraussetzung für die Regionalentwicklung ist.

ILE und LEADER sollen künftig besser miteinander verzahnt werden, um Synergien dieser konzeptionell ähnlichen Instrumente besser zu nutzen. Mit der Aufnahme

Flurbereinigung

Die Flurbereinigung ist sowohl in Thüringen als auch bundesweit mit rund 8.500 Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz auf 3,2 Mio. Hektar ein Eckpfeiler der ILE. Mit ihrer Eigentum und Nutzung regelnden Komponente und mit der Komponente der Investitionsförderung für Infrastruktur im ländlichen Raum liegt sie im essenziellen Interesse der Landwirtschaft, der Landgemeinden und des Umweltbereichs. Diskussionen über die Förderhöhe in den Verfahren und über den Verzicht der Bundeskompetenz für die Gesetzgebung im Zuge der Föderalismusreform dürfen nicht zur Marginalisierung dieses, auch von der Thüringer Landesevaluierung aller Förderprogramme im Blick auf Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze als hoch effizient eingestuftes Instruments, führen.



Flurbereinigung ist ein Eckpfeiler der Integrierten ländlichen Entwicklung

von LEADER in den ILE-Fördergrundsatz der Gemeinschaftsaufgabe wurden dafür die Voraussetzungen geschaffen. LEADER soll in der neuen EU-Förderperiode 2007 – 2013 kein eigenes Programm mehr sein, aber auch zukünftig über spezielle Organisationsstrukturen abgewickelt werden. Deshalb ist in Thüringen beabsichtigt, die derzeit noch bestehenden Unterschiede zwischen ILE und LEADER hinsichtlich der Zusammensetzung und Entscheidungsbefugnis der regionalen Partnerschaften aufzugeben und ILE einheitlich ausschließlich nach der LEADER-Methode umzusetzen.

Thüringen stützt sich mit seinem als Privat-Public-Partnership bezeichneten Weg der Beauftragung geeigneter Stellen mit der Durchführung kompletter Flurbereinigungsverfahren sehr weitgehend auf private Dienstleister, darunter insbesondere auf die Thüringer Landgesellschaft. Dieses Modell wird im Blick auf die Unverzichtbarkeit der Aufgabenerledigung, ja geradezu einem Antragsstau bei den Flurbereinigungsverfahren, und auf den Abbau von Verwaltungskapazitäten entsprechend dem politischen Willen bundesweit als zukunftsfähig angesehen.



Dorferneuerung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Integrierten Ländlichen Entwicklung

■ Dorferneuerung

Eine Schlüsselrolle haben auch die planerischen und investiven Maßnahmen der Dorfentwicklung als Teil einer Gesamtstrategie gegen Abwanderung. Es gilt daher, die Dörfer unter Einbeziehung der Landwirtschaft als Wirtschaftsstandorte zu entwickeln. Auch im ländlichen Raum sind Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten und im Hochlohnsegment zu schaffen, damit besonders jüngere, gut ausgebildete Menschen nicht abwandern. Zugleich muss es darum gehen, die Dörfer auch in ihrem kulturellen Erscheinungsbild zu sichern und sie zu attraktiven Wohnstandorten auszugestalten. Eine ganzheitliche Dorferneuerung schließt soziokulturelle Aspekte mit ein, die in der Regel zwar keinen direkten wirtschaftlichen Effekt haben, indirekt aber sehr wohl die Lebensqualität erhöhen, das Image und damit die Bleibebereitschaft positiv beeinflussen können. In diesem Zusammenhang muss auch die Grundversorgung in den Dörfern sichergestellt bzw. entwickelt werden, beispielsweise durch dezentrale, mobile Angebotsstrukturen. Im Hinblick auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung ist die Schaffung einer altersgerechten Grundversorgung in den relevanten Bereichen des Gesundheitswesens, der Pflege und der Versorgung mit Lebensmitteln unverzichtbar. In Zeiten von Schrumpfung muss leer stehenden Gebäuden im Dorf eine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden - anstelle neuer Wohngebiete und Gewerbeflächen auf der „grünen Wiese“.

Die entscheidenden Vorteile der Dorferneuerung sind von ihrer Tradition her im lokalen und regionalen Bezug sowie im partizipativen Ansatz begründet. Engagierte Bürger und Gemeinden können aktiv und engagiert gemeinsame Ziele verfolgen. Wo dies mit -wenn auch künftig geringeren-

Mitteln der Dorferneuerung weiterhin unterstützt werden kann, muss einem um die Zukunft des ländlichen Raums nicht bange sein.

■ Flächenressourcenmanagement im Strukturwandel

Das Bodenmanagement im Sinne der Verwertung und Verwaltung des staatlichen land-

wirtschaftlichen Grundbesitzes mit insgesamt ca. 11.000 Hektar und der Begleitung der BVVG-Flächenprivatisierung ist ein wichtiges Element der Agrarstrukturpolitik und auch künftig zur Steuerung unverzichtbar.

In die Zuständigkeit der Thüringer Landesentwicklungsverwaltung ist die Flächenhaushaltspolitik im Sinne eines intelligenten Brachflächenmanagements überführt worden, woraus sich in vorteilhafter Weise Synergien zu den vorgenannten Entwicklungsinstrumenten herausarbeiten lassen. Worum geht es dabei? Der Strukturwandel in den neuen Ländern hat zu einem rapiden Anwachsen von Brachflächen auch in Thüringen geführt. Gleichzeitig haben Suburbanisierung und Infrastrukturmaßnahmen wie ICE-Neubaustrecken, Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen zu einem starken Anstieg der Siedlungs- und Verkehrs-

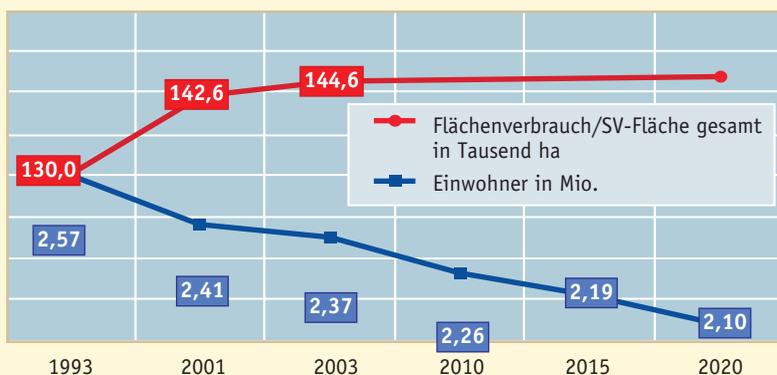
flächen geführt. Die sich weiter öffnende Schere zwischen Bevölkerungsrückgang einerseits und Flächeninanspruchnahme andererseits beschreibt eine bedenkliche Entwicklung – immer weniger Menschen nutzen immer mehr Fläche!

Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt hat deswegen eine Flächenhaushaltspolitik für das Land konzipiert, deren wesentliche Bausteine

- die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme,
- die Wiederherstellung der ökologischen Funktionen des Bodens als Qualitätsziel des Bodenschutzes sowie
- Maßnahmen zur Standortqualitätsverbesserung durch die Beseitigung von „Schandflecken“ und die damit verbundene Steigerung der Attraktivität einer Region sind.

Thüringen hat als erstes Flächenland eine landesweite Erfassung von Brachflächen vorgenommen, die einen Bestand von ca. 6.400 Hektar ergab. Davon sind etwa 46 Prozent zur Baulandmobilisierung und etwa 53 Prozent für eine Renaturierung oder als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geeignet. Hierbei geht es zumeist um komplexe Lösungen in Verbindung mit den Instrumenten zur ILE. Gemeinsam mit der Thüringer Landgesellschaft ist im Zuge eines Modellvorhabens die Broschüre „Entwicklung von Brachflächen im Außenbereich“ als Orientierungshilfe für Landwirtschaftsbetriebe und Kommunen erarbeitet worden.

Entwicklung von Bevölkerung und Flächenverbrauch in Thüringen



Dr.-Ing. Karl-Friedrich Thöne
Abteilungsleiter Ländlicher Raum im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt

Brachflächen als Potenzial anzusehen und sie entsprechend zu mobilisieren, ist eine Investition in die Zukunft.

Fazit

Die Integrierte Ländliche Entwicklung mit den Organisationsstrukturen der Landentwicklung wird es alleine nicht richten können. Mehr denn je muss endlich Ernst gemacht werden mit einem sektorübergreifenden Ansatz für alle relevanten Entwicklungsaspekte im ländlichen Raum. Sorge ist jedoch auch dafür zu tragen, dass die knappen Gelder, die für die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung stehen, nicht außerhalb der Landwirtschaft und außerhalb der Landentwicklung zweckentfremdet werden. Vernetzung und Synergien sind die Schlüsselbegriffe!

Flächenhaushaltspolitik und Brachflächenmanagement:



Dr.-Ing. Karl-Friedrich Thöne
Abteilungsleiter Ländlicher Raum im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt

Politik für die ländlichen Räume vor neuen Herausforderungen

* Jörg Wendisch

Viele ländliche Räume stehen vor großen Herausforderungen – geringe wirtschaftliche Aktivität, Arbeitsplatzmangel, Abwanderung vor allem junger, mobiler, gut ausgebildeter Menschen, Überalterung. Ländliche Räume sind aufgrund ihrer geringen Bevölkerungsdichte grundsätzlich anfälliger für die negativen Auswirkungen derartiger Trends. Allerdings stehen ländliche Räume nicht automatisch schlechter da. Es gibt auch sehr erfolgreiche ländliche Regionen, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und eine hohe Lebensqualität erreicht haben und teilweise einen Zuzug von Bevölkerung verzeichnen.

Dennoch ist die Politik gefordert, den unbestreitbaren und sich teilweise verschärfenden Problemen vieler ländlicher Regionen entgegenzusteuern. Dabei ist eine ganzheitliche Sichtweise und das Erarbeiten langfristiger Lösungskonzepte einem kurzfristigen „Herumdoktoren an Symptomen“ vorzuziehen. Es gilt, verborgene Chancen und Potenziale zu entdecken und dauerhaft zu nutzen.

Stärken in ländlichen Räumen stärken

Nur selten wird in der öffentlichen Diskussion der aktuellen Probleme ländlicher Räume darauf hingewiesen, dass das Leben auf dem Land sich unter anderem mit seinen gesicherten sozialen und ökologischen und gefestigten Familienstrukturen nach wie vor deutlich vom Leben in den Ballungszentren abhebt. Hier liegen durchaus Chancen für die ländlichen Regionen, die

es verstärkt zu entdecken und zu nutzen gilt. Das Soziale, die Kultur, die Gesundheit und die Umweltbedingungen eröffnen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten.

Es gilt, die im ganzen Land vorfindbaren Stärken sichtbar zu machen, um damit die öffentlichen Mittel effizient einzusetzen. Diesen Ansatz verfolgt die Ministerkonferenz für Raumordnung mit ihren neuen „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumplanung in Deutschland“ in ausgeprägter Form. In Ergänzung hierzu wol-

len wir in den ländlichen Räumen über Innovationszentren und spezialisierte Technologiestandorte in Wachstumsräumen hinaus auch andere bisher ungenutzte Potenziale fördern. Diese können zum Beispiel in den Bereichen nachwachsende Rohstoffe, Tourismus und Energiewirtschaft liegen. Das BMELV geht davon aus, dass auch in besonders stark von den aktuellen Problemen betroffenen ländlichen Regionen ungenutzte Potenziale vorhanden sind, die von der Politik nicht übersehen werden dürfen.



* Zum Autor:

Jörg Wendisch (61)
Dr., Leiter der Abteilung 5 „Ländlicher Raum, Pflanzliche Erzeugung, Forst- und Holzwirtschaft“ im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Bonn

Ziel: attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume

Die Förderung vorhandener Stärken zielt darauf ab, die ländlichen Regionen als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume mit hoher Lebensqualität zu erhalten und zu entwickeln. Die Realisierung dieses Ziels erfordert in den ländlichen Räumen

- eine räumlich differenzierte Politik, die der Heterogenität der ländlichen Räume Rechnung trägt,
- eine stärkere Diversifizierung der Wirtschaft,
- die Bereitstellung sozialer und technischer Infrastruktur in einem gewissen Mindestumfang und
- die Entwicklung innovativer Anpassungsstrategien im Umgang mit Abwanderung und Alterung der Bevölkerung.



Hier wird deutlich, dass die Politik für ländliche Räume eine sehr komplexe Aufgabe ist. Sie erfordert umfassende Ansätze, die alle wesentlichen Faktoren für die Struktur und Entwicklung der jeweiligen Region in den Blick nehmen. Förderpolitisch wirkt das BMELV dabei insbesondere durch die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), die Nationale Strategie, die zur Umsetzung der Verordnung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) eingeführt wurde,

und das Modellvorhaben REGIONEN AKTIV mit. Zusätzlich stößt das BMELV verstärkt ressortübergreifende Diskussionen zur Zukunft der ländlichen Räume an und nimmt Stellung zu allen wesentlichen Politikbereichen, sofern sie die ländlichen Räume betreffen.

Fördermaßnahmen des BMELV

Die GAK bildet den inhaltlichen und finanziellen Kern zur Umsetzung der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie deckt zurzeit vor allem die stärker agrarbezoge-

nen Aufgaben der ländlichen Entwicklung ab. Der darin enthaltene Fördergrundsatz „Integrierte Ländliche Entwicklung“ ermöglicht darüber hinaus die Förderung der professionellen Unterstützung der regionalen Akteure durch ein Regionalmanagement und die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte. Bei den investiven Fördermaßnahmen können zudem auch außerlandwirtschaftliche Aktivitäten im Rahmen der Einkommensdiversifizierung unterstützt werden.

Über die ELER-Verordnung können zukünftig auch Maßnahmen gefördert werden, die



Stärken in ländlichen Räumen stärken: Soziales, Kultur, Gesundheit und Umwelt eröffnen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten

über den Agrarsektor im engeren Sinne hinausgehen. Bund und Länder haben gemeinsam den notwendigen nationalen Strategieplan erarbeitet. Er beschreibt die wirtschaftliche, strukturelle, ökologische und soziale Situation ländlicher Räume und deren Entwicklungspotenziale und formuliert ein strategisches Gesamtkonzept sowie Prioritäten für jeden der drei Schwerpunkte

1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft und
3. Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft nimmt bei unseren Fördermaßnahmen immer noch eine zentrale Stelle ein, aber man muss auch folgenden Zusammenhang berücksichtigen: Obwohl die Land- und Forstwirtschaft noch immer stark die Flächennutzung und das Landschaftsbild prägen, sind sie nicht mehr die wichtigsten Wirtschaftszweige in ländlichen Räumen. In keinem Landkreis in Deutschland übersteigt der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an allen Erwerbstätigen 10 Prozent. Bundesweit waren in 2003 ausge-

drückt in Vollzeit-Arbeitskräften 588.400 Personen in der Landwirtschaft tätig, was im Vergleich zu 1993 einer Abnahme von ca. 25 Prozent entspricht. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung betrug 1,1 Prozent und der Anteil der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche lag 2003 bei 4,6 Prozent.

Damit soll nicht bestritten werden, dass die Agrarwirtschaft weiterhin eine wichtige Rolle für viele ländliche Räume spielt. In der Ernährungswirtschaft, in der Landwirtschaft vorgelagerten Unternehmen und im Bereich der Verwertung nachwachsender Rohstoffe aus landwirtschaftlichem Anbau sind indirekt eine relativ hohe Zahl an Arbeitsplätzen an die Landwirtschaft gekoppelt. Im Jahr 2000 waren ca. 11 Prozent der Erwerbstätigen in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie der Fischerei beschäftigt; dabei sind weitere wichtige Funktionen der Agrarwirtschaft noch nicht erfasst.

Die Agrarwirtschaft stellt nur einen von mehreren Pfeilern dar, auf denen sich die Entwicklung ländlicher Räume stützen kann und muss. In den meisten Regionen lässt sich im Dienstleistungssektor der größte Anteil der Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen finden. In bestimmten Regionen spielt der Tourismus eine gewichtige Rolle. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern z. B. liegt die Anzahl der Arbeitsplätze im Tourismus jeweils rd. 50 Prozent über den Zahlen für die Landwirtschaft.

Dies bedeutet, dass auch unsere Förderansätze und Maßnahmen umfassender ausgerichtet werden müssen. Das Modellvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ stellt einen alternativen Ansatz dar, der die Eigeninitiative und Kooperation der Akteure in den ländlichen Regionen fördert. Es konnten bereits beachtliche Erfolge verbucht werden, auch bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen. Der Bottom-up-Ansatz hat sich dabei als ausschlaggebender Erfolgsfaktor von REGIONEN AKTIV erwiesen. Wir

müssen jetzt gemeinsam mit den Betroffenen und den Ländern die hier gemachten Erfahrungen auswerten und die positiven Ansätze in unsere Förderphilosophie einfließen lassen.

Dass es nicht immer viel Geld braucht, um Eigeninitiativen zu fördern und damit die Lebensqualität in ländlichen Räumen zu steigern, zeigen z. B. die Erfahrungen des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“.

Die dargestellten Maßnahmen decken einen wichtigen Teil einer künftigen Politik für die ländlichen Räume ab. Darüber hinaus sind aber andere Politikbereiche in ihren Auswirkungen viel entscheidender für die Entwicklung vieler Regionen im ländlichen Raum, beispielsweise die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Schulen und Krankenhäusern, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer angepassten Verkehrs- und Informationsinfrastruktur und schließlich die Frage der Finanzierung dieser Infrastruktur in Regionen, die stark von der Abwanderung geprägt sind.

Das BMELV als Interessenvertreter für die ländlichen Räume

Eine konsistente Politik für ländliche Räume verlangt einen Ansatz, der über den Sektor Landwirtschaft hinausblickt, über das Bereitstellen von Fördermitteln hinausgeht, die Akteure in den Regionen stärker als bisher einbindet und vorhandene regionale Potenziale nutzt. Darum sind die verschiedenen Politikbereiche, die den ländlichen Raum betreffen, stärker miteinander zu verknüpfen. Die ressortbezogene Politikausrichtung auf Bundes- und Landesebene muss durch eine integrierte Sicht auf den Raum ersetzt werden. Das BMELV versteht sich neben seiner Zuständigkeit für Agrarpolitik und Verbraucherschutz auch als Interessenvertretung ländlicher Räume auf Bundesebene und sieht sich in der Pflicht, diesen neuen übergreifenden Ansatz einer Politik für ländliche Räume voranzubringen.

Das BMELV regt verstärkt zu ressortübergreifenden Diskussionen an und gibt Impulse für die Formulierung von politischen Zielen bzw. Leitbildern und die Gestaltung entwicklungsfördernder Maßnahmen. Den Auftakt für diesen umfassenderen Politikansatz stellt der Bundeskongress zur Zukunft der ländlichen Räume dar, der vom BMELV am 05. Oktober 2006 in Berlin veranstaltet wird. Weitere Veranstaltungen zu den zentralen Problemen



Verborgene Chancen und Potenziale entdecken und nutzen, bspw. nachwachsende Rohstoffe, Energie, Tourismus

und Entwicklungschancen des ländlichen Raums werden 2007 folgen.

Der Blick über den Tellerrand der eigenen Zuständigkeiten hinaus ist für das BMELV selbstverständlich. Es sieht sich in der Pflicht, auch zu Konzepten und Maßnahmen Stellung zu beziehen, die die ländlichen Räume betreffen, jedoch in die Zuständigkeiten der übrigen Ressorts oder auch der Länder fallen. Die Sicherung der medizinischen Grundversorgung, die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Schulausbildung, der flächendeckende Zugang zu Post- und IT-Diensten und eine Anbindung ländlicher Regionen an das Schienennetz der Deutschen Bahn sind nur einige Beispiele für Handlungsfelder, die außerhalb der Zuständigkeit des BMELV liegen, aber für das Ziel des Erhalts und der Schaffung

attraktiver ländlicher Lebens- und Wirtschaftsräume von zentraler Bedeutung sind.

Fazit

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und einer fehlenden Wirtschaftsdynamik in vielen ländlichen Regionen steht die Politik vor neuen Herausforderungen. Derzeitige Fördermaßnahmen decken zwar einen wichtigen Teil einer zukünftigen Politik für die ländlichen Räume ab. Eine konsistente Politik für ländliche Räume verlangt aber einen Ansatz, der

- problem- und zielorientiert ist,
 - über den Sektor Landwirtschaft hinausblickt,
 - über das Bereitstellen von Fördermitteln hinausgeht,
 - die Akteure in den Regionen stärker als bisher einbindet (Verlagerung von Entscheidungen auf die regionale Ebene),
 - vorhandene, regionale Potenziale nutzt.
- Darum sind die verschiedenen Politikbereiche, die den ländlichen Raum betreffen, stärker miteinander zu verknüpfen. Die ressortbezogene Politikausrichtung auf Bundes- und Landesebene muss durch eine integrierte Sicht auf den Raum ergänzt werden.
- Bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Ansätze wird das BMELV die Rolle des Interessenvertreters für die ländlichen Räume in einem umfassenderen Verständnis als es bisher der Fall war übernehmen.

Förderinstrumente der Landwirtschaftlichen Rentenbank für die ländliche Entwicklung

* Hans Jürgen Ploog

Die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft gewinnen aktuell eine größere öffentliche Aufmerksamkeit. Die Zukunft der Arbeitsmärkte und die Ausgestaltung der Infrastruktur, hier insbesondere auch im Bereich Bildung, sind wichtige Themen. Das Spektrum der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung von Ballungsgebieten wie auch von ländlichen Räumen in Deutschland ist sehr groß. Ländliche Räume können aus diesen Entwicklungen relativ gestärkt hervorgehen, wenn die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung und für ein attraktives Lebensumfeld gegeben sind. Leider werden ländliche Regionen sehr häufig aber durch Abwanderung und die Folgen des Strukturwandels geschwächt und es ergeben sich besondere Belastungen für den Erhalt oder den Ausbau der Wirtschaft sowie einer funktionsfähigen Infrastruktur. Insbesondere das Fehlen einer räumlichen Nähe zu wirtschaftlichen Boomregionen oder von touristischen Anziehungspunkten, verbunden mit Abwanderungsbewegungen junger Menschen stellt ländliche Regionen vor erhebliche Probleme. Diesen negativen Entwicklungen muss durch eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Verbesserung der institutionellen Strukturen, wie auch durch Stärkung der gesellschaftlichen Kräfte entgegengewirkt werden.



Förderbank für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

Die Landwirtschaftliche Rentenbank als Förderbank für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum bietet dazu Instrumente an, die alle ländlichen Regionen zu ihrer Stärkung heranziehen können. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sonderkreditprogramme, deren Verwendungszwecke im vergangenen Jahr auch im Hinblick auf die veränderten Anforderungen des ländlichen Raumes nochmals erweitert wurden. Ziel dieser zinsgünstigen Kredite ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch der Ausbau der Infrastruktur und der Erhalt ländlicher Bausubstanz.

Neben der Kreditvergabe für Investitionen werden von der Bank aus einem so genannten Förderungsfonds Projekte unterstützt, die ebenfalls zu einer Stärkung des ländlichen Raumes führen. Gefördert werden agrarbezogene Projekte, die von überregionaler Bedeutung sind. Hierzu sind verschiedene Schwerpunktbereiche festgelegt, wie beispielsweise Verbesserung von Produktionsverfahren, Diversifizierung landwirtschaftsnaher Tätigkeiten,

Maßnahmen zur agrarbezogenen Fort- und Weiterbildung oder die agrarbezogene Forschung. Diese Projektförderungen sind Teil der Gewinnverwendung der Landwirtschaftlichen Rentenbank und stehen damit ganz im Sinne ihres Förderauftrags.

Förderung durch Sonderkreditprogramme

Für die Landwirtschaftliche Rentenbank ist die Förderung der Landwirtschaft und ihres direkten Umfeldes durch die Bereitstellung günstiger Finanzierungen die zentrale Aufgabe. Die Rentenbank ist genau mit diesem Ziel aus der Landwirtschaft heraus als eine Art Selbsthilfeaktion gegründet worden. Das Ausreichen von Krediten erfolgt im Rahmen von Sonderkreditprogrammen, die auf spezielle Verwendungszwecke ausgerichtet sind. In 2005 wurden Sonderkredite über fast 2,8 Mrd. Euro vergeben, eine deutliche Steigerung zum Vorjahr.

An die Landwirtschaft als kapitalintensiven und gleichzeitig wichtigen Wirtschaftszweig des ländlichen Raumes werden die meisten Kredite vergeben. Im Rahmen der Programme „Landwirtschaft“ und „Jung-

landwirte“ sind alle mittel- und langfristig ausgerichteten Investitionen zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes finanzierbar. Im Rahmen des Programms „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ werden Finanzierungen für spezielle Verwendungszwecke gewährt, die dann mit den gleichen niedrigen Zinsen ausgestattet sind, wie sie im Programm „Junglandwirte“ gelten.

Neben den Sonderkreditprogrammen für die Landwirtschaft stehen für die Gruppe der Nichtlandwirte die Programme „Dorferneuerung und ländliche Entwicklung“, teilweise das Programm „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ sowie das Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ zur Verfügung.

Dorferneuerung und ländliche Entwicklung

Das Sonderkreditprogramm „Dorferneuerung und ländliche Entwicklung“ hat die Weiterentwicklung ländlicher Regionen durch die Verbesserung der Lebens- und Erwerbsbedingungen sowie des Wohnungsangebotes zum Ziel. Durch den Erhalt und



Ausbau der vorhandenen Wirtschaftsstruktur sollen die ländlichen Regionen attraktiver und wettbewerbsfähiger werden. Es richtet sich an natürliche und juristische Personen sowie an Gemeinden, Gemeindeverbände und auch an Vereine, die sich mit Jugendarbeit befassen. In der Hauptsache zielt das Programm auf den Erhalt ehemals landwirtschaftlich genutzter Bausubstanz sowie deren Weiterentwicklung für die Schaffung wohnstättennaher Arbeitsplätze wie auch von abgeschlossenen Mietwohnungen. Auch die Installation von Fotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen oder ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden ist dabei förderfähig. Hier liegt aktuell ein Schwerpunkt bei der Vergabe von Krediten. Ebenfalls großes Gewicht hat die Finanzierung von Investitionen landwirtschaftsnahe Produktions- und Dienstleistungsbetriebe.

Vom Kreditvolumen weniger bedeutsam sind die Maßnahmen zur Verbesserung des Kultur- und Freizeitangebotes in ländlichen Gemeinden, beispielsweise der Bau von Jugendfreizeiträumen. Dennoch werden diese Maßnahmen ausdrücklich in die Förderung mit einbezogen. Darlehen aus diesem Programm können auch dann ein-

Sonderkredite der Landwirtschaftlichen Rentenbank: Eine wichtige Säule bei der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung.

gesetzt werden, wenn in der Gemeinde kein öffentliches Dorferneuerungsverfahren durchgeführt wird. Eine Kombination mit einem solchen Verfahren ist jedoch möglich.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Das in 2005 neu aufgelegte Programm „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ ist ebenfalls nichtlandwirtschaftlichen Investoren zugänglich, sofern Investitionen zur stofflichen oder energetischen Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen getätigt werden. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Beteiligung an einer Biogasanlage. Der Betrieb einer Biogasanlage bietet die Möglichkeit, landwirtschaftliche Rohstoffe oder

auch Reststoffe zu verarbeiten. Es ergeben sich positive Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung im ländlichen Raum, aber auch auf die Umwelt. Nach Schätzungen des Fachverbandes Biogas bleiben dabei zwei Drittel des Branchenumsatzes in den ländlichen Regionen. Für die nächsten Jahre wird mit einem Ausbau der Kapazitäten von derzeit etwa 650 MW auf 9.500 MW in 2020 gerechnet, mit der Folge eines entsprechenden Bedarfs von etwa 2,2 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, der Schaffung von 85.000 Arbeitsplätzen und erheblichen CO₂-Einsparungen. Für Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien wurden von der Landwirtschaftlichen Rentenbank in 2005 insgesamt 689,6 Mio. Euro an Krediten ausgereicht, davon 444,6 Mio. Euro zur Finanzierung von Fotovoltaikanlagen und 230,2 Mio. Euro zur Finanzierung von Biogasanlagen. Der ländliche Raum gewinnt mit diesen Investitionen zusätzliche Bedeutung bei der Versorgung städtischer Regionen. Neben der Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und der Bereitstellung von Erholungsfunktionen kommt es zu einem größeren Anteil bei der Energieversorgung. Auch im laufenden Jahr ist hier eine starke Kreditnachfrage festzustellen.

Für die bisher genannten Sonderkreditprogramme steht eine breite Palette an Kredittypen zur Verfügung, so dass über die Auswahl von Kreditlaufzeit, Zinsbindungszeit und tilgungsfreien Jahren eine optimale Finanzierung dargestellt werden kann. Da seit Anfang des Jahres zwischen Hausbank und Endkreditnehmer bei mäßiger Besicherung oder Bonität ein Margenaufschlag von bis zu 0,5 Prozent vereinbart werden kann, sind die Zugangsmöglichkeiten zu den Förderprogrammen insgesamt nochmals verbessert worden.

Räumliche Strukturmaßnahmen

Auf die speziellen Anforderungen von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Gebietskörperschaften und Zweckverbänden ist das Sonderkreditprogramm „Räumliche Struk-

turmaßnahmen“ zugeschnitten. Hier steht die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen in ländlich geprägten Regionen im Vordergrund. Der Ausbau der Infrastruktur gilt als wichtige Voraussetzung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. In 2005 wurden 493 Vorhaben mit insgesamt 653,2 Mio. Euro im Rahmen dieses Programms refinanziert. Schwerpunkte der Förderung sind Umweltschutzmaßnahmen und die Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Umweltschutzmaßnahmen betreffen insbesondere den Bereich der Wasserwirtschaft oder die Errichtung von Kompostierungsanlagen. Zur kommunalen Daseinsvorsorge zählen besonders auch die Errichtung von Kindertagesstätten oder medizinischen Beratungsstellen sowie die Durchführung von Maßnahmen zum Brandschutz oder zur

Energieversorgung. Neben diesen Schwerpunkten werden Freizeit- und Erholungseinrichtungen wie auch Maßnahmen zur Dorfsanierung finanziert.

Beim Programm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ werden die Laufzeit, die Zinsbindung sowie die Tilgungsvereinbarungen eng auf die Wünsche der Darlehensnehmer abgestimmt. Die Zinskonditionen werden auf telefonische oder schriftliche Anfrage der Hausbank von der Rentenbank tagesaktuell mitgeteilt.

Fazit

Bedeutsam für alle Sonderkreditprogramme ist, dass sie ein Angebot zu einer günstigen Finanzierung darstellen, die regionale Initiative zur Schaffung eines investiti-

onsfreudigen Klimas und das Aufspüren sinnvoller Investitionen aber nicht ersetzen können. Es sind die Menschen vor Ort, die die Stärken und Möglichkeiten zur Entwicklung einer Region, mitunter in sehr unterschiedlichen räumlichen Abgrenzungen, erkennen und vorantreiben müssen. Es gibt im ländlichen Raum viele Erfolgsgeschichten, begründet in der Ideenvielfalt und der Geschäftstüchtigkeit von Einzelnen oder in der gemeinschaftlichen Initiative.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank unterstützt mit den Sonderkreditprogrammen diese Anstrengungen, indem ein geeigneter Finanzierungsrahmen zu einem insgesamt niedrigen Zinsniveau bereitgestellt wird.

Gemeinnützige Landgesellschaften: Ideale Partner zur Lösung von Problemen im Zuge des demographischen Wandels

* Hans Köhler

Noch ist die Erkenntnis, dass wir dem demographischen Wandel und seinen neuen Herausforderungen nicht ausweichen können, nicht in jedem Kopf der politisch Verantwortlichen angekommen. Viel zu sehr bleibt man noch in alten Denkmustern verhaftet und alt hergebrachten Zielen treu, die noch aus den Zeiten stetigen Wachstums stammen. Dabei ist es höchste Zeit, sich mit den Folgen des demographischen Wandels intensiv und zielgerichtet auseinanderzusetzen, und zwar auf allen Ebenen politischen Denkens, Planens und Handelns. Die einzelnen Aufgabenbereiche sind zwingend im Zusammenhang zu sehen. Einzel- bzw. Insellösungen führen nicht weiter. Es braucht den integrativen Prozess zur Bewältigung der Probleme. Es braucht auch den Profi als Partner und Dienstleister. Die gemeinnützigen Landgesellschaften bieten sich dafür an.

Die Fakten sind geschaffen: Wir haben zu wenig Nachwuchs

Die Alterspyramide verändert sich zu Lasten der jüngeren hin zu den älteren Jahrgängen. Die Gesellschaft wird älter. Spätestens ab dem Jahre 2020 beginnt die Bevölkerung zu schrumpfen, weil der fehlende Nachwuchs auch durch Zuwanderung nicht ausgeglichen werden kann. In Teilen des

Bundesgebiets, z. B. in den östlichen Bundesländern, aber auch in strukturschwachen Gebieten im westlichen Teil der Republik hat dieser Schrumpfungsprozess bereits begonnen.

Dieser für die nächsten Jahrzehnte nicht umkehrbare Prozess bringt zum Teil enorme Herausforderungen mit sich, insbesondere für die Akteure auf der kommunalen Ebene,

dort, wo sehr wesentlich die Lebensbedingungen der Menschen gestaltet und geprägt werden.

Neuorientierung der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge steht an

Die Fragen der Auslastung privater und öffentlicher Infrastruktureinrichtungen



* Zum Autor:

Hans Köhler (59)
Dipl.-Verwaltungswirt (FH);
Bürgermeister a. D.
Geschäftsführer der Landsiedlung
Baden-Württemberg GmbH,
Stuttgart

stellen sich ganz konkret, schon heute. Kindergärten werden bereits geschlossen; Schulräume, ja sogar Schulgebäude werden in naher Zukunft zur Disposition stehen. Vorhandene öffentliche Betriebe, z. B. der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung, müssen von immer weniger Menschen wirtschaftlich getragen werden. Die Kosten werden steigen. Einrichtungen für ältere Menschen bis hin zu Pflege- und Betreuungseinrichtungen sind gefragt. Ladengeschäfte, insbesondere auch im Lebensmitteleinzelhandel, der Supermarkt nebenan, der Bäcker, der Metzger im Ortskern der Gemeinde schließen. Wenn die Gemeinde groß genug ist, gibt es vielleicht einen neuen Lebensmittelmarkt am Ortsrand. Post- und Bankfilialen werden geschlossen; Arztpraxen kämpfen ums Überleben. Man könnte die Reihe der Beispiele beliebig fortsetzen. Kurz zusammengefasst: Der Umbau bzw. die Neuori-

entierung der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge steht an, und das bei schwindenden finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hände.

Gemeinnützige Landgesellschaften als Ideengeber, Planer, Mittler, Moderator, Projektsteuerer und umsetzungsorientierter Regionalmanager

Die gemeinnützigen Landgesellschaften befassen sich seit geraumer Zeit mit dem „demographischen Wandel und seinen Herausforderungen“, so u. a. auch bei der BLG-Jahrestagung 2003 in Heilbronn. Am Beispiel der „Flächenstadt“ Brackenheim mit insgesamt 8 Stadtteilen wurden bedarfsgerechte Entwicklungsinstrumente vorge-

Die kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landgesellschaften sind gerüstet, zusammen mit den auf regionaler und kommunaler Ebene Verantwortlichen die anstehenden Probleme lösen zu helfen, insbesondere in den Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes und in den Randzonen der Verdichtungsräume.

„Dorfumbau“ wird gebraucht

Den Stadtumbau Ost und West gibt es schon. Man wird auch in gewisser Weise einen „Dorfumbau“ brauchen. In vielen Gemeinden liegen ehemalige Hofstellen, landwirtschaftliche Nutzgebäude, Gasthöfe etc. brach. Umnutzungskonzepte, Um- und Neubaumaßnahmen, Revitalisierung, aber auch der Rückbau sind gefragt. Die Landgesellschaften kennen die örtliche Situation, die Menschen vor Ort, die man in

Arbeitsbereiche und Dienstleistungsspektrum der gemeinnützigen Landgesellschaften für Kommunen im Bereich der ländlichen Entwicklung

Die gemeinnützigen Landgesellschaften stellen sich mit ihrem qualifizierten, erfahrenen und hoch motivierten Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den sich ständig verändernden Herausforderungen des Agrarstrukturwandels und der ländlichen Entwicklung. Gerade die Gemeinden in ländlichen Regionen mit eng begrenzter finanzieller und personeller Ausstattung benötigen uneigennützig, verlässliche und sachkundige Partner. Insbesondere dann, wenn Wechselwirkungen von Gemeinde- und Agrarstrukturentwicklung entscheidend für die Effizienz der Maßnahme sind, sind die Landgesellschaften gefragt. Bundesweit sind die Gesellschaften derzeit in über 1.000 Gemeinden des ländlichen Raumes tätig.

■ **Vorausschauende und bedarfsgerechte Bodenbevorratung** für agrarstrukturelle und öffentliche Zwecke einschließlich Kompensationsflächenmanagement trägt dazu bei, dass erforderliche Flächen rechtzeitig und zu tragbaren Bedingungen bereitstehen. Sie stellt vor allem für die Kommunen und andere öffentliche Bedarfsträger ein wichtiges Steuerungsinstrument bei der Entwicklung des ländlichen Raumes dar. Die Bodenbevorratung der gemeinnützigen Landgesellschaften ist Bestandteil deren umfänglichen Flächenmanagements, zu dem auch die gesellschaftseigenen revolvierenden Bodenfonds bzw. treuhändisch verwalteten Flächenbestände gehören.

■ **Integrierte Ländliche Entwicklungsplanung, Moderation** des Entwicklungsprozesses, **Umsetzungsbegleitung und Regionalmanagement.** Hierzu wurden spezifische Dienstleistungspakete entwickelt, die den Partnern angeboten werden.

■ **Dorferneuerung- und -entwicklungsplanung sowie fachliche Betreuung** der Dorferneuerung bzw. Dorferneuerung

■ **Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Bausubstanz**

■ **Ländlicher Wege- und Wasserbau.**

■ **Durchführung von Flurneuerungsmaßnahmen** nach dem Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsanpassungsgesetz; Freiwilliger Landtausch, Beschleunigte Zusammenlegung; Zusammenführung von getrenntem Boden- und Gebäudeeigentum; Bodenordnungsverfahren

■ **Erstellung von Fach- und Landschaftsplanungen,** Fachgutachten, Standortgutachten

und Umweltstudien; FFH-Verträglichkeitsstudien und FFH-Managementpläne.

■ **Bauleitplanung und Erschließung**

■ **Stadtsanierung** (städtebauliche Dorf- bzw. Stadterneuerung) im ländlichen Raum, gefördert aus Mitteln der Bund-Länder-Vereinbarung zur Städtebauförderung

■ **Betreuung von Konversionsprojekten in ländlichen Regionen**

Viele dieser Leistungen werden im Rahmen von Projekten erbracht, bei denen die Auftraggeber aus dem agrarischen Bereich bzw. die Kommunen von den Landgesellschaften ein „Projektmanagement aus einer Hand“ erwarten bzw. verlangen.

Planungsleistungen, Verfahrensbetreuungen der gemeinnützigen Landgesellschaften für nachhaltige integrierte Land- und Gemeindeentwicklung von 2000 bis 2005

	Abgeschlossene Verfahren/Projekte 2000 - 2005
Agrarstrukturelle Vor- und Entwicklungsplanungen Umsetzungsbegleitungen	52 2
Dorferneuerungs-, Dorferneuerungsplanungen und Betreuungen	318
Integrierte Entwicklungskonzepte Regionalmanagement	13 15
Fachplanungen, Fachgutachten, Standortgutachten, Umweltstudien	382
Bauleitplanungen	330
Erschließungsmaßnahmen	270
Wege- und Wasserbauprojekte	499
Städtebauförderung/Stadtentwicklung	494



rende regionale Konzepte dafür zu entwickeln, evtl. neue Modelle von Trägerschaften aufzubauen; auch neue bzw. veränderte Verkehrskonzepte im ÖPNV werden notwendig werden. Auch diesbezüglich können die Landgesellschaften als Ideengeber, als Mittler, als Projektsteuerer und Moderator tätig werden. Sie können auf eine breite und vielfältige Kompetenz und vor allem auf eine weit reichende Erfahrung auf kommunaler und regionaler Ebene zurückgreifen.

Neue Partnerschaften entwickeln

Zwischen Stadt und Land, zwischen Wachstumskernen und dem umgebenden Umland muss es neue Partnerschaften geben. Der ländliche Raum muss seinen Platz und seine Funktion als Lebensraum für einen Großteil der Menschen in unserem Land im Gefüge der Regionen, der Städte und Gemeinden und Landschaften sichern und weiterentwickeln. Das muss vor allem ein qualitatives Wachstum sein. Der ländliche Raum muss als Lebensraum attraktiv bleiben bzw. werden. Regionalentwicklung und Regionalmanagement sind Themen, mit denen sich die Landgesellschaften schon sehr lange beschäftigen und für die sie tätig sind. Diese Themen müssen in Zukunft über die Inhalte hinausgehen, die in der Vergangenheit maßgeblich waren. Eine Raumschaft, eine Teilregion, muss sich ihr unverwechselbares Image, ihre Identität schaffen.



Integrierte Gesamtkonzepte für nachhaltige räumliche Entwicklung

Auf der Basis eines integrierten Gesamtkonzepts (Wohnen und Arbeiten, Wirtschaft und Verkehr, Kultur und Sport, Tourismus und Freizeit, Verwalten und Fördern usw.) sollte es in der jeweiligen Region zu einem nachhaltigen Miteinander von Stadt und Land, von Jung und Alt, von öffentlicher Hand, Wirtschaft und Bürgerschaft kommen. Die Landgesellschaften können dafür die kooperative Steuerung übernehmen. Sie bieten selbst oder auch im Verbund der Landgesellschaften im Bundesgebiet nahezu jede Fachkompetenz, die man dafür benötigt. Von der strategischen Planung über die Moderation, das Projektmanagement, die Kosten- und Finanzplanung bis hin zur Entwicklung von Organisati-

einen solchen Prozess einbeziehen muss; sie können Denkanstöße, Ideen liefern, die Moderation wahrnehmen, Projekte planen und deren Realisierung bis zum guten Ende begleiten.

Interkommunale Zusammenarbeit ist dringender den je gefragt

Viele Anpassungsprozesse, bezogen auf öffentliche Infrastruktureinrichtungen, sind oft nur interkommunal zu bewältigen. Die Städte und Gemeinden einer Region, die mit einem Bevölkerungsrückgang, insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen, zu rechnen haben, werden sich die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge teilen müssen. Es sind sinnvolle und funktionie-



Neue Instrumente für die Aktivierung und Revitalisierung innerörtlicher Potenziale sind erforderlich

ons- und Trägermodellen können die Landgesellschaften ein kompetenter Partner und Problemlöser sein.

Umdenken bei der Landes- und Regionalplanung notwendig

Wenn man den Herausforderungen des demographischen Wandels wirksam und erfolgreich begegnen möchte, so ist auch ein teilweises Umdenken auf der Ebene der Landes- und Regionalplanung notwendig. Das Zentrale-Orte-System muss modernisiert, d. h. an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden. In einer Raumschaft bzw. in einem interkommunalen Verbund muss es möglich sein, sog. großflächigen Einzelhandel (z.B. einen Vollsortimenter mit 1.200 qm Verkaufsfläche und mehr) oder andere regional bedeutsame Einrichtungen anzusiedeln, auch wenn die Belegenheitsgemeinde kein Unter- oder Mittelzentrum ist, um die betreffende Region zu stärken und für die Zukunft lebensfähig zu machen. Es braucht im ländlichen Raum, im Verbund gesehen, eine Mindeststruktur öffentlicher und privater Daseinsvorsorge.

Bedarfsnotwendige Anpassung der Außenentwicklung

Selbstverständlich bleibt die Ordnung der Flächennutzung über die Landes- und Regionalplanung auch in Zukunft wichtig. Die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung muss sich den veränderten Verhältnissen durch den demographischen Wandel anpassen. Insbesondere müssen in Zukunft innerörtliche Flächenressourcen mehr genutzt werden, um die Inanspruchnahme von Flächen außerhalb für die Entwicklung neuer Wohnbau- bzw. Gewerbebauflächen zu vermeiden.

Neue Instrumente für die Aktivierung und Revitalisierung innerörtlicher Potenziale

Für die Aktivierung bzw. die Revitalisierung innerörtlicher Flächen und Brachen wird es möglicherweise auch neue Instrumentarien im Städtebaurecht geben müssen. Auch finanzielle Anreize im Rahmen der Städtebauförderung könnten hilfreich sein. In jedem Fall braucht es für die Zukunft, dringender denn je, ein vor-



Vorausschauendes Flächenmanagement über die einzelne Gemeinde hinaus ...

ausschauendes Flächenmanagement, und zwar über die einzelne Gemeinde hinaus, nämlich in einer Raumschaft bzw. Region, auf der Basis eines interkommunalen Verständnisses und einer interkommunalen Arbeits- bzw. Aufgabenteilung. Dafür sind die Landgesellschaften mit ihrer Kompetenz rund um das Grundstück die richtigen Partner.

Innovatives Projekt- und umsetzungsorientiertes Regionalmanagement

Die Herausforderungen des demographischen Wandels sind, wie dargestellt, außerordentlich vielfältig: Konsequenzen

für die Siedlungsentwicklung; Umbau und Anpassung der öffentlichen und privaten Infrastruktur hin zu einem zeitgemäßen, wirtschaftlich vertretbaren Infrastrukturangebot; Strategien für kommunales Wirtschaften für die kommunalen Haushalte; entwickeln, sichern und ausbauen endogener Potenziale einer Region; Regionalentwicklung und interkommunale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung stärken und forcieren; modernisieren des Regionalmanagements hin zu einem projekt- und umsetzungsorientierten Management; Bildung neuer Stadt-Land-Partnerschaften; Entwickeln von Innovationen, z. B. für den ÖPNV, Schulen, Wirtschaftsförderung etc.



Umgenutztes ehemaliges Backhaus zum Wohnquartier für eine Familie



... ist notwendiger den je



Neues aid-Heft „Integrierte Regionalentwicklung und Regionalmanagement“

Studie:

Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt - Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien

Welche Faktoren bestimmen die Lebensqualität im ländlichen Raum? Wodurch kann die Lebensqualität in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts weiter verbessert werden? Diese und weitere Fragen bearbeitet die Studie „Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien“, die von nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH zusammen mit der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt bis Ende 2007 erarbeitet wird. Auftraggeber der Studie ist das Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt zusammen mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, finanziert wird es vom Land Sachsen-Anhalt und aus dem Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abt. Ausrichtung.

„Lokale Lebensqualität“ ist relevant

Die Studie schließt an die Untersuchungen der Projektleiterin, Prof. Dr. Christiane Dienel, zum Thema Abwanderung und Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt an. Diese hatten deutlich gezeigt, dass die lokale Lebensqualität im konkreten Umfeld oftmals entscheidend sowohl für Abwanderungsentscheidungen wie auch für die Familiengründung ist. Die Studie „Ländliche Lebensmodelle“ soll nun untersuchen, welche spezifischen Faktoren das Leben auf dem Lande auch für junge Menschen attraktiv machen. Leitbild ist dabei die Stärke des ländlichen Lebensraums, der kein Defizitmodell städtischen Wohnens ist, sondern eine eigene, von vielen Menschen gewünschte Lebensqualität bieten kann. Das Projekt soll dazu beitragen, dass ländliche Gemeinden konkret an der Entwicklung dieser Lebensqualität arbeiten können, um ihre Bevölkerungsentwicklung zu stabilisieren.

Projekt - Arbeitsschritte

■ Phase 1 „Profile“: In diesem Projektabschnitt werden in den sieben Modellorten Coswig (Anhalt), Gerbstedt, Ilsenburg (Harz), Mieste, Stendal, Wanzleben sowie Weißenfels Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern geführt. Der Interviewprozess wird fotografisch und filmisch dokumentiert. Hauptziel ist eine umfassende Analyse zum Lebensumfeld im ländlichen Raum.

■ Phase 2 „Leitbilder“: Aus den Interviews der Phase 1 werden Leitbilder entwickelt. Dazu wird in jedem Modellort eine Zukunftswerkstatt veranstaltet. Aus den Ergebnissen der Interviews und Zukunftswerkstätten entstehen sieben Leitbilder für eine attraktive Lebensqualität in den beteiligten Orten.

■ Phase 3 „Handlungsstrategien“: In dieser Phase werden die Ergebnisse aus den ersten beiden Phasen zu einer Handlungsstrategie „Zukunft des ländlichen Raums“ verdichtet. Dabei geht es um zukunftsfähiges Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum und um eine Anschlussfähigkeit an die Förderstrategien von Sachsen-Anhalt und der EU. Zielgruppe der Handlungsstrategie sind vor allem junge Menschen und Familien. In dieser Phase liegt die Federführung bei der Landgesellschaft.

■ Phase 4 „Leitfaden“: In der Abschlussphase werden die Ergebnisse in einem Leitfaden zusammengefasst. Ziel ist es, die in den einzelnen Modellorten erhobenen Daten und Ergebnisse auf andere Orte in Sachsen-Anhalt zu übertragen. Im Herbst 2007 findet eine Abschlussstagung statt, auf der die Ergebnisse mit Experten diskutiert werden.

Anmerkung:

Weitere Beispiele aus der Tätigkeit der gemeinnützigen Landgesellschaften als Partner zur Lösung von Problemen im Zuge des demographischen Wandels finden Sie in den nachfolgenden „Berichten aus den Gesellschaften“.

Globalisierung und regionale Entwicklung sind keine gegenläufigen, sondern sich ergänzende Prozesse. Ziel von Regionalentwicklung ist die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, die Verbindung von Tourismus, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Kultur unter Einbindung der verschiedensten Interessensgruppen und Akteure. Eine nach innen gestärkte Region ist auch fit für den globalen Markt. In dem Heft wird der gesamte Komplex der Regionalentwicklung transparent, zusammenfassend und aus Sicht der Praxis dargestellt. Dies beginnt bei der Beschreibung der Instrumente der Regionalentwicklung und geht bis hin zu ganz praktischen Aspekten der Organisation, Moderation, Begleitung und Umsetzung von Entwicklungsprozessen.

Diese werden durch eine Vielzahl von Interessen und Akteuren vor Ort gestaltet. Hier setzt die Regionalentwicklung an. Entwicklungsprozesse sollen gezielt in eine bestimmte und gewollte Richtung gebracht werden.

Ein Regionalmanagement hat damit die Aufgabe, sich um die Gestaltung und Steuerung regionaler Entwicklungsprozesse mit modernen Managementmethoden zu kümmern. Für ein umsetzungsorientiertes und nachhaltig erfolgreiches Regionalmanagement sind Einrichtungen mit einem interdisziplinären Team von Profis erforderlich, ausgestattet mit breiten organisatorischen, kommunikativen und fachlich-inhaltlichen Kenntnissen und Fähigkeiten.

Das Heft enthält neben der Beschreibung von Prozessen der Regionalentwicklung auch eine Checkliste für die Bildung von Regionalinitiativen sowie Adressen von Institutionen, die bei der Arbeit in der Regionalentwicklung Unterstützung leisten können.

Der Autor, Dipl.-Geogr. Christopher Toben, Abteilungsleiter für Stadt- und Regionalentwicklung bei der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, stellt die Themen „Regionalentwicklung“ und „Regionalmanagement“ vor dem Hintergrund mehr als 10jähriger beruflicher Erfahrungen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung praxisbezogen dar.

Das neue aid-Heft „Integrierte Regionalentwicklung und Regionalmanagement“ umfasst 64 Seiten und ist zu beziehen unter Bestell-Nr.: 1524, Preis: 2,50 EUR (30 % Rabatt ab 10 Heften; 50 % Rabatt ab 20 Heften), zzgl. einer Versandkostenpauschale von 3,00 EUR gegen Rechnung. aid-Vertrieb DVG, Birkenmaarstraße 8, 53340 Meckenheim, Tel.: 02225-926146, Fax: 02225-926118 E-Mail: Bestellung@aid.de; Internet: www.aid-medienshop.de

Erfolgreiches Konversions-Management

Die erfolgreiche Konversion ehemals militärisch oder gewerblich genutzter Liegenschaften erfordert fundierte Kenntnisse sowohl über die Instrumentarien, die Rechtslage als auch über die Interessen und Handlungsmöglichkeiten der jeweils Beteiligten. Nur dann können gemeinsam tragfähige Folgenutzungen für die betroffenen Flächen entwickelt werden, die zum einen im Einklang stehen mit den Zielsetzungen der kommunalen Entwicklung, die zum anderen aber ebenso wirtschaftlich tragfähige und hinreichend konkrete Umsetzungsmöglichkeiten eröffnen.

Leistungsangebot

Die BLS bietet betroffenen Kommunen eine umfassende Unterstützung bei den vielfältigen Aufgabenstellungen im Rahmen von Konversionsmaßnahmen an. Das Leistungsspektrum umfasst sowohl die fundierte planerische Vorbereitung der Nachnutzung und Unterstützung bei der Schaffung von Baurecht als auch die Vorbereitung und Mitwirkung bei der Durchführung der Maßnahmen. Zum Angebot zählen ferner maßgeschneiderte Finanzdienstleistungen, die kaufmännische Abwicklung der Grundstücksentwicklung und die Mitwirkung bei der Vermarktung der Liegenschaften.

Konversionsprojekt „Bindlacher Berg“

Vor gut 10 Jahren wurden die US-Truppen von den ehemaligen Kasernen „Christensen Barracks“ am Bindlacher Berg, nördlich von Bayreuth gelegen, überraschend abgezogen. Ein privates Unternehmen erwarb daraufhin weite Teile der Liegenschaft. In einem vertraglichen Dreiecksverhältnis zwischen der Gemeinde Bindlach und dem privaten Grundstückseigentümer hat die BLS in diesem Verfahren u. a. die Erschließungsträgerschaft übernommen.

Nachnutzungskonzept

Zunächst wurde für den Standort ein städtebaulich verträgliches und wirtschaftlich tragbares Konzept zur Nachnutzung der



Maßnahmenkonzept und Umsetzung

Nach Abstimmung und Bewertung der Konzepte mit der Gemeinde wurde von der BLS ein Städtebaulicher und Landschaftsplanerischer Rahmenplan erstellt, der bis heute die maßgebliche Grundlage der einzelnen Schritte der Nachnut-

Luftbild Bindlacher Berg



Rahmenplan Bindlacher Berg

betroffenen Flächen erarbeitet. Darin wurden auf Grundlage einer fundierten regionalen Marktanalyse alternative Möglichkeiten zur Festsetzung von Art und Maß der künftigen baulichen Nutzungen aufgezeigt. Zudem wurde untersucht, welche der bestehenden Gebäude hinsichtlich des Bauzustandes und der Grundrisstruktur nachnutzbar sind, welche Gebäude zurückgebaut werden sollten, in welchen Bereichen neue Erschließungsanlagen erforderlich werden und wie insgesamt die räumliche Verteilung der Nutzungen gestaltet werden könnte.

zung ist. Nach Billigung durch die kommunalen Gremien wurde aus diesem Rahmenplan ein detailliertes und vielschichtiges Maßnahmenkonzept entwickelt. Ferner wurden die zu erwartenden Kosten der Einzelmaßnahmen ermittelt, Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt und Refinanzierungspläne entwickelt. Die Erschließungsträgerschaft der BLS beinhaltet die komplette Betreuung und Finanzierung der Abbruch- und Erschließungsmaßnahmen (Ver- und Entsorgung, Straßen- und Wegebau, Begrünung und Beleuchtung usw.) bis hin zur Bereit-



Abbrucharbeiten

stellung der fertig erschlossenen Grundstücke, einschließlich der kaufmännischen Abwicklung dieser Maßnahmen.

Ergebnisse

■ Die nördlich gelegenen ehemaligen Offizierswohnungen wurden komplett saniert (Fassadensanierung mit Wärmeschutzmaßnahmen, Innensanierung ohne konstruktive Veränderungen). Dadurch konnten diese Wohnungen vergleichsweise günstig angeboten und auch verkauft werden.

■ Die bestehenden Mannschaftsgebäude im zentralen Bereich der Liegenschaft hatten dagegen kein ausreichendes Potenzial zur Nachnutzung. Sie wurden zwischenzeitlich komplett abgerissen. Auf den frei gewordenen Flächen wurden durch die BLS Grundstücke für Reihenhäuser und Einfamilienhäuser erschlossen, die inzwischen ebenfalls nahezu komplett bebaut sind.

■ Idealerweise konnten bestehende Einrichtungen übernommen werden, so eine Schule und ein Kindergarten. Teile der repräsentativen und erhaltenswerten ehemaligen Verwaltungsgebäude wurden zwischenzeitlich für zwei Einrichtungen des betreuten seniorengerechten Wohnens umgebaut.

■ Östlich dieser Wohnflächen, im ehemals technischen Bereich der Kasernen, der vom Wohngebiet durch einen großzügigen Grüngürtel abgetrennt wurde, entstand ein gefragtes Gewerbegebiet, in dem auch etliche der vorhandenen Gebäude nachgenutzt werden konnten.



Fassaden der sanierten Wohnungen

Fazit

Am Bindlacher Berg ist ein sympathischer neuer Ortsteil entstanden, in dem Arbeiten und Wohnen unmittelbar nebeneinander liegen; ein Ortsteil, der von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird und der noch weiteres Entwicklungspotenzial bietet.

Kindergarten und Pflegestationen



Die Hessische ÖKOAGENTUR

Agentur zur Bereitstellung und Vermittlung von Kompensationsmaßnahmen

Seit dem 01.01.2006 ist die Hessische Landesgesellschaft Agentur nach § 5 der Hessischen Kompensationsverordnung (KV) vom 01.09.2005.

Die Kompensationsverordnung - Ziele und Instrumente

Die Kompensationsverordnung (KV) löst als Instrument des Hessischen Naturschutzgesetzes die Ausgleichsabgabenverordnung (AAV) ab und stellt ihre konse-

quente Fortführung dar. Den Rahmen bildet das geltende Bundes- und Landesnaturschutzrecht. Hinzu kommen Belange des geltenden Artenschutzrechtes sowie die immer wichtiger werdenden rechtlichen Rahmenbedingungen der EU. Hier sind vor allem die „Natura 2000-Gebiete“ (Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder Europäische Vogelschutzgebiete) zu nennen.

Die Grundidee ist einfach. Wer der Natur Schaden zufügt, in ihren Haushalt eingreift oder auf sonstige Art und Weise ihre

natürlichen Funktionen beeinträchtigt, muss (für Hessen) nach dem Hessischen Naturschutzgesetz unvermeidbare Beeinträchtigungen vorrangig gleichartig ausgleichen oder aber nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen durch gleichwertige Ersatzmaßnahmen kompensieren. Hier wird die KV wirksam und lenkt, räumlich wie naturschutzfachlich, die Kompensation eines Eingriffs und gibt die Regeln vor, nach denen zu verfahren ist. Die KV liefert die Bemessungsgrundlage für den Eingriff sowie gleichermaßen für die zu



leistende Kompensation und schreibt die Funktionssicherung von Kompensationsmaßnahmen über mindestens 30 Jahre vor. Die Kompensationsverordnung stärkt das Ökokonto und wünscht ausdrücklich Maßnahmen im Vorgriff, ohne Kompensationsverpflichtung durchzuführen und deren „Wert“ in Ökopunkten auf einem Ökokonto gutschreiben zu lassen. Bei Bedarf stehen diese Ökopunkte bzw. die dahinterstehende Maßnahme zur Kompensation zukünftiger Eingriffe schnell zur Verfügung.

Agentur

Die HLG als Hessische ÖKOAGENTUR wird versuchen, Mittler zwischen Eingreifern auf der einen sowie Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft auf der anderen Seite zu sein.

■ Die HLG wird auf eigenen oder fremden Grundstücken, soweit diese naturschutzfachliche Eignung aufweisen, räumlich sinnvoll platziert, Projekte im Vorgriff mit Partnern planen und gegebenenfalls umsetzen. Auch Privatpersonen, Firmen, Kommunen und Verbände können der Agentur Flächen oder Maßnahmen anbieten. Ziel ist in jedem Fall ein möglichst umfangreicher Maßnahmen- und Flächenpool, um schnell, unbürokratisch und für den Eingreifer ressourcenschonend die Möglichkeit zu bieten, Kompensationsverpflichtungen abzudecken.

■ Weiterhin kann die Agentur die Maßnahmensicherung und Pflege über eine Dauer von mindestens 30 Jahren übernehmen und die hierfür notwendigen Mittel treuhänderisch verwalten.



Schonung guter Ackerflächen und Konzentration von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Natura 2000-Flächen ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit und erzeugt Wertschöpfung

■ Auch hat der Verordnungsgeber die Möglichkeit geschaffen, Kompensationsverpflichtungen vollständig an die Agentur abzutreten („Freizeichnungskompetenz“).

■ Im Resultat wird beiden Seiten geholfen. Die Agentur bietet die Möglichkeit, einfach und schnell Baurecht zu erlangen und vermag im Gegenzug die Belange des Naturschutzes zu wahren, Maßnahmen räumlich und naturschutzfachlich sinnvoll zu platzieren und, was besonders hervorzuheben ist, über einen langen Zeitraum zu begleiten und ihre Funktionalität zu sichern.

Voraussetzungen

Die Landgesellschaft setzt zur Bewältigung dieser Aufgabe auf moderne Technik. Der Aufbau einer gisgestützten Datenbank wird ermöglichen, hessenweit Flächen, Maßnahmen und naturschutzrelevante Daten zu visualisieren. Die HLG ist strategisch günstig mit drei Filialen (Kassel, Gießen, Mörfelden-Walldorf) in Hessen präsent und verfügt derzeit über 85 Mitarbeiter. Im Flächenportfolio der HLG befinden sich ca. 2.300 Hektar meist landwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Hessische Landgesellschaft verwaltet auch die hessischen Staatsdomänen sowie den hessischen Streubesitz von etwa 14.000 Hektar.

Aufgaben der Agentur

1. Vermittlung von Maßnahmen und ihren Ökopunkten
2. Herstellung eigener Maßnahmen im Vorgriff und/oder im Auftrag auf HLG-eigenen Flächen oder Flächen Dritter in Hessen
3. Abtretung: Übernahme aller Kompensationsverpflichtungen eines Eingreifers durch die Agentur („Freizeichnungskompetenz“)

Dies bedeutet

- die Schaffung eines Maßnahmenpools,
- Pflegemanagement bei Bedarf (typischerweise 30 Jahre),
- treuhänderische Verwaltung der Geldmittel für Pflege und Funktionssicherung,
- Kontrolle der Maßnahmen in regelmäßigen Abständen.

Ziele aus Sicht des Gesetzgebers

- Schaffung eines Maßnahmen- und Flächenpools
- Vereinfachung der Bauleitplanung
- Verfahrensbeschleunigung
- Überwachung der Umsetzung
- lenkende Wirkung, räumlich und fachlich

Eckpunkte der KV

Schonung guter Ackerflächen
 Konzentration auf Natura 2000-Gebiete
 Besserstellung von Entsiegelungs- und Rückbaumaßnahmen
 Konkretisierung des „räumlichen Zusammenhangs“ zwischen Eingriff und Ausgleich
 Funktionssicherung von Kompensationsmaßnahmen über mindestens 30 Jahre
 Stärkung des Ökokontos
 (Transparenz, Verfügbarkeit, vorlaufende Kompensation mit Verzinsung)
 Einrichtung einer Agentur zur Bereitstellung und Vermittlung von Ersatzmaßnahmen
 Schaffung eines Zentralregisters

Die ÖKOAGENTUR hat ihren Standort in Gießen mit Außenstellen in Walldorf und Kassel.

Zuständig ist
 Herr Dipl.-Biol. Patrick Steinmetz:

Tel: 06105 / 40 99 12
 Fax: 06105 / 40 99 15

E-Mail: steinmetz@walldorf.hlg.org
 Internet: www.hlg.orgoder
www.oekoagentur-hessen.de



Den demographischen Wandel im Land mitgestalten

Als weitgehend ländlich strukturiertes ostdeutsches Bundesland ist Mecklenburg-Vorpommern vom demographischen Wandel in besonderem Maß betroffen. Arbeitsplatzmangel und dünne wirtschaftliche Basis sind die Ursachen für einen dramatischen Bevölkerungsverlust in den letzten 15 Jahren. Die Abwanderung war dabei in der Form selektiv, dass insbesondere junge, gut ausgebildete Frauen das Land verlassen haben und dies immer noch tun. Damit fehlen die Mütter der Gegenwart und Zukunft. Dementsprechend sind auch die Prognosen wenig optimistisch. So wird mit einem Rückgang der Bevölkerung bis zum Jahr 2020 um weitere 12 Prozent auf dann noch 1,5 Mio. Einwohner gerechnet.

Differenzierte Entwicklung berücksichtigen

Von der räumlichen Verteilung her sind die peripheren Räume von dieser Entwicklung am stärksten betroffen. Stabilisierend wirkt dagegen zum einen die Nähe zu den Metropolen Hamburg und Berlin. In direkter Pendelentfernung zu den dortigen Arbeitsplätzen ist der Bevölkerungsrückgang weniger stark ausgeprägt. Zum anderen bilden die touristischen Kernräume entlang der Ostseeküste und an der Mecklenburgischen Seenplatte in begrenztem Umfang eine Ausnahme vom allgemeinen Trend. Die Arbeitsplätze im Tourismus und die mit dem Tourismus verbundene wirtschaftliche Entwicklung wirken sich hier positiv aus.



Bauen am Wasser hat Zukunft: hier das Wohngebiet Hafen - ehemaliges Molkereigelände in Schwerin in gemeinsamer Entwicklung von Landgesellschaft und LGE

Innovative Lösungen gefragt

Stadt- und Regionalentwicklung müssen vor diesem Hintergrund mehr noch als in anderen Bundesländern neue Wege gehen. Die Aufgabe besteht darin, nicht mehr die Verteilung von Wachstum zu planen, sondern Schrumpfungprozesse zu begleiten und zu organisieren. Rückbau von Wohngebäuden und Konzentration von öffentli-

chen und privaten Dienstleistungseinrichtungen sind unumgänglich. Diese Maßnahmen müssen aber intelligent und sozial verträglich gestaltet werden. Hier sind neue, innovative Lösungen gefragt. Integrative Ansätze, Bottom-up-Prinzip, regionale Kooperationen, Stadt-Umland-Abstimmungen, effiziente Verwaltungsstrukturen und ressortübergreifendes Bündeln von Fördermitteln sind dabei wichtige Schlagworte.

Integrierte Entwicklungskonzepte

Die Landgesellschaft, als Konzernmutter eingebunden in den Unternehmensverbund zur Landesentwicklung, dem außerdem die LGE Landesgrunderwerb mbH, die EGS Entwicklungsgesellschaft mbH und die Gut Dummerstorf GmbH angehören, setzt sich mit diesen Aufgaben offensiv auseinander. Dies betrifft zunächst den planerisch-konzeptionellen Bereich. Seit mehreren Jahren werden von der Landgesellschaft und der EGS regionale Entwicklungskonzepte und integrierte Stadtentwicklungskonzepte erarbeitet, die kleinräumig Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels entwerfen. Den Städten, Gemeinden und Regionen werden mit diesen Instrumenten Handlungsprämissen an die Hand gegeben, mit deren Hilfe sie ihre Zukunft aktiv gestalten können.

Auch von anderen Ländern lernen

Von zentraler Bedeutung für das Thema demographischer Wandel ist für die Landgesellschaft darüber hinaus auch die internationale Perspektive. Gemeinsam mit dem Landkreis Ludwigslust wurde das INTERREG IIIB-Projekt A.S.A.P. entwickelt, dass sich mit effizienten Verwal-

tungsstrukturen im dünn besiedelten ländlichen Raum auseinandersetzt. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels werden in dem Projekt Lösungsansätze gesucht, die sich bereits in anderen Ländern des Ostseeraums bewährt haben. Der Wissenstransfer erstreckt sich dabei von der Organisation von Verwaltungsabläufen über Themen des eGovernment bis hin zur Einbindung von Hochschulen als Know-how-Träger der Regionalentwicklung. Landgesellschaft und EGS sind darüber hinaus noch in weitere INTERREG-Projekte eingebunden (SEBco, AGORA, INCORD).

Handlungsansätze generieren – Erkenntnisse umsetzen

Aber auch über Management- und Monitoringleistungen versuchen Landgesellschaft und EGS, die Kommunen des Landes bei der Bewältigung des demographischen Wandels zu unterstützen. Hierzu gehören z. B. EDV-gestützte Monitoringsysteme für die kontinuierliche Prozessbeobachtung und Evaluierung der Regionalentwicklung und des Stadtumbaus hinsichtlich der Rahmenbedingungen und Ziele, der umgesetzten Maßnahmen und Instrumente sowie ihrer Wirkungen. Ziel ist dabei die Generierung von Handlungsansätzen für die Stadt- und Regionalentwicklung. Über Regional- und Stadtteilmanagement set-

zen die Unternehmen die so gewonnenen Erkenntnisse z. T. auch direkt um.

Effizienter Fördermitteleinsatz Gezielte Entwicklungstätigkeit

Von erheblicher Bedeutung ist der demographische Wandel schließlich auch für die Entwicklungstätigkeit des Unternehmensverbundes.

■ Dies betrifft zunächst die Flurneuordnung als einem Instrument der Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Hier stellt sich die Frage, in welchen Gemeinden von solchen Maßnahmen die größten Effekte zu erwarten sind. Ziel wird es vermehrt sein, das über die öffentliche Hand investierte Geld am effizientesten einzusetzen. Grundsätzlich muss dieses wichtige Instrument der Infrastrukturentwicklung aber mit einer angemessenen Finanzausstattung erhalten bleiben.

■ Die Baulandentwicklung im Unternehmensverbund konzentriert sich bereits heute verstärkt auf innenstadtnahe und touristisch interessante Standorte. Stichworte wie Bauen am Wasser, Kombination von Wohnbau- und Freizeitimmobilien, gehobenes Seniorenwohnen oder Gewerbebrachenrevitalisierung umreißen hier die Entwicklungstätigkeiten, über die auch in der Perspektive der nächsten Jahre und Jahrzehnte noch Potenziale für die Kommunen des Landes erschlossen werden können.



LEADER+ in Sachsen-Anhalt

LEADER steht für **L**iaisons **E**ntre **I**es **A**ctions de **D**eveloppement de l'**E**conomie **R**urale, übersetzt: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Es ist eine Gemeinschaftsinitiative der EU, die seit 1991 modellhaft innovative Entwicklungsaktionen im ländlichen Raum fördert. Leader+, als die derzeit aktuelle Variante, unterstützt integrierte, qualitativ hoch stehende und originelle Strategien für eine nachhaltige regionale Entwicklung und legt den Schwerpunkt auf Partnerschaften und Netzwerke für den Austausch von

Erfahrungen. In Sachsen-Anhalt wurde bereits in der vorangegangenen LEADER II-Phase die Anwendung neuer Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Räume erprobt. In der aktuellen Förderphase sind im Land 10 Lokale Aktionsgruppen (LAG) aktiv. Von Anfang an dabei war auch die Altmark, speziell die Region um die Gemeinde Kläden im Landkreis Stendal. Insgesamt stehen dem Land 23,6 Mio. EUR aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantie-Fonds für Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung (EAGFL-A-) zur Verfügung. Gefördert werden Vorhaben, die den

Vorgaben der Kommission und des Landes entsprechen und auf lokaler Ebene von der LAG erarbeitet und umgesetzt werden.

LEADER+ in der Altmark

Die Region des LAG-Gebietes „Mittlere Altmark“ liegt abseits der großen mitteldeutschen Verkehrsachsen. Das Gebiet der LAG reicht über die Grenzen der beiden Landkreise Stendal und Salzwedel hinaus. Es umschließt eine Fläche von rund 29.000 qkm mit knapp 100.000 Einwohnern. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im LAG-Gebiet beträgt nur 32,2

Einwohner/qkm und zählt damit zu den am geringsten besiedelten Regionen in Deutschland.

Vor dem Hintergrund guter Erfahrungen und Ergebnisse aus 5 Jahren LEADER II gründete sich bereits im Jahr 2000 die LAG „Mittlere Altmark“. Ihr gehören inzwischen 47 Partner aus unterschiedlichen sozioökonomischen Bereichen des Gebietes an. Die LAG erarbeitete eigenständig ein regionales Strategiekonzept mit dem Thema „Verborgene Räume öffnen“.

Ziele und Handlungsfelder des regionalen Entwicklungskonzeptes

■ Die Strategie der LAG „Verborgene Räume öffnen“ zielt ab auf das „Aufrechterhalten und Wiederbeleben ländlicher Kultur und Tradition“. Mit diesem Ziel werden Einzelmaßnahmen zur „Inwertsetzung historisch besonders wertvoller Gebäude (Kirchen, Guts- und Herrenhäuser, historischer Mühlen und weiterer besonderer Gebäude) gebündelt“ und vernetzt.

■ Das Leitprojekt „Schaffung eines Marketingzentrums und einer Präsentationsplattform im ländlichen Raum der mittleren Altmark“ soll als dauerhafter Koordinierungs- und Kommunikationspunkt für die Akteure und die Region fungieren.

■ Letztlich geht es immer um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, hier vor allem im touristischen Bereich. Die Region soll über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht und als touristisches Gebiet nachhaltig aufgewertet werden. Vor allem Frauen und Jugendliche sollen aktiv in die Entwicklungsprozesse eingebunden werden. Mit dem Aufbau eines Netzwerks von Dienstleistern, Wirtschaft, Verbänden und der öffentlichen Hand sollen neue Wege zur Profilierung und Professionalisierung des Auftretens der Region entwickelt werden.

Professionelles Management

Um die EU-Mittel aktivieren zu können, ist die Kofinanzierung mit Eigenmitteln notwendig. Bereits sehr früh sahen sich die beiden Landkreise hierzu in der Pflicht.

■ Aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus wurde großer Wert auf die Einrichtung eines professionellen Managements zur Umsetzung des LEADER-Prozesses gelegt und die Aufgabe an die Landgesell-



Information wird groß geschrieben: Die Newsletter der Lokalen Aktionsgruppe berichten über die Projekte.

schaft zusammen mit Dr. Bock & Partner Consult GbR vergeben.

Aufgaben des Managements sind vor allem:

- Koordination und Organisation der Zusammenarbeit innerhalb der LAG sowie die Kommunikation mit anderen Partnern außerhalb der LAG,
- Vorbereitung, Koordinierung und Umsetzungsbegleitung der Einzelprojekte,
- Zusammenarbeit mit der Bewilligungs- und Verwaltungsbehörde, Berichterstattungen, Selbstevaluation und
- Organisation der Öffentlichkeitsarbeit der LAG.

Das Management als Schnittstelle zwischen der LAG, den privaten und öffentlichen Akteuren sowie der Verwaltungs- und Genehmigungsbehörde hat sich bewährt.

Erfolgreiche Umsetzung

■ Ende 2005 waren 34 Projekte einschließlich des Managements bewilligt und 3,8 Mio. EUR EU-Mittel gebunden. An 21 Standorten in der Region werden LEADER+ -Vorhaben durchgeführt.

■ Durch eine Konzentration von Projekten an mehreren Orten in der Altmark entwickelten sich sogenannte „LEADER+ -Cluster“. Hierbei werden die LEADER+ -Projekte (Mühlen, Kirchen, Guts- und Herrenhäuser) mit anderen Vorhaben, z. B. dem Projekt „Gartenträume Sachsen-Anhalt“ vernetzt.

■ Die Durchführung des transnationalen Projekts „EuroLandArt“ mit der Region Pays de Beauce und Pays Dunois in Frankreich ist der Beginn einer internationalen Zusammenarbeit von zwei ähnlich strukturierten Regionen. Das Festival 2005 in Frankreich erhielt bereits eine internationale Anerkennung. Für 2006 ist das Festival mit dem Untertitel „LandWirtSchaf(f)t“ - Künstlerische Positionen in der Altmark/ Deutschland geplant.

■ Bislang wurden 48 Projektanfragen durch das Management begleitet, davon konnten 43 Anträge bei der Genehmigungsbehörde eingereicht und bearbeitet werden.

■ Bei der Umsetzung der LEADER-Philosophie ist eine starke private Beteiligung auch von Vereinen erwünscht. Von den in der Umsetzung befindlichen Projekten werden 2/3 von Vereinen getragen, 5 Vorhaben haben Kirchengemeinden als Träger.

■ Während der Umsetzungsphase 2005 wurden 17 Vollzeitarbeitsplätze, davon 14 Frauenarbeitsplätze, geschaffen. Die Aufgaben der eingestellten MitarbeiterInnen reichen von der Projektleitung über die Öffentlichkeitsarbeit, die Konzepterstellung bis zur Umsetzung von Maßnahmen

bzw. zur Entwicklung neuer, vorrangig touristischer Angebote und im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus leisten die Maßnahmen einen Beitrag zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in und außerhalb der Region. Direkt an der Umsetzung beteiligte Unternehmen sind

u.a. Planungsbüros, Beratungsunternehmen, Presse- und Marketingfirmen, Existenzgründer in der Tourismusbranche, sowie Handwerks- und Baubetriebe.

Weitere Informationen:
www.mittlere-altmark.de



Gemeinsam die Region stärken – Engagement für die Wirtschaftsentwicklung von Flensburg-Handewitt

Ein starker Wirtschaftsstandort ist das beste Mittel gegen sinkende Einwohnerzahlen. Nach diesem Prinzip reagierten die Stadt Flensburg und die Gemeinde Handewitt Anfang der 1990er Jahre auf rückläufige Bevölkerungszahlen. Sie gründeten im Jahr 1994 die „Wirtschaftsentwicklungsgemeinschaft Flensburg-Handewitt“, kurz WEG, um die Infrastruktur an der deutsch-dänischen Grenze zu verbessern und dadurch die Einwohner



Gemeinsam planen und umsetzen für die Region

in der Region zu halten. Dabei setzte die WEG darauf, Gewerbebetriebe auf Flächen der Gemeinde Handewitt anzusiedeln.

Dienstleister Landgesellschaft

Die LGSH übernahm es als Partner der WEG, die benötigten Flächen zu beschaffen und darüber hinaus zum Teil auch die Erschließungsplanungen zu fertigen. Im Zeitraum von 1994 bis 2005 hat die LGSH im Raum Flensburg-Handewitt insgesamt rund 1.800 ha Flächen für Infrastrukturmaßnahmen, Wohnbauentwicklung, Agrarstrukturverbesserung und den Naturschutz umgeschlagen.

Flächenmanagement der Landgesellschaft ...

■ ... für erfolgreiche Gewerbeansiedlung

So stellte die LGSH für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben rund 100 Hektar bereit, die von der WEG überplant worden waren und zum Zeitpunkt der Planung zum überwiegenden Teil Privateigentümern gehörten. Bis zum Jahr 2005 gelang es der LGSH, diese Flächen zu erwerben, wobei sie in Absprache mit der WEG sogar Einzelflächen auf eigenes Risiko kaufte. Zusätzlich beschaffte die LGSH die benötigten Ausgleichs- und Ersatzflächen

und ermöglichte den Erwerb eines Teils der Trasse der B199.

Die Ansiedlung ortsfremder Gewerbebetriebe und die Errichtung eines Autohofes mit Restauration, Hotelbetrieb und Kfz-Werkstatt schafft dauerhaft rund 200 neue Arbeitsplätze in der Region. „Ein Partner alleine hätte diese Kraftanstrengung nicht leisten können“, hebt Bürgermeister Andresen die Bedeutung der Kooperation von Stadt Flensburg, Gemeinde Handewitt und LGSH hervor.

■ ... für Wohnbebauung

Zeitgleich beauftragte die Gemeinde Handewitt die LGSH mit dem Erwerb und teil-

weise auch mit der Erschließungsplanung von Wohnbauflächen. Insgesamt wurden rund 60 ha Flächen von der LGSH beschafft, zum Teil erschlossen und verkauft. Zurzeit befindet sich ein weiteres Baugebiet mit einer Größe von 14 ha in der Planung.

■ ... zur Agrarstrukturverbesserung

Die Planungen der Gemeinde machten im Zuge der Landbeschaffung die Umsetzung einer Reihe landwirtschaftlicher Betriebe aus dem Ortskern in den Außenbereich erforderlich. Diese Betriebe haben sich seit der Umsetzung zu Betrieben der Spitzengruppe entwickelt, bezogen auf Betriebsgröße und Milchquote. Auch hier

konnten Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert und neu geschaffen werden.

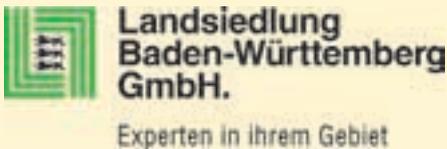
■ ... für den Naturerlebnisraum

Eine weitere Erhöhung der Attraktivität erfuhr die Region mit der Einrichtung eines Naturerlebnisraumes, dem Stiftungsland Schäferhaus. Dieses von der LGSH beschaffte geschlossene Areal umfasst rund 470 Hektar eines ehemaligen Standortübungsplatzes. Der Erlebnisraum liegt zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Handewitt. Er ist verkehrstechnisch sehr gut angebunden und dient den umliegenden Gemeinden als Naherholungsgebiet. In Verbindung mit dem Auto-

hof soll der Erlebnisraum in Zukunft auch touristisch genutzt werden.

Fazit aus berufenem Munde

„Unser Ziel war und ist es, eine vielfältige, für Jung und Alt attraktive Infrastruktur zu schaffen. Anfängliche Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Gewerbetreibenden haben wir erfolgreich überwunden. Der Bevölkerungsrückgang wurde 1995 gestoppt. Seitdem steigen die Einwohnerzahlen stetig an“, so Bürgermeister Horst Andresen. In den steigenden Einwohnerzahlen in der Region sieht er das verfolgte Konzept bestätigt. Ein Ergebnis, das nicht zuletzt auch auf das Engagement der Landgesellschaft zurückzuführen ist.



Kompetenz als vielfältige Problemlöserin

Die Vision Sportpark

Schon lange weiß man in der Stadt Wendlingen am Neckar, Landkreis Esslingen, dass die vorhandenen Sportanlagen an ihre Grenzen gestoßen und an Ort und Stelle nicht erweiterbar sind. Eine erste Idee zur Auslagerung der Sportstätten zum städtischen Freibad entstand schon Ende der 70er Jahre. Konkrete Formen nahm die Idee dann im Jahre 1990 an. Im Rahmen einer vorausschauenden Stadtentwicklungsplanung entstand die Vision, beim Freibad einen Sportpark zu errichten. In die seinerzeitigen Überlegungen waren neueste wissenschaftliche Erkenntnisse aus einer Untersuchung der Universität Stuttgart über das veränderte Sport- und Freizeitverhalten der Gesellschaft eingeflossen. Es sollte ein Sportgelände im Rahmen eines Landschaftsparks entstehen, der auch der nicht Sport treibenden Bevölkerung Möglichkeiten für die Naherholung und eine Freizeitbetätigung bieten sollte.

Mehrere Anläufe gescheitert

Aus den alten Sportanlagen sollte im Stadtteil Wendlingen ein Wohngebiet ent-

stehen, ein großer Bauträger war als Kaufinteressent bereits gefunden, im Stadtteil Unterboihingen war die Arrondierung des benachbarten Gewerbegebiets geplant. Die Refinanzierungserlöse aus beiden Verkäufen hätten bei weitem ausgereicht, um das neue Sport- und Freizeitgelände zu realisieren. Zur Enttäuschung der damals in der Stadt Verantwortlichen entschied sich die Bevölkerung im Rahmen eines Bürgerentscheids gegen dieses Projekt. Die Entwicklung im Sportstättenbereich der Stadt kam für Jahre zum Stillstand. Auch erneute Versuche 1996 und 2001 scheiterten an der Finanzierung, weil für die alten Sportanlagen kein Käufer zu finden war.

Geeignetes Instrument: Baulandentwicklung im Eigengeschäft

In der Folge entstand Kontakt zur Landsiedlung, für die die Entwicklung von Bauland im Eigengeschäft ein wichtiges Kerngeschäft ist. Im Zusammenwirken mit einer Schwestergesellschaft aus dem LEG-Konzern, die als Bauträger agiert, bot die Landsiedlung der Stadt an, das alte Sportgelände zum Zwecke der Umwidmung in

ein Wohngebiet zu erwerben. Damit war der Bann gebrochen. Die Stadt konnte wieder ernsthaft an die Verwirklichung der inzwischen schon in die Jahre gekommenen, aber immer noch aktuellen Idee der Verlagerung und Zusammenfassung aller Sportstätten beim Freibad denken.

Projektentwicklung mit einem umfassenden Strauß von Dienstleistungen

Die Landsiedlung bot der Stadt zudem an, die weitere Projektentwicklung zu übernehmen. Daraus entwickelte sich ein Strauß von Dienstleistungen, die die Landsiedlung erbringt. Im Einzelnen:

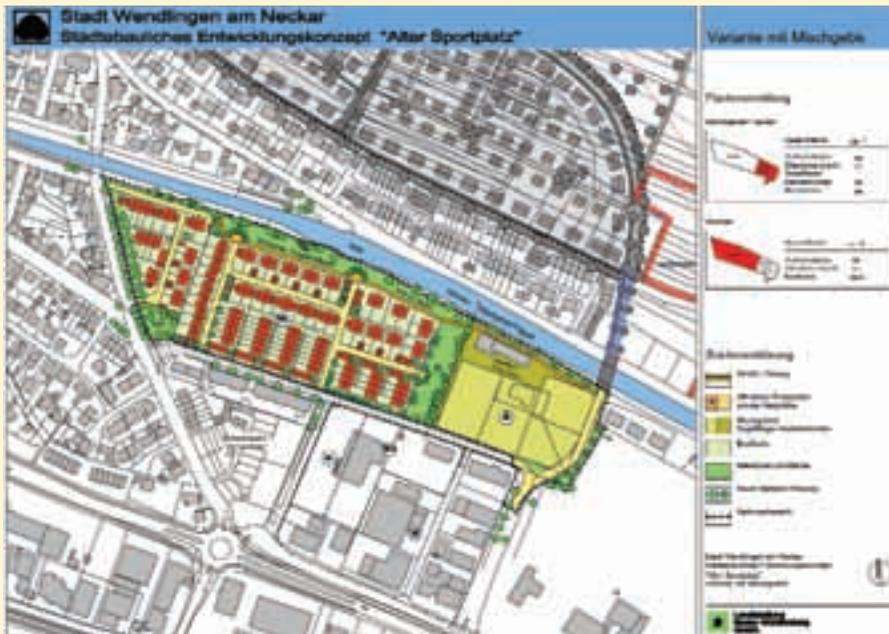
■ Entwicklung des neuen Sportgeländes (Stadionanlage mit vier Trainingsplätzen, Sporthalle, Tennisanlage mit 9 Plätzen, Skateranlage, Multifunktionsfläche und Flächen für den Vereinsbedarf);

■ Entwicklung einer städtebaulichen Konzeption für die alte Sportanlage zur Umwidmung in ein Wohngebiet;

■ Betreuung notwendiger Fachgutachten (Boden, Lärm, Ökologie);



Das neue Sportgelände



Städtebaulicher Entwurf für die Umnutzung des Geländes der alten Sportanlage und der Turn- und Festhalle Wendlingen in ein Wohngebiet

- Erarbeitung von Kostenschätzungen in Zusammenarbeit mit den beteiligten Planern und Ingenieuren;
- im Rahmen der Finanzierungsüberlegungen der Stadt, die zugleich beschlos-

sen hatte, in den beiden Stadtteilen bestehende Turn- und Festhallen aufzugeben und in der Stadtmitte eine neue Veranstaltungsmöglichkeit zu schaffen, ha die Landsiedlung städtebauliche Untersuchungen zur Umwidmung eines bestehen-

den Festplatzes in ein Gewerbegebiet vorgenommen und für zwei Gebäude, in denen heute noch der Bürgertreff und die Volkshochschule untergebracht sind, die aber in den Treffpunkt Stadtmitte verlagert werden, Verwertungsmöglichkeiten geprüft und nachgewiesen;

- Erarbeitung und Betreuung der insgesamt drei Bebauungspläne;
- projektnotwendiger Grunderwerb;
- Vorbereitung der Anträge auf Sportförderung;
- Moderation der Projektgruppe Sport, in der die Vereine und Schulen vertreten sind, die an der inhaltlichen Entwicklung der neuen Sportanlagen maßgeblich mitgewirkt haben.

Realisierung

Die Landsiedlung hat ihre Projektentwicklungsarbeit nahezu beendet und der Stadt in der Zwischenzeit das Kaufangebot für die alten Sportanlagen samt dem Gelände der Turn- und Festhalle auch förmlich unterbreitet. Sie wird bei der nun anstehenden Realisierung der neuen Sportanlagen Teilleistungen der Projektsteuerung bzw. Projektkoordination übernehmen und die laufenden Bauleitplanverfahren betreuen.

Später wird dann die Umnutzung und Erschließung des Geländes der alten Sportanlagen und der Turn- und Festhalle zum Wohngebiet erfolgen. Das Kosten- und Vertriebsrisiko für dieses Projekt liegt voll bei der Landsiedlung.

Der Zeitplan sieht vor, dass im laufenden Jahr die Planungen für beide Großprojekte, um den Treffpunkt Stadtmitte kümmert sich die Stadt selbst, so weit vorangetrieben werden, dass noch in diesem Jahr die Bauleistungen ausgeschrieben werden können. Der Baubeginn für beide Vorhaben ist im zeitigen Frühjahr 2007 vorgesehen. Die Fertigstellung ist für den Herbst 2008 geplant. Das Projektvolumen liegt insgesamt bei über 17 Mio. EUR.

Fazit

Dieses Projekt zeigt, dass die Landgesellschaften mit ihrer breit gefächerten Kompetenz ein geeigneter Partner und Problemlöser für die Städte und Gemeinden sein können, gerade auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel.



*aktiv für
Land und
Wasser*

Niedersächsische
Landgesellschaft mbH

Regionale Kooperationen am Beispiel der Gewerbegebietentwicklung in Südniedersachsen

Südniedersachsen leidet unter erheblichen Strukturproblemen. Dies kommt u. a. in einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote und in einer demographisch überdurchschnittlich ungünstigen Alterstruktur der Bevölkerung zum Ausdruck. Der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze kommt eine besondere Bedeutung zu, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Kriterium Flächenverfügbarkeit

Ein entscheidendes Kriterium zur Unternehmensansiedlung ist neben dem Vorhandensein ansonsten günstiger Rahmenbedingungen die Verfügbarkeit geeigneter Gewerbeflächen. Hierbei ist zu bedenken, dass Unternehmen nach der grundsätzlichen Entscheidung, eine Investition zu tätigen, im Hinblick auf den auszuwählenden Standort nur eine kurze Entscheidungsphase akzeptieren. Innerhalb kurzer Zeit muss ein Investor definitiv wissen, wann und zu welchem Preis das Grundstück in erschlossenem Zustand zur Bebauung angeboten werden kann. Um diese Aussagen treffen zu können, bedarf es des frühzeitigen Zusammenwirkens aller an der Gewerbeflächenentwicklung Beteiligten.

Grundlage: Regionales Entwicklungskonzept

Als Grundlage für die nachhaltige Unterstützung der Entwicklung der Region wurde, im Auftrag des Regionalverbandes Südniedersachsen, in dem die Kommunen und öffentlichen Institutionen der Region zusammenarbeiten, ein regionales Entwicklungskonzept mit Stärken-Schwächen-Analyse erstellt. Auf Basis dieses Konzeptes konzentriert sich die Entwicklung von Gewerbeflächen in der Region zielgerichtet auf zukunftsträchtige Branchen und auf aussichtsreiche Standorte. Diese Überlegungen fließen über die Regionalplanung auf Landkreisebene und die Erstellung von Flächennutzungsplänen auf Gemeindeebene letztendlich in die konkreten Bebauungspläne für die Gewerbegebiete ein. Die Wirtschaftsförderinstitutionen inklusive des Landes Niedersachsen

würdigen die zielgerichtete Zusammenarbeit durch Bereitstellung von Fördermitteln.

■ Ansiedlungserfolge

Im Landkreis Göttingen hat diese Zusammenarbeit von Kommunen, Kreisverwaltung, Wirtschaftsförderinstitutionen und der NLG im vergangenen Jahr zu einer beachtlichen Neuansiedlung in der Gemeinde Staufenberg geführt. Nach der ersten Ansiedlung eines Logistikbetriebes in 2001 konnte in 2005 ein weiterer großer Logistikdienstleister mit ca. 300 geplant-

für die Ansiedlung größerer Gewerbebetriebe angeboten werden könnten. Den nahe liegenden Gedanken der Zusammenarbeit realisieren die Gemeinden mit der Ausweisung eines Interkommunalen Gewerbegebietes.

Nach weitgehend abgeschlossener Erschließung beginnt nunmehr die Phase der intensiven Vermarktungsbemühungen. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Auftretens erfolgt die Vermarktung über das Markenzeichen AREA 3 (www.area-3.de). Durch das Zusammenwirken aller Beteiligten bestehen gute Aussichten auf rasche Ansiedlungserfolge.



Gewerbegebiet Staufenberg

ten Arbeitsplätzen für eine Investition an diesem durch die BAB 7 gut angebundenen Standort gewonnen werden.

■ Markenzeichen AREA 3

Einen in Südniedersachsen neuen Weg beschritten in 2005 die Gemeinden Boven den im Landkreis Göttingen und Nörten-Hardenberg im Landkreis Northeim. Aufgrund der beengten Lage im Leinetal verfügen beide Kommunen jeweils alleine nicht über ausreichend große Flächen, die



Interkommunales Gewerbegebiet AREA 3



Managementplanung zur Umsetzung von NATURA 2000 in Sachsen

Die Umsetzung der von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union 1992 beschlossenen Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie, die eine Grundlage des europäischen Schutzgebietsnetzes („Natura 2000“) bildet, wird im Freistaat Sachsen durch die Erstellung von Managementplänen vorbereitet und unterstützt. Für die 270 FFH-Gebiete und 13 Vogelschutzgebiete in Sachsen mit insgesamt über 2.000 qkm Fläche sollen im Zeitraum 2002 bis 2008 Managementpläne erarbeitet werden.



FFH-Gebiet „Vereinigte Mulde und Muldeauen“ (Foto: V. Kuschka)

Spezielles Know-how erforderlich

Die Sächsische Landsiedlung erarbeitet FFH-Managementpläne in verschiedenen Gebieten des Freistaates Sachsen in Arbeitsgemeinschaft mit der ERGO Umweltinstitut GmbH und einem Netzwerk freier Mitarbeiter mit Spezialkenntnissen in Tierökologie und Vegetationskunde.

Aufgabenstellungen

- Die Erarbeitung der Planungen umfasst detaillierte Erhebungen der Flächen mit Lebensraumtypen nach Anhang I und der Habitate von Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie sowie die Analyse ihres Erhaltungszustandes.
- Im Anschluss werden die für die Sicherung des so genannten „günstigen Erhaltungszustandes“ notwendigen Erhaltungsmaßnahmen sowie wünschenswerte Entwicklungsmaßnahmen geplant.
- Einen erheblichen Teil der Arbeiten machen umfangreiche Abstimmungen der Maßnahmen mit den beteiligten Behörden sowie insbesondere mit den betroffenen Flächennutzern und Eigentümern aus. Hierfür sind auch umfangreiche Nutzungs- und Eigentümerrecherchen erforderlich.

- Im Ergebnis soll ein umsetzbares Maßnahmenkonzept erarbeitet werden.

FFH-Gebiet „Vereinigte Mulde und Muldeau“

Seit 2003 wurden bereits vier Managementpläne von der Arbeitsgemeinschaft SLS-ERGO erfolgreich abgeschlossen, ein fünfter ist in Bearbeitung. Dabei handelt es sich um die „Vereinigte Mulde und Muldeau“, die mit 5.905 Hektar das viertgrößte sächsische FFH-Gebiet darstellt. Das Gebiet erstreckt sich entlang der Mulde von Grimma bis Bad Düben an der nordwestlichen Landesgrenze. Betroffen sind die Landkreise Delitzsch und Muldentalkreis sowie insgesamt 17 Gemeinden.

- Die Besonderheit dieses Gebietes liegt in seiner Reichhaltigkeit an natürlichen Gewässerstrukturen und extensiven Grünlandflächen sowie Lebensräumen von 14 Arten nach Anhang II umgeben von einer intensiv genutzten Auenlandschaft. Zudem wurde die gesamte Planungsfläche von dem Katastrophenhochwasser 2002 überflutet, wodurch sich das gesamte Auensys-

tem nachhaltig verändert hat. Folgeprobleme der Flut wie die Kontamination der Böden mit Arsen und Schwermetallen oder auch parallele Planungsansätze wie die Hochwasserschutzkonzeption stellen besondere Anforderungen an die Abstimmung der FFH-Managementplanung.

- Nach den Kartierungen im Jahr 2005 wurden 230 Maßnahmen zur Erhaltung und 280 Maßnahmen zur Entwicklung eines günstigen Erhaltungszustandes der Schutzgüter ausgewiesen, die insgesamt 1.700 Flurstücke betreffen. In Zusammenarbeit mit den Forst- und Landwirtschaftsbehörden des Freistaates werden die Nutzer dieser Flächen ermittelt. Diese werden über die Inhalte der Planung informiert und haben die Möglichkeit die Umsetzbarkeit der Maßnahmen zu dokumentieren. Zudem besteht die Möglichkeit z. B. über zielführende Alternativmaßnahmen oder Kompromissvarianten direkten Einfluss auf die Planung zu nehmen.

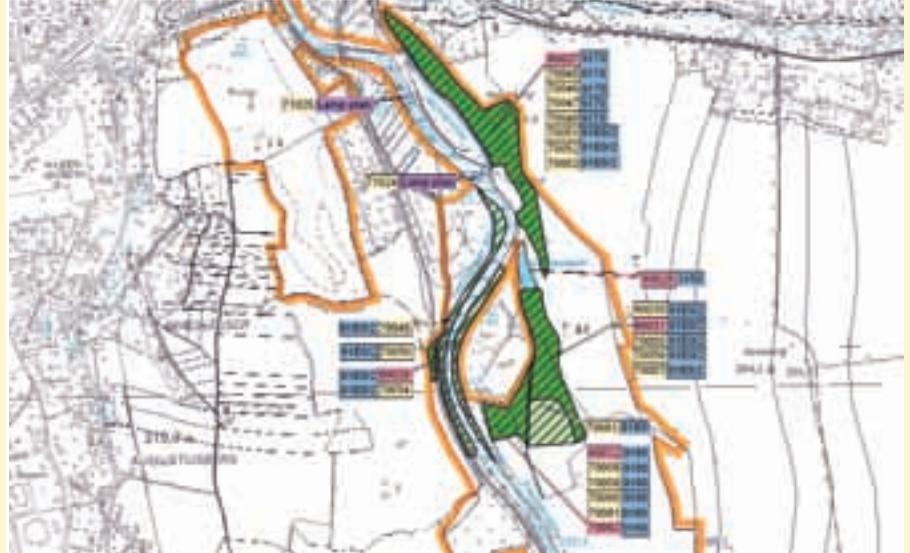
- Neben den Landwirten und Privatwaldbesitzern werden auch Besitzer von Wehr- und Wasserkraftanlagen, Anglerverbände, Naturschutzverbände, Gemeinden sowie Unterhaltungspflichtige von Gewässern in die Maßnahmenplanung einbezogen.



Abstimmung der Managementplanung mit Behörden und Bewirtschaftern (Foto: J. Voß)

Verantwortungsvoller Abstimmungsprozess

Die Ergebnisse der FFH-Managementplanung und insbesondere die Maßnahmenkonzeption sind nach Bestätigung durch die Regierungspräsidien behördenverbindlich. Es gibt keine direkten Auflagen oder Restriktionen bei der Bewirtschaftung und



Ausschnitt Maßnahmenkarte zum FFH-Gebiet „Oberes Freiberger Muldetal“

Nutzung der Flächen. Über eine zielgerichtete Förderung und die vertragliche Vereinbarung der Nutzung wird im Freistaat Sachsen prioritär auf eine freiwillige Umsetzung der FFH-Richtlinie durch die

Landnutzer gesetzt. Unter diesen Voraussetzungen besitzt die Abstimmung der Maßnahmenkonzeption einen besonders hohen Stellenwert im gesamten Planungsprozess.



Demographische Entwicklung im „Nördlichen Weimarer Land“ – Handlungsauftrag für das Regionalmanagement

Im Auftrag der Region „Nördliches Weimarer Land“ führt die Landesgesellschaft seit Ende 2005 das Regionalmanagement durch. In der ersten Phase des Regionalmanagements wurde ein bestehendes Regionales Entwicklungskonzept (REK) aktualisiert und den Anforderungen eines Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) angepasst. Ein wichtiger Baustein des Entwicklungskonzeptes ist die altersgruppenspezifische und ortsbezogene Analyse der demographischen Entwicklung der Region.

Bevölkerungsentwicklung in Thüringen

Die Bevölkerungsentwicklung in Thüringen verlief zwischen 1970 und 1988 weitgehend ausgeglichen. Seit 1989 ist als Folge eines anhaltenden negativen Wanderungssaldos und einer Geburtenrate unterhalb

des Bestandserhaltungsniveaus eine dramatische Abnahme der Einwohnerzahl zu beobachten. Diese Entwicklung variiert regional erheblich. Gemeinden, die innerhalb der Thüringer Städtekette (Erfurt – Weimar – Jena) liegen, sind weit weniger betroffen als Gemeinden in Nord- oder Ostthüringen. Aufgrund der begünstigten Lage ist die Region „Nördliches Weimarer Land“ bisher von deutlichen Bevölkerungsverlusten, mit denen sich andere Regionen konfrontiert sehen, weitgehend verschont geblieben.

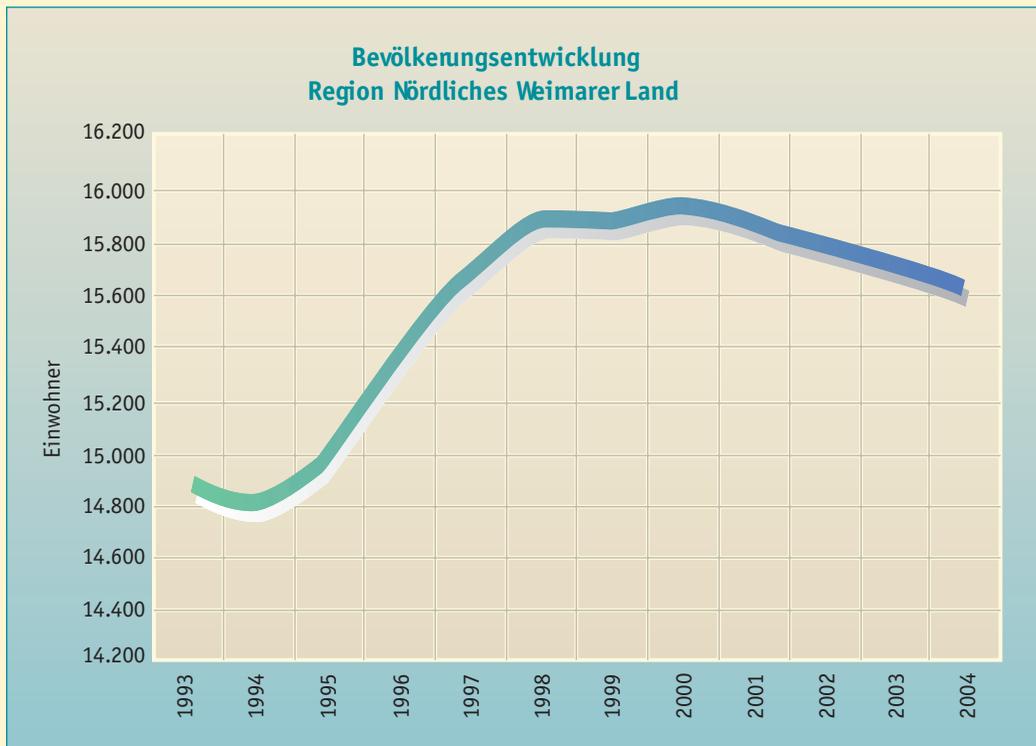
Region „Nördliches Weimarer Land“

Ab Mitte der 90er Jahre ist im Ergebnis der Wohnbaulandausweisung und dem damit verbundenen Zuzug von Familien aus dem

regionalen Umfeld (vorrangig Weimar/ Erfurt) ein Anstieg der Bevölkerungszahlen aufzuweisen.

Im Jahr 2000 wurde der Höhepunkt des Bevölkerungsstandes überschritten. Der Bevölkerungsrückgang findet vorrangig in den Bevölkerungsgruppen der 0- bis 44-Jährigen seinen Niederschlag. Die darüber liegenden Altersklassen haben konstante Zugewinne zu verzeichnen. Dies lässt einen längerfristig anhaltenden Bevölkerungsrückgang erwarten. Zuwanderung aus den benachbarten Städten, insbesondere aus Weimar, wird den Effekt zwar leicht mäßigen, nicht jedoch kompensieren können.

Entgegen dem allgemeinen Trend kann die Stadt Weimar Wanderungsgewinne verzeichnen, obwohl stetig ansteigende Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren eher eine gegenläufige Entwick-



- Seniorenbetreuung (flexible Wohnformen, Barrierefreiheit);
- technische Infrastruktur (Trinkwasserver- bzw. Abwasserentsorgung, ÖPNV);
- Brandsicherheit (Einsatzsicherheit der freiwilligen Feuerwehren);
- ärztliche, kommunale und kulturelle Versorgung.

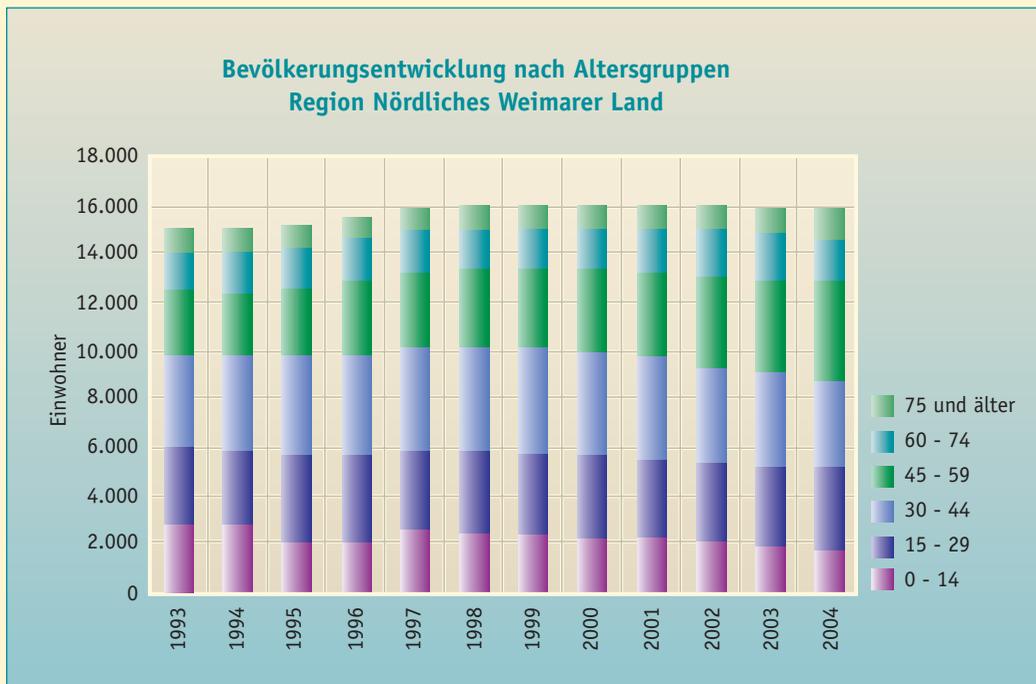
Das Regionalmanagement will die Region aktiv unterstützen und Anpassungsstrategien für eine zukunftsfähige Entwicklung entwerfen.

Methodik

Um konkrete Handlungshinweise auf Gemeindeebene herunterbrechen zu können, sind zunächst durch das Regionalmanagement Daten aufbereitet und ausgewertet worden. Die vorgenommene Aufschlüsselung nach Altersgruppen erlaubt eine Interpretation der Entwicklung mit entsprechenden Rückschlüssen für die künftigen Anforderungen an die soziale und technische Infrastruktur, die Siedlungsentwicklung sowie die Versorgungs- und Verwaltungsstruktur. Die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen greift teilweise in sensible Bereiche der Region ein.

Die erforderlichen Anpassungsprozesse müssen in der Region mitgetragen werden. Die Gratwanderung besteht vor allem darin, qualitativ hochwertige, aber auch finanzierbare Strukturen in der Region zu erhalten bzw. zu entwickeln. In der Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ sollen die entsprechenden Themen angefasst werden. Der AG werden u. a. Vertreter von Kommunen, Schulen, Kindertagesstätten, Vereinen und kulturellen Einrichtungen angehören.

Das Regionalmanagement unterstützt die Region bei diesem Prozess.



lung vermuten ließen. Die Wanderungsgewinne sind zu einem nicht unbedeutenden Anteil auf Studenten und Ruhestandwanderer zurückzuführen. Da von einem dauerhaften Sich-Niederlassen von Studenten nicht ausgegangen werden kann, muss die Bedeutung der Ruhestandwanderer mit ihren spezifischen Ansprüchen auch im Weimarer Umland Berücksichtigung finden.

Ziele des Regionalmanagements

Die demographische Entwicklung ist eine Grundterminante für verschiedenste Entwicklungen, wie z. B.:

- Kinderbetreuung (Kindertagesstätten, Schulen, Horte, Vereine etc.);

Dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften gehören an



BLS Bayerische
Landsiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel.: (089) 2387-0
Fax: (089) 2387-99
E-Mail: muenchen@bbs-bayern.de
<http://www.bbs-bayern.de>
bis 31.07.2006



ab 01.08.2006
**bbv-Landsiedlung
GmbH**
Max-Joseph-Straße 9
80333 München

Tel.: (089) 590 6829 - 10
Fax: (089) 509 6829 - 33
E-Mail: LS.muenchen@bbv-Landsiedlung.de
<http://www.bbv-Landsiedlung.de>



HLG Hessische
Landgesellschaft mbH
Für Hessen aktiv
Wilhelmshöher Allee 157-159
34121 Kassel
Tel.: (0561) 3085-0
Fax: (0561) 3085-153
E-Mail: info@hlg.org
<http://www.hlg.org>



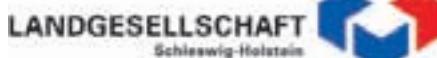
Landgesellschaft
Mecklenburg-Vorpommern mbH
Lindenallee 2a
19067 Leezen
Tel.: (03866) 404-0
Fax: (03866) 404-490
E-Mail: landgesellschaft@lgm.v.de
<http://www.lgm.v.de>



**Landgesellschaft
Sachsen-Anhalt mbH**
Gemeinnütziges Unternehmen für die Entwicklung des ländlichen Raumes
- zugelassen auch in Brandenburg -
Große Diesdorfer Straße 56-57
39110 Magdeburg
Tel.: (0391) 7361-6
Fax: (0391) 7361-777
E-Mail: Info@LGSA.de
<http://www.LGSA.de>



*aktiv für
Land und
Wasser*
**Niedersächsische
Landgesellschaft mbH**
- zugelassen auch in Bremen und Hamburg -
Arndtstraße 19
30167 Hannover
Tel.: (0511) 1211-0
Fax: (0511) 1211-214
E-Mail: info@nlg.de
<http://www.nlg.de>



LANDGESELLSCHAFT
Schleswig-Holstein
Fabrikstraße 7
24103 Kiel
Tel.: (0431) 9796-02
Fax: (0431) 9796-999
E-Mail: info@lgsh.de
<http://www.lgsh.de>



SLS Sächsische
Landsiedlung GmbH
Schützestraße 1
01662 Meißen
Tel.: (03521) 4690-0
Fax: (03521) 4690-13
E-Mail: sls@sls-net.de
<http://www.sls-net.de>



**Landsiedlung
Baden-Württemberg
GmbH.**
Experten in ihrem Gebiet
Weimarstraße 25
70176 Stuttgart
Tel.: (0711) 6677-0
Fax: (0711) 6153 733
E-Mail: info@landsiedlung.de
<http://www.landsiedlung.de>



**Thüringer
Landgesellschaft mbH**
Weimarische Straße 29b
99099 Erfurt
Tel.: (0361) 4413-0
Fax: (0361) 4413-299
E-Mail: Erfurt@thlg.de
<http://www.thlg.de>



BLG Bundesverband
der gemeinnützigen
Landgesellschaften
Wallstraße 65, D-10179 Berlin
Tel.: (030) 23 45 87 89, Fax: (030) 23 45 88 20
E-Mail: blg-berlin@t-online.de, <http://www.blg-berlin.de>

Die gemeinnützigen Landgesellschaften im BLG

... mit ihren Zentralen,
Niederlassungen, Zweig-
und Außenstellen

